PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 29. März 1916. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Handelskrieg.

Ungefähr zur gleichen Zeit, da Deutschland mit Erfolg wieder einmal an die Kapitalkraft seiner Bürger appelliert, und durch die $10^1/_2$ Milliarden seiner letzten Kriegsanleihe die aufgebrachte Kriegsschuld auf 36 Milliarden abrundete, treten die Gegner der Zentralmächte in Paris zu wichtigen Beratungen zusammen. Diese Beratungen werden diesmal nur militärischen und politischen Zwecken dienen. Aber sie sollen doch auch gleichzeitig Vorbereitungen für die folgende wichtigere handelspolitische Konferenz treffen. Von dieser handelspolitischen Zusammenkunft fabelt man schon sehr lange. So lange, daß man jetzt bereits nicht einmal mehr ganz genau weiß, ob die Anregung dazu von Franzosen oder von Engländern ausgegangen ist. Allerdings scheint festzustehen, daß die ersten Presseäußerungen über einen Handelskrieg, der dem militärischen und politischen Kriege folgen solle, in Frankreich das Licht der Welt erblickt haben. Frankreich hat ja auch bereits vor der Kriegserklärung Jahre hindurch einen eigenartigen heftigen Kampf gegen deutsche Waren und deutsche Industrieunternehmungen geführt. Ein Kampf, der sich heimtückisch nicht in offenen zollpolitischen Gesetzgebungsakten, sondern in Form von Schikanen im Zollverfahren, in Abfertigungsplackereien kundgab. Dazu kam die Gefahr, die für den Ausländer von jeher in der parteiischen und skrupellosen Handhabung der Rechtsprechung für jedes mißliebige Ausland lag. Läßt es sich also nicht leugnen, daß in Beziehung auf die Aeußerungen der Abneigung gegen deutsche Waren schon vor dem Kriege Frankreich die Priorität gebührt, so wissen wir doch heute ganz klar, daß die Anregung dazu von England ausgegangen ist. In Wirklichkeit kämpfte auch Frankreich nicht etwa für seine nationale Industrie. Denn sie genoß von jeher ansehnlichen Schutz, und außerdem richtete sich der Kampf vielfach ja auch gegen solche Waren, die in Frankreich gar nicht hergestellt wurden. Frankreich hatte vielmehr die Aufgabe von England zudiktiert erhalten, für englische Waren gegen die deutschen zu kämpfen. Und auch in Bezug auf den Handelskrieg, der dem jetzigen Völkerringen folgen soll, gelten die Anregungen, die aus Frankreich stammen, durchaus nicht etwa den französischen Waren. Vielmehr handelt auch hier wieder die französische Presse im Auftrage Englands.

Denn der ganze Plan, einen großen Handelsblock der Alliierten unter Einbeziehung möglichst vieler neutraler Staaten herzustellen, soll dem Zweck dienen, den handelspolitischen Machtbereich Englands zu vergrößern. England hat sich lange gegen die Einführung von Schutzzöllen gewehrt. Es hat damit das einzige wirksame Mittel preisgegeben, sich im friedlichen Wettbewerb Waffen gegen Deutschlands wirtschaftliche Uebermacht zu schmieden. Diese Abneigung Englands gegen den Schutzzoll hat schließlich zu diesem Kriege geführt, dessen tieferer wirtschaftspolitischer Grund in dem Kampf Englands gegen deutsche Industriemacht zu suchen ist. Diesen Krieg hat sich nun allerdings

England etwas anders vorgestellt. Es hat jedenfalls nicht geglaubt, daß es ein jahrelanges Ringen werden wird. England hat nicht angenommen, daß am Schluß dieses Kampfes seine wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen vollkommen verändert, wesentlich geschwächt sein werden. England hat den Krieg geführt, um den Schutzzöllen zu entgehen, und England wird, um die Schäden dieses Krieges zu ertragen — Schutzzölle einführen müssen. Es läßt sich schon jetzt übersehen, daß allein aus finanzpolitischen Erwägungen heraus England Zölle braucht, daß es aber andererseits keine Zölle einführen kann, ohne das Britische Reich in seinen Zollgürtel hineinzuziehen und sich mit seinen Kolonien über die Bedingungen solchen Zusammenschlusses zu einigen. Nichts könnte natürlich den Engländern willkommener sein, als in ein solches Netz von Abmachungen auch andere Staaten zu verstricken. Namentlich solche, die hinsichtlich der industriellen Leistungsfähigkeit hinter England zurückstehen. Dazu gehört auch Frankreich, dessen industrielle Betätigung begrenzt und dessen mehr auf das Sparen als auf das Verdienen gerichtete Eigenart für England keine Gefahr bedeutet. Dazu gehört in allererster Linie natürlich Rußland, das als Absatzgebiet für sich zu reservieren, den Engländern sehr wohl passen könnte.

Dieser Plan einer weitgehenden handelspolitischen Absperrung Deutschlands und seiner Verbündeten macht zunächst den Eindruck des Gigantischen. Bei näherem Zusehen bleibt aber nur der Eindruck einer kindischen Unbedachtsamkeit bestehen. Schon der Zusammenschluß Englands mit seinen Kolonien hat nicht geringe geographische Schwierigkeiten. Unüberbrückbar aber müssen die Schwierigkeiten sein, die sich der willkürlichen Zusammenfassung weit von einander abliegender souveräner Staaten zu einem handelspolitischen Ganzen entgegenstellen. Rußland grenzt nun einmal in weiter Strecke an Deutschland und Oesterreich-Ungarn und nicht an England. Und die skandinavischen Staaten die als das Durchgangsgebiet für den englischen Zukunftshandel nach Rußland gedacht sind, liegen zum größten Teil an dem Meer, das von Deutschland beherrscht wird. Schließlich sind ja die geographischen Verhältnisse für die handelspolitischen Entwickelungen nichts Zufälliges, sondern recht Wesentliches. Man kann den Versuch wagen, diese geographischen Schwierigkeiten zu überbrücken, wenn man auf die einzelnen Länder politisch unbedingt zu wirken vermag. Aber man sollte bei solchen Versuchen nicht vergessen, daß der riesenhafte Versuch des ersten Napoleon, die Länder des Kontinents handelspolitisch in der Abwehr gegen Britannien zu sammeln, arg mißlungen ist, obwohl es sich um eroberte und nur noch dem Namen nach souveräne Länder handelte. Dem gegenüber soll das einheitliche Wirtschaftsgebiet der Alliierten aus Ländern bestehen, die von England nicht erobert sind. Ja es ist doch vor allem auch zu überlegen, daß heute noch niemand vorauszusagen vermag, wie bei und nach Friedensschluß denn eigentlich das Verhältnis der heutigen Alliierten zu einander überhaupt sein wird.

Die ganze englische Idee beruht auf einem Irrtum, der auch bei uns leider noch vielfach begangen wird. Nämlich auf dem Glauben, daß Sympathien oder Antipathien der Völker auf ihre Handelsbeziehungen irgend welchen Einfluß üben. Das Umgekehrte mag sicher der Fall sein. Aber daß ein Volk vom andern um dessen schöner Augen willen kauft, ist ausgeschlossen. Man kauft von uns, weil wir billig und gut liefern, und man verkauft an uns, weil und solange wie wir gut zahlen. Da sind keinerlei Gefälligkeiten im Spiel. Und wenn gewisse Völker bisher von uns und nicht von den Engländern gekauft haben, so taten sie das, weil sie darin ihren Vorteil sahen. Wenn sie in Zukunft nun ihren Bedarf bei den Engländern decken sollen, statt bei uns, so müssen die englischen Fabrikanten ihnen die gleichen Vorteile bieten. Denn welche Veranlassung liegt eigentlich für die anderen Völker vor, lediglich aus politischer Freundschaft zu England teuerer und womöglich schlechter zu kaufen. Es herrscht denn auch bereits jetzt weder in Frankreich noch auch in Rußland irgendwelche Begeisterung für den englischen Plan, so großen Lärm auch die Presse macht. Die Franzosen fürchten insbesondere für ihren bewährten heimischen Zollschutz, zumal da ja natürlich auch Italien in den großen Bund einbegriffen werden soll. Italien, das zum Teil dieselben Waren wie Frankreich billiger herstellt. Rußland andererseits hat bisher im Handelsverkehr mit Deutschland in Ein- und Ausfuhr sich recht gut gestanden. Es will nicht aufs ungewisse hin sich

an England ketten. Denn alle von dem neuen Plan betroffenen Staaten haben unter der deutschen Konkurrenz nicht zu leiden gehabt. Sie sollen nur gegen den Konkurrenten England eingespannt werden.

Vor allem aber in England selbst beginnt nun doch schon allmählich eine Opposition heranzuwachsen. Man hat dort die Unsinnigkeit der ganzen Organisation erkannt. Schon kurze Zeit nach Beginn des Krieges fand eine Ausstellung solcher Waren in London statt, die bisher von Deutschland geliefert wurden. Der Zweck der Ausstellung war, besonders die englischen Fabrikanten dazu anzustacheln, dieselben Waren anzufertigen, um, wenn der Krieg beendigt sein würde, gegenüber den deutschen Fabrikanten wenigstens im eigenen Lande zu triumphieren. Die Ausstellung erfreute sich der ganz besonderen Förderung durch Lord Northcliff. Times und Daily Mail kündigten große Besprechungen der Ausstellung an. Es erschien meines Wissens aber nur ein einziger Artikel von der angekündigten Serie (ich weiß nicht ganz genau, ob in der Times, in der Daily Mail oder in beiden Blättern). Denn diese Ausstellung hatte gerade die entgegengesetzte Wirkung als die, welche von den Veranstaltern erwartet worden war. Die englischen Fabrikanten erklärten, daß sie weder die Waren selbst noch zu den Preisen der deutschen, noch in der Verpackung und Aufmachung der deutschen Lieferanten anfertigen und liefern konnten. Darüber hinaus aber verbreitete die Ausstellung ein stummes Entsetzen im Lande; denn England lernte auf diese Weise überhaupt erst einmal kennen, in welch nie geahntem Umfange es von Deutschland abhängig war. Eine Reihe von Waren, die alle Welt für englische hielt, war, wie sich auf dieser Ausstellung erst zeigte, deutschen Ursprungs. Einsichtige Gelehrte und Fabrikanten gestanden sich die Unmöglichkeit ein, diesen außerordentlichen Vorsprung von Jahrzehnten nun plötzlich einzuholen. Soll nun England dieses Vorteiles in Zukunft verlustig gehen, soll es die billigen deutschen Waren nicht mehr beziehen? Man könnte sich vorstellen, daß dieser Verlust im Interesse des Schutzes der nationalen englischen Industrien wohl ertragen werden könnte. Aber England bezieht ja diese Waren nur zum geringsten Teile für sich. Zum größten Teile vermittelt es ihren Weg in die Welt hinaus. Dort gelten sie vermutlich vielfach als englische Ware. Wenn England diese Vermittlung nicht mehr übernimmt, so muß es an die Stelle dieser Waren eigene setzen. Dann aber erst wird der Welt offenbar werden, wie wenig England seine Kundschaft bedienen kann. Und der Boykott der deutschen Waren wird dahin führen, daß Deutschland überall da, wohin es ohne Englands Vermittlung auf direktem Wege seine Waren bringt, mit offenen Armen empfangen werden wird. Gesetzt aber den Fall, es würde nach dem englischen Plane gelingen, den deutschen Export zu ruinieren, und damit dem deutschen Wohlstand die Wurzel abzugraben, so droht ein anderer Schaden für England, nämlich der, nun seinerseits seinen bisher recht ins Gewicht fallenden Export nach Deutschland zu verlieren. Denn wie soll ein verarmtes Deutschland auch nur annähernd in dem bisherigen Maße in der Lage sein, englische und solche Waren, die England vermittelt, einzuführen.

Ueberhaupt scheinen die englischen Heißsporne zu wenig in Betracht zu ziehen, daß der größte Teil des englischen Reichtums nicht so sehr auf seiner industriellen Erzeugungsfähigkeit als vielmehr auf dem Vermittlungshandel beruht. Es ist vielfach in England der Plan aufgetaucht, eine neue Navigationsakte zu erlassen, die den deutschen Schiffen das Anlaufen englischer Häfen und das Löschen in diesen erschwert. Man glaubt dadurch insbesondere der englischen Schiffahrt die Suprematie sichern und den deutschen Export schädigen zu können. Die Idee erscheint zunächst nicht schlecht. Denn angesichts der Riesenziffern, die England als Abnehmer der großen Handelsstaaten für sich in Anspruch nehmen kann, werden, wie es auf den ersten Blick scheint, die Staaten der Welt es nicht vertragen können, von den englischen Häfen ausgeschlossen zu sein. Sie werden auf deutschen Schiffen nicht mehr laden und Deutschlands Export und Deutschlands Import wird leiden. In Wirklichkeit sind die Ziffern von Englands Handelsstatistik aber eine einzige große Lüge. Denn Englands Ausfuhrzahlen stellen weder englischen Verbrauch noch englische Produktionskraft dar. England führt ein, um weiter zu verkaufen, und es exportiert, was es vorher von dritter Seite gekauft hat. Nicht alles, natürlich. Aber in den Ziffern der englischen Handelsstatistik überwiegt das fremde Produkt das

heimische doch erheblich. In dem, was England von fremden Ländern bezieht, ist ein erheblicher Teil von dem enthalten, was diese Länder eigentlich nach Deutschland verkaufen. Und wenn sie erst merken, welch enormer Ausfall für sie die Sperre ihres Importes über England bedeutet, mit dem Deutschland natürlich antworten wird, so dürfen sie die Wirkungen einer englischen Navigationsakte wesentlich anders werten, als das augenblicklich zunächst der Fall zu sein scheint. In England weiß man natürlich diese Gefahr wohl zu schätzen, und deshalb soll ja eben der Export nach anderen Ländern als Ersatz für den Ausfall an deutschem Export sowohl für die heimischen Erzeuger als auch für die Erzeuger anderer Länder gewonnen werden. Besonnene Elemente in England haben natürlich schon lange eingesehen, daß die Wahrscheinlichkeit des Gelingens dieses Planes sehr gering ist. Dagegen scheint ihnen unendlich viel größer die Gefahr zu sein, die aus dem Mißlingen des Planes erwachsen kann. Scheitert die Absicht, Ersatz heranzuholen, so kann der handelspolitische Boykott Deutschlands zum Ruin Englands führen.

Denn auch darüber ist sich eigentlich in England keiner mehr im unklaren, daß die bisherigen englischen Maßnahmen gegen Deutschland gerade das Gegenteil bewirkt haben, was man beabsichtigte. Die Abschließung Deutschlands hat zunächst bewirkt, daß wir unser Geld im Lande behielten. Wir haben außerdem für die wichtigsten Stoffe, die wir dringend einführen mußten, Surrogate gefunden. Was Napoleon während der Kontinentalsperre nie gelungen ist, und was zum Teil das Scheitern dieses Riesenplanes zur Folge hatte, ist der hohen Entwicklung deutscher Wissenschaft und Technik über Nacht gelungen. Diese Surrogate werden nicht bloß Kriegsstoffe sein. Deutschland wird sie vielmehr auch später, vielleicht sogar auf dem Wege des Staatszwanges für seine Produktion verbrauchen. Dadurch hat England den Produzenten solcher Stoffe, insbesondere den Kolonien und auch seinem eigenen Vermittlungshandel, bereits unendlichen Schaden zugefügt. Man kann es begreifen, daß in England selbst sich gegen die Fortführung solcher Methoden energische Opposition geltend macht.

Nun kommt aber weiter hinzu, daß die wirtschaftspolitische Idee der mitteleuropäischen Zollunion durch den Krieg eine wesentliche Förderung erfahren hat. Was lange Jahre hindurch als Phantasterei belächelt und bekämpft worden ist, hat Gestaltung angenommen. Wirtschaftliche Zukunftsnotwendigkeiten, aber auch ernste politische Erwägungen zwingen zunächst Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu einem engeren Zusammenschluß. Noch ist man sich über die Formen nicht einig. Aber der Gedanke selbst hat Wurzeln gefaßt. Dieser Plan ist auf Erweiterung berechnet. Man könnte sich durchaus denken, daß nicht bloß die jetzigen Verbündeten Deutschlands in einen solchen Bund aufgenommen werden, sondern daß auch Rußland in engere handelspolitische Beziehungen zu ihm tritt. Dieser Plan hat vor dem englischen zunächst leichtere geographische Möglichkeiten für sich. Vor allem aber ist er ein Geschäft, das zu dem Zweck begründet werden soll, allen Angeschlossenen Nutzen zu bringen. Der englische Plan dagegen läuft darauf hinaus, eine Sozietät zu schaffen, deren Lockung weniger im Ertrag besteht, der an die einzelnen Sozien ausgeschüttet werden kann, als in der Aussicht, daß Deutschland das Leben sauer gemacht werden wird. Es ist ein alter geschäftlicher Grundsatz solider Kaufleute: Man soll nie Geschäfte machen, um einen Dritten zu ärgern. Die kosten meist sehr viel Geld und erfüllen womöglich hinterher noch nicht einmal den beabsichtigten Zweck.

Der Quittungsstempel.

Von Bankier **Georg Hermann Loewy** in Rawitsch.

Der Prämisse des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes, Herrn Helfferich, in seiner Reichstagsrede vom 17. d. M., daß auch in Kriegszeiten für die Verzinsung der Reichsschuld Sorge getragen werden muß, und daß neue Steuern nötig sind, stimme ich a priori voll zu. Erfreulicherweise hat aber Herr Helfferich in jener Reichstagsrede sich nicht darauf versteift, daß die von ihm orgelegten Steuerentwürfe unverändert als Ganzes zur Annahme gelangen müssen, sondern im voraus seine Geneigtheit zu Abänderungen und Verbesserungen erklärt, wodurch eine Verständigung zwischen ihm und dem Reichstag sehr erleichtert wird. Ueber die größte und wichtigste der Vorlagen, die Kriegsgewinn- oder richtiger Kriegsvermögenszuwachs-Steuer gibt es keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheit innerhalb aller Kreise Deutschlands, nur über die Höhe wird es Debatten geben, und man kann wohl annehmen, daß es dem Bundesrat nur angenehm sein wird, wenn der Reichstag, wie zu erwarten ist, die Steuersätze erhöht. Ebenso ist an der glatten Annahme der Tabaksteuer nicht zu zweifeln, da, wie Herr Helfferich mit Recht hervorhob, der Tabak ohne Zweifel von allen entbehrlicheren Genußmitteln der geeignetste Gegenstand einer Kriegsbesteuerung ist. Lebhafter werden sich die Diskussionen über den Frachturkundenstempel und die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren gestalten; doch darf dabei nicht übersehen werden, daß trotz der Verteuerung aller Waren und Arbeitsleistungen in den letzten Jahren die Posttarife im großen und ganzen unverändert geblieben sind, und man wird, obgleich man selbstverständlich wenig Freude darüber empfinden wird, doch die Erhöhung der Portosätze nicht ablehnen können; man wird sich mit ihr gerade so gut wie mit der Verteuerung aller andern zum Leben nötigen Gegenstände, die ertragen wird, abfinden müssen, im Bewußtsein, daß sie eine Notwendigkeit ist, und in der Hoffnung auf Wiederherabsetzung in Friedenszeiten. Sämtliche vorstehend erwähnten Steuern haben den Vorzug, daß sie niemanden über die Grenze der Erträglichkeit belasten, daß sie im großen und ganzen kräftige Schultern treffen und vor allem einerseits keinerlei kostspielige und peinliche Kontrolle seitens der Behörden erfordern, andererseits keinerlei neue Arbeitslast, keinerlei Zeitverlust, keinerlei Unbequemlichkeit und Aerger für die Zahlungspflichtigen durch die Zahlung der Steuern verursachen. Anders der Quittungsstempel, den außer den genannten Steuern und Abgaben die den Reichstag gegenwärtig beschäftigende Vorlage enthält.

Im Deutschen Reiche hat man schon wiederholt (1881, 1893, 1906) den Versuch gemacht, den Quittungsstempel einzuführen, stets ohne Erfolg; auch einzelne Bundesstaaten haben früher mehrfach Quittungsstempel erhoben; jedoch hat man ihn längst wieder abgeschafft. Ohne den Krieg hätte man wohl kaum, auch bei dringendem Geldbedarfe des Reiches, daran gedacht, einen Quittungsstempel wieder vorzuschlagen. Ich bin der Ansicht, daß es auch trotz des Krieges nicht nötig und nicht empfehlenswert ist, ihn dem deutschen Volke aufzubürden. Der Quittungsstempel hat außer seinen übrigen Fehlern, die wegen des beschränkten mir zur Verfügung gestellten Raumes hier nicht zur Behandlung gelangen können, drei Nachteile so erheblicher Art, daß sie dringende Veranlassung geben, zu einer Ablehnung des Quittungsstempels zu gelangen.

I. Belästigung und Kontrolle. Der Quittungsstempel würde eine tägliche Belästigung, eine dauernde Qual, eine Quelle des Aergers und der Behelligung für weiteste Kreise werden. Falls Herr Helfferich den Ertrag auf 80 Mill. ℳ richtig schätzt, so würden bei den vorgeschlagenen Sätzen von 10 Pfennig für Quittungen unter 100 ℳ und von 20 Pfennig für Quittungen über 100 ℳ, da erstere natürlich weit häufiger als letztere sein werden, jährlich ungefähr 700 Mill. Quittungen ausgestellt und verstempelt werden müssen; was das für eine Arbeitslast bedeutet, braucht nicht dargelegt zu werden, und es ist fraglich, ob Herr Helfferich demgegenüber auch hinsichtlich des Quittungsstempels bei seiner Ansicht wird bleiben können, daß die vorgeschlagenen Steuern geeignet sind, „ohne neuen Apparat mit möglichst einfachen Mitteln" einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen. Heute, wo jeder einzelne dringend erforderlich für des Reiches Wohlfahrt, sei es mit der Waffe in der Hand, sei es in wirtschaftlicher Arbeit auf das Angestrengteste tätig zu sein hat, damit wir einer Welt von Feinden standhalten können, geht es nicht an, daß Tausende und aber Tausende wertvoller Arbeitsstunden für die Tätigkeit des Klebens von Quittungsstempeln verbraucht werden. Soll, um einige Beispiele zu bringen, der kleine Landwirt, der jede Minute braucht, um an der Sicherstellung unserer Ernährung mitzuwirken, gezwungen sein, wenn er seine Produkte zum Wochenmarkte der ihm benachbarten Landstadt bringt, den ihm abkaufenden Hausfrauen gestempelte Quittungen auszustellen, soll der Handwerker der einen bestellten Gegenstand abliefert, seine Zeit mit Markenkleben vertrödeln müssen? Sollen in den Bankbureaus, wo ohnehin Mangel an Arbeitskräften herrscht, neue Beamte angestellt werden müssen, um Anschreibungen über Gut- und Lastschriften für die Zwecke des Quittungsstempels zu machen? Soll der Staat Scharen von Beamten damit beschäftigen, um die Verstempelung zu kontrollieren? Wird überhaupt eine Möglichkeit vorhanden sein, eine ordentliche Kontrolle auszuüben? Wird das Denunziantentum nicht zu ungeahnter Blüte gelangen?

II. Ungerechte Belastung des erwerbstätigen Mittelstandes. Nicht der Arbeiter, dem Zahlungen über 10 ℳ nicht häufig vorkommen, nicht der Privatmann, in dessen Etat der Quittungsstempel keine Rolle spielen würde, nicht der Großbetrieb, bei dem die Einzelzahlungen erhebliche Beträge ausmachen, würde durch den Quittungsstempel arg belastet, wohl aber der Mittelstand sowohl in Landwirtschaft wie in Gewerbe und Handel. Der Großindustrielle oder der Großgrundbesitzer, die gewaltige Warenquanten an einen Abnehmer verkaufen, werden den Quittungsstempel nur verhältnismäßig selten und für recht erhebliche Summen, der Handwerker und kleine Landwirt aber, die bekanntlich öfter und kleinere Quanten verkaufen, aber für kleinere Summen und recht häufig zu zahlen haben; der Großbetrieb des Detailhandels pflegt nicht mehr Einzelrechnungen zu bezahlen zu haben, als der Kleinbetrieb. Auch das größte Warenhaus zahlt nur einmal täglich wie der kleine Detailleur seine Bareinnahmen an seine Bankverbindung und braucht dafür auch keinen höheren Quittungsstempel zu zahlen.

III. Vermehrung des Bargeld-Umlaufes. Die Begründung des Gesetzentwurfes erklärt zwar die Ersetzung des Bargeldverkehrs durch einen bargeldlosen Zahlungsausgleich für sehr erfreulich, der Entwurf aber ist trotz gegenteiliger Bemühung durchaus geeignet, den Verbrauch an Bargeld nicht zu vermindern, sondern zu vermehren. Nachdem Herr Helfferich sich nicht entschließen zu können glaubte, den bargeldlosen Zahlungsverkehr von der Besteuerung durch den Quittungsstempel zu befreien, war es um die Einfachheit des Entwurfes geschehen. Selbst für einen Meister des Bankbetriebes wie Herrn Helfferich wurde es zur Unmöglichkeit, komplizierte Bestimmungen zu vermeiden, die zu verstehen auch den genauesten Kennern des Bankgewerbes größte Schwierigkeiten bereiten; das soll etwa keineswegs einen Vorwurf bedeuten, sondern nur die Tatsache soll konstatiert werden. Nichts ist dem Bankbetrieb nötiger als Klarheit, Uebersichtlichkeit, Korrektheit und Kürze. Der gewaltige Giro-Verkehr der Reichsbank, der im Jahre 1914 einen Umsatz von über 303 Milliarden hatte, wird, ohne daß zwischen der Reichsbank und ihren Girokunden das ganze Jahr auch nur ein einziger Brief gewechselt zu werden braucht, durch einfache Eintragungen in die Gegenbücher der Kunden erledigt; auch eine große Zahl von privaten Bankhäusern, Kredit-Genossenschaften und Sparkassen bringt es fertig, der deutschen Volkswirtschaft unsagbare Dienste durch Giro- und Ueberweisungsverkehr ohne viel Korrespondenz zu leisten. Das müßte, wenn der Entwurf Gesetz würde, anders werden; die dann notwendig werdenden Gutschrifts- und Lastschrifts-Bescheinigungen riesenhafter Zahl würden die Geldinstitute zwingen, ihren Kunden außer dem Stempel eine Gebühr für die Mühewaltung in Ansatz zu bringen, was zweifellos eine große Anzahl von Leuten wieder zu den früheren Gewohnheiten des Bargeld-Verkehrs zurückführen würde. Eine erhebliche Vermehrung des Bargeldbedarfes muß auch durch die Doppelbesteuerung des Bankdepositenverkehrs erfolgen. Gewaltige Summen in kleineren Einzelbeträgen würden in Zukunft sicherlich für kurze Fristen nicht an die Banken abgeliefert werden, wenn die Ein- und Auszahlung stempelpflichtig sein soll.

Der Beispiele, wie durch die Bestimmungen des Entwurfes der Ueberweisungsverkehr gehindert, veraltete Methoden gefördert werden würden, könnten noch eine ganze Anzahl angeführt werden. Ich glaube jedoch, daß meine vorstehenden Ausführungen schon zur Genüge Gründe für eine Ablehnung des Gesetzentwurfes über den Quittungsstempel gebracht haben.

Aber dem Reiche dürfen die Geldmittel nicht versagt bleiben, deren es bedarf. Es genügt nicht zu negieren, es müssen auch Ersatzvorschläge gemacht werden. Ich denke da in erster Linie an eine Verdoppelung des Wechselstempels, die ca. 20 Millionen einbringen würde. Der Wechselstempel belastet keineswegs im allgemeinen schwache Existenzen; zudem ist er so gering, daß er niemand drückt, und die Erhebung des doppelten Betrages würde nicht die geringste Mehrarbeit oder Mehrschwierigkeit als die des jetzigen Betrages verursachen. Das gleiche gilt für die Schlußnotensteuer, deren Verdoppelung ebenfalls ca. 20 Mill. bringen würde. Weder den Spekulanten, der 30 Pfennig mehr für den Kauf von 1000 ℳ Aktien, an denen er einen nennenswerten Betrag zu verdienen hofft, noch den Kapitalisten, der 20 Pfennig mehr für den Kauf von 1000 ℳ Pfandbriefen bezahlen sollen wird, wird das im geringsten stören. Nicht ein Wechsel und nicht eine Schlußnote dürfte trotz einer Verdoppelung der jetzigen minimalen Steuer weniger ausgeschrieben werden, wenn Arbitrageverkehr und ähnliche volkswirtschaftlich wichtige Umsätze die gleiche Schonung wie bisher erfahren. Daneben dürfte ohne jeden Schaden eine Besteuerung aller Barauszahlungen, die jemand sich aus den Kassen von Reichs- oder Staatsbehörden, Kommunalverwaltungen, Sparkassen, Bankgeschäften usw. auszahlen läßt, erfolgen; als Höhe der Steuer dürfte $^1/_2{}^0/_{00}$ am Platze sein; der Ertrag würde trotz der dadurch geförderten, volkswirtschaftlich erstrebenswerten Vermehrung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs nicht unerheblich sein. Unbedenklich wäre ferner eine Verdoppelung der Tarife für Postanweisungen und Wertbriefe, beides rückständige Zahlungsmethoden; bei den Wertbriefen wäre Zwang zu voller Deklaration, mit Sondertarifen für Wertpapiere und für Bargeld am Platze. Entschieden zu niedrig und erhöhbar ist der jetzige Tarif für Postnachnahmen und Postauftragsbriefe, letztere speziell werden jetzt ganz gebührenfrei erledigt, da lediglich das Porto für Einschreibbriefe dafür erhoben wird.

Meine Ersatzvorschläge machen keinen Anspruch auf unbedingte Richtigkeit, nur der Prüfung und Erwägung seien sie übergeben. Hingegen ist es mir unumstößliche Gewißheit, daß der Entwurf des Quittungsstempelgesetzes mit allen seinen Belästigungen und Schädigungen in der vorliegenden Form nicht zum Gesetz erhoben werden darf.

Verkaufsorganisation in Maschinenfabriken.

Von Ingenieur **Bruno Rosemann**, Mannheim.

Nachstehend beginnt eine Reihe von Aufsätzen über geschäftliche Organisationsfragen. Zunächst aus der Maschinenfabrikation. Es sollen solche aus anderen Geschäftszweigen folgen.

In erhöhtem Maße wird nach dem Kriege für die Maschinenindustrie eine sorgfältig durchgearbeitete und durchgeführte Verkaufsorganisation für das In- und Ausland von Wert sein. Für das Inland schon aus dem Grunde, weil nicht anzunehmen ist, daß unmittelbar nach dem Kriege eine Hochkonjunktur einsetzen wird, sondern eher mit einem Niedergang gegenüber dem Geschäftsgang vor dem Kriege zu rechnen ist, so daß nur eine sparsame und wohlüberlegte Organisation des Verkaufs Nutzen bringen kann. Für das Ausland dagegen ist eine solche ebenso wichtig, weil gerade aus obigem Grunde bei geringen Aufträgen aus dem Inlande die Auslandgeschäfte, vor allem die definitive Abwicklung der vor Ausbruch des Krieges getätigten, vermehrte Aufmerksamkeit verdienen werden. Es hat sich auch schon bei früheren Gelegenheiten gezeigt, daß der Handel nicht absolut von der politischen Constellation abhängig ist. Er geht seine eigenen Wege und nimmt vielleicht nur insofern auf die politischen Gefühle seiner Kunden Rücksicht, als in den Anpreisungen usw. für bestimmte Artikel und Kundenkreise die allzustarke Betonung der deutschen Herkunft unterlassen wird. Und sollte das feindliche Ausland den direkten Handel mit Deutschland vermeiden, so geschieht er eben über neutrale Länder.

In wievielen Artikeln die Welt fast ausschließlich auf deutsche Fabrikate angewiesen ist, hat sich im Verlaufe dieses Krieges deutlich genug gezeigt und bedarf keiner weiteren Ausführung. In diesem Umfang müssen also die feindlichen Länder die deutschen Waren auch gegen ihren Willen einführen. Außerdem werden Länder, die schon vor dem Kriege hauptsächlich mit Deutschland Geschäfte gemacht haben, wie z. B. Rußland, dies unmittelbar nach dem Kriege ebenfalls tun. Dazu kommt, daß unserer Industrie neue Absatzgebiete in neutralen und mit uns bisher schon oder erst von nun an enger verbündeten Ländern sich eröffnen werden, in denen unser Absatz und unser Einfluß vor dem Kriege gering waren. Daraus wird sich also für viele Fabriken in Deutschland die Notwendigkeit ergeben, neue Verbindungen zu suchen, alte auszubauen und u. a. sich für den Absatz ganz neu zu organisieren, um gerüstet zu sein, wenn einige Jahre nach dem Kriege, nachdem sich die Völker von ihren Verlusten und Opfern erholt haben, der Bedarf lebhafter wird. Dann muß man bereits die Nachfrage auf die deutschen Produkte hingelenkt haben und in der Lage sein, die Kunden dauernd zu fesseln. Aus diesem Grunde ist ein Hinweis auf die Bedeutung einer guten Verkaufsorganisation augenblicklich angebracht, zumal in der Literatur nur sehr wenig darüber zu finden ist. Im folgenden soll nun der Versuch gemacht werden, Hinweise zu geben, wie eine Verkaufsorganisation geschaffen werden kann, welche Wege eingeschlagen werden können, und welche Erfolge von verschiedenen Wegen zu erwarten sind.

Selbstverständlich können diese Ausführungen nur mehr oder weniger allgemein gehalten sein, um nicht für ein Spezialerzeugnis oder für bestimmte Länder Geltung zu haben. Andererseits sind, da Verfasser selbst im Kraftmaschinenbau tätig ist, die Erfahrungen und Verhältnisse zum Teil diesem entnommen, können jedoch — mutatis mutandis — verallgemeinert oder auf ein anderes Spezialgebiet übertragen werden. Bei dem Entwurf einer Verkaufsorganisation ist natürlich in erster Linie maßgebend, welchen Umfang die betreffende Firma hat und welche Ausdehnung sie ihrem Verkauf geben will, ferner welche Mittel sie aufwenden kann und will, sowie auf welche Rentabilität sie rechnet und ob sie die Mittel und die Geduld hat, den Erfolg abzuwarten. Ehe ich aber auf irgend einen anderen Punkt eingehe, möchte ich eine Kardinalforderung aufstellen, die nicht oft und nicht eindringlich genug erhoben werden kann: Schickt für den Verkauf von Maschinen Maschinen-Ingenieure hinaus mit gründlichen, technischen Spezialkenntnissen der abzusetzenden Maschinen, guten Kenntnissen des allgemeinen Maschinenbaues und einiger kaufmännischer Bildung. Maschinen sind keine Stapelware, von der sich jedermann die erforderlichen Stoffkenntnesse binnen kurzem aneignen kann. Die letzten Jahre haben ja besonders die Entwicklung gezeigt, daß der Ingenieur, der nicht ausschließlich Konstrukteur ist und zeitlebens bleiben will, sich kaufmännische Kenntnisse aneignen muß. Er wird viel leichter dazu kommen, kaufmännisch zu denken, als es dem Kaufmann gelingt — trotz seines Ehrgeizes, es dem Ingenieur gleich zu tun — sich mehr als die landläufigen und oberflächlichsten Begriffe der Technik eigen zu machen.

Ich kenne Kaufleute, deren ganzer Ehrgeiz im Besitz eines Rechnungsschiebers gipfelt, mit dem sie stolz vor dem Kunden eine Riemenscheibe berechnen! Wenn dabei auch einmal ganz unmögliche Dimensionen herauskommen, und der Ingenieur sie zu Hause auslacht, dann sind sie eben plötzlich wieder nur Kaufleute. Es wäre doch im höchsten Grade beschämend für den Ingenieur, der acht Semester eifrigen Studium zur Erweiterung seiner technischen Kenntnisse aufgewendet hat, wenn es dem Kaufmann nur so nebenbei gelingen sollte, sich durch Uebung und Routine die nämlichen Kenntnisse anzueignen. Daß es nicht immer leicht ist, den Kaufmann davon zu überzeugen, daß er den Ingenieur nötig hat, und ihn dazu zu bewegen, einen Teil seiner Tätigkeit an denselben abzutreten, dafür möchte ich ein Beispiel

anführen, daß wahrscheinlich nicht vereinzelt dasteht. Die Geschäftserledigung einer Maschinenfabrik, die sich aus kleinen Anfängen zu einer Weltfirma entwickelt hatte, krankte lange noch an ihrer rein kaufmännischen Organisation, die die technischen Beamten ausschließlich in ihre technischen Bureaus verbannte und auch die Außenstellen nur mit Kaufleuten besetzte. Dieses Prinzip ging so weit, daß auch Briefe rein technischen Inhalts von einem kaufmännischen Beamten erledigt wurden, nachdem er sich die Informationen im technischen Bureau geholt hatte. Selbstverständlich saßen im Offertbureau ebenfalls ausschließlich Kaufleute, und es kostete viel Mühe, bis es die technischen Beamten durchgesetzt hatten, daß die Erledigung der technischen Korrespondenz ihnen selbständig übertragen wurde. Durch Schaffung eines technischen Offert- und Korrespondenzbureaus. Allerdings darf man auch nicht in das entgegengesetzte Extrem verfallen und soweit gehen, daß jeder Techniker Briefe diktieren soll. Dies muß vielmehr denjenigen technischen Beamten auf höherer Stufe vorbehalten bleiben, die infolge ihrer Vorbildung dazu fähig sind und auch den Ueberblick und die Kenntnisse dazu besitzen. Es kann auch einer ein konstruktiv sehr begabter Kopf oder ein ideenreicher Oberingenieur sein, und es fällt ihm trotzdem schwer, einen form- und sachgemäßen Brief zu diktieren. Ich will damit nicht in Abrede stellen, daß man auch Kaufleute findet, die sehr tüchtige Maschinenverkäufer sind, und ich halte den tüchtigen und routinierten Kaufmann durchaus für geeignet, auch Maschinen zu verkaufen, ich möchte aber einen Unterschied gemacht wissen einerseits im Verkaufsobjekt und andrerseits in der Art der Kundschaft. Z. B. Schleifmaschinen, Drehbänke, Kleinmotoren, Haushaltungsmaschinen, Bureaumaschinen, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen, Fahrräder und Nähmaschinen kann mehr oder weniger jeder verkaufen, da es hierbei hauptsächlich darauf ankommt, den Kunden „einzuwickeln", damit er überhaupt kauft, und die wenigen technischen Daten, die dazu erforderlich sind, sich leicht auswendig lernen lassen. Aber irgend einer unvorhergesehenen technischen Fragen stehen sie doch ratlos gegenüber und können sich eben nur vermöge einer nicht zu verblüffenden Redegabe herausreden. Es dürfte ihnen auch nicht leicht möglich sein, den Reflektanten zu beraten und ihm positive Vorschläge zu machen bezüglich Anlagen, die über die unmittelbare Lieferung hinausgehen. Sehr häufig macht aber eben derjenige Verkäufer das Geschäft, der dem Kunden auch technisch ein Berater sein kann.

Unmöglich dürfte es also dem Kaufmann sein, ganze elektrische Installationsanlagen, Kraftanlagen größeren Umfangs mit Dampfmaschinen oder Dieselmotoren, Transmissionen, Kühleinrichtungen usw. zu verkaufen, denn *erstens* muß der Verkäufer in solchen Fällen *mehrmals* als nur *die* Sache die er gerade verkauft, verstehen, um etwa Vereinfachungen oder Verbesserungen herauszufinden, die ihm einen Vorteil vor dem Konkurrenten verschaffen, und muß dem Käufer überzeugend klarlegen können, was das Vorteilhafteste für ihn ist. Solche rein technische Fragen sind aber keine Aufgabe für den Kaufmann. *Zweitens* handelt es sich bei umfangreicheren Anlagen meist um größere Firmen, bei denen die Verhandlungen vom technischen Direktor oder dem Betriebsleiter, jedenfalls aber von technischen Personen geführt werden. Diesen gegenüber spielt aber in solchem Falle der Kaufmann meist nur eine klägliche Rolle. Der Kaufmann z. B., der es versteht, einem Bauern zum Antrieb seiner Futterschneidemaschine usw. einen vierpferdigen Benzinmotor zu verkaufen, ist darum noch nicht imstande, eine vierhundertpferdige Dieselmotoranlage mit Transmission, Dynamo und Akkumulatorenbatterie zu projektieren und abzuschließen. Der Spruch also, daß der Kaufmann „einfach alles macht" und im Notfall Sachen verkauft, die er nicht einmal vom Hörensagen kennt, dürfte doch wohl ins Reich der „Fliegenden Blätter" zu verweisen sein.

Das Studium des Maschinenbaufaches ist schon seit Jahren nicht mehr einseitig nur auf Mathematik und Konstruieren beschränkt, sondern bereits beim Studium hat sich der künftige Ingenieur infolge des in immer weitere Kreise dringenden Gedankens von der Wichtigkeit seiner Tätigkeit im modernen Wirtschaftslebens sein Schaffensgebiet bedeutend erweitert und betätigt sich als Verwaltungsingenieur und Gewerberichter, wo er häufig den Juristen ersetzt, als Organisator des Welthandels, indem er neue Konstruktionen und Absatzgebiete schafft, oder Spezialmaschinen ersinnt für ganz bestimmte Industrien, als Aufsichtsbeamter von Berufsgenossenschaften, Taxator in Feuerversicherungsgesellschaften, Einkäufer in großen Maschinenfabriken oder Exportfirmen, wozu überall Kenntnisse notwendig sind, die über das rein Technische hinausgehen. Zivilingenieure, Gutachter, Sachverständige, Fabrikdirektoren haben auch früher bereits kaufmännische und wirtschaftliche Kenntnisse nicht entbehren können. Daher ist es nur logisch und eine berechtigte Forderung, die der Ingenieur sowohl wie der Käufer stellen kann, daß der Ingenieur mehr im Außendienst verwendet wird, um entweder den kaufmännischen Verkäufer zu unterstützen oder selbständig die Leitung einer Filiale zu übernehmen oder endlich selbst Verkäufer zu sein. Wieviele Telegramme und Rückfragen und falsche Lieferungen könnten so erspart werden! Er soll und kann allerdings den Kaufmann nicht ganz ersetzen, denn der Ingenieur ist z. B. kein Buchhalter, aber er soll soviel Geschäftskenntnisse besitzen, daß er die Buchführung kontrollieren kann, und kann die in der Art des Geschäftes liegende Ausnutzung seiner technischen *und* kaufmännischen bezw. wirtschaftlichen Kenntnisse *verlangen*.

Ich bin über diesen Punkt mit Absicht etwas ausführlich geworden, denn ich werde noch öfters darauf zurückkommen müssen und kann mich dann um so kürzer fassen und auf vorstehendes verweisen. Der Gegenstand erschien mir aber wichtig genug, um ihn in aller Ausführlichkeit zu behandeln.

(*Weitere Aufsätze folgen.*)

Auslandsspiegel.

Die Offensive des „Institute of Shipbrokers."

In Nr. 11/12 des „Plutus" war über eine in London abgehaltene Versammlung englischer Reeder berichtet worden, in der das Thema „Der Einfluß der Schiffahrt auf den Handel nach dem Kriege" zur Erörterung gelangte. Nachstehend der Inhalt der bei dieser Gelegenheit sonst noch verzapften Reden: Selbst wenn Deutschland durch die Macht der Waffen gründlich geschlagen wird — (man beachte die Worte: selbst wenn!) —, so wäre die Lage seines Handels doch noch immer höchst vorteilhaft. Und aus diesem Grunde, und um jener Gefahr zu begegnen, solle man der demnächst zusammentretenden Vereinigung der Handelskammern vorschlagen, daß Großbritannien nach dem Kriege der deutschen Schiffahrt Beschränkungen auferlegen solle. Eine dieser Beschränkungen müsse darin bestehen, daß deutsche Schiffe in englischen Häfen Differenzialraten und Hafenabgaben zu zahlen hätten, um den Subventionen (!) Abbruch zu tun, die ihnen seitens der deutschen und österreichischen Regierung für ihren Ueberseehandel gewährt werden. (Eine üble Verleumdung, da deutsche Schiffahrtsgesellschaften bekanntlich keine Subventionen, sondern nur eine überaus mäßige Entschädigung für den Postdienst bekommen.) Besondere Aufmerksamkeit sei der Frage der britischen Bunkerkohle zuzuwenden. Auch müsse die Kabelfrage genau untersucht werden, um zu verhindern, daß die Deutschen, wie sie solches in Funchal und auf den Azoren versucht (?!) haben, Kohlenstationen errichten. In jüngster Zeit hätte Deutschland seine begehrlichen Augen auf Nicaragua, Columbia, Haiti und — (hier zeigt sich wieder der englische Pferdefuß) — auf Holländisch-Westindien geworfen. Es muß verhindert werden, daß es hier Kohlenstationen empfängt. Im übrigen müsse die englische öffentliche Meinung einen Druck auf die Regierung ausüben, um sie zu veranlassen, zu verhindern, daß britische Werften nichtbritischen Eigentümern neue Schiffe liefern, zu welchem Preise es auch immer sei, so lange als die durch den Krieg verlorene britische Tonnage den britischen Schiffseigentümern nicht wieder ersetzt worden sei.

„Schweizerische Ueberwachung und französischer Handel."

Die Franzosen und Engländer haben sich das Funktionieren der von ihnen der Eidgenossenschaft aufgezwungenen S. S. S. (Société suisse de sureveillance économique) doch etwas anders gedacht. Und ihrem Unwillen über diesen Mißerfolg ihrer Organisation geben sie offen Ausdruck, wie aus einem im „Echo de Paris" unter obigem Titel von Jean Herbette veröffentlichten Aufsatz deutlich hervorgeht. „Wer auch immer," so heißt es darin, eine Ueberwachung ausübt, schifft zwischen zwei Klippen. Auf der einen Seite riskiert er, die Leute, gegen welche die Ueberwachung eingerichtet wurde, nicht genügend zu belästigen. Auf der anderen Seite riskiert er, diejenigen, zu deren Gunsten die Kontrolle eingeführt wurde, mehr als nötig zu behelligen. Die auf Grund eines Abkommens mit den Verbündeten geschaffene S. S. S., die die betrügerische (!) Versorgung Deutschlands verhindern soll, schifft zwischen den beiden traditionellen Klippen. Einige französische Kaufleute fühlen sich durch sie belästigt. Könnte man ihren Klagen nicht Rechnung tragen, ohne die Deutschen zu begünstigen? Um ihre Kontrolle auszuüben, verfährt die S. S. S. nach einem an sich ausgezeichneten Grundsatz: dem der Arbeitsteilung. Sie veranlaßt z. B. den Käufer, der französische Artikel nach der Schweiz kommen lassen will, mit den übrigen Vertretern seiner Branche einem schweizerischen Syndikat beizutreten: dem Syndikat für Metallurgie, dem Syndikat für Textilwaren usw. Sobald diese Syndikate ins Leben gerufen sind, treten sie gegenüber des S. S. S. als die Vertreter ihrer Mitglieder auf, und gegenüber ihren Mitgliedern als die Mitarbeiter der S. S. S. Auf diese Weise wird die Kontrolle geschmeidiger und zugleich wirksamer (?). Was aber auf dem Gebiet der Grundsätze und auf dem Felde der großen Geschäfte ausgezeichnet sein kann, das wird gegenüber den täglichen Bedürfnissen des Kleinhandels anfechtbare. Nehmen Sie mal an, daß die Gewürzhändler der romanischen Schweiz sich zu einem Syndikat zusammenschließen wollen und die S. S. S. bitten, mit ihnen in Verbindung zu treten. Sie kann das Gesuch zurückweisen — vielleicht hat sie es sogar bereits getan (?) —, weil sie grundsätzlich und folgerichtig verlangen kann, daß es für die ganze Schweiz, die französische wie die deutsche, nur ein Syndikat der Gewürzhändler geben dürfe. Und dennoch ist es weder gerecht, noch entspräche es den berechtigen Ansprüchen der Verbündeten (!), daß die von den Gewürzhändlern der französischen Schweiz im Auslande vorgenommenen Käufe von einem Syndikat abhängen, in welchem die Deutsch-Schweizer eine große Majorität besitzen. Berücksichtigen wir übrigens, daß keine Vorschrift die S. S. S. ermächtigt, alle Vertreter einer und derselben Branche in einem einzigen Syndikat zusammenzuschließen. Artikel 6 seiner Satzungen besagt folgendes: „Die S. S. S. wird ihren Einfluß geltend machen, um die verschiedenen Industrien der Schweiz in Syndikaten oder Verbänden zu vereinigen. Nach Bildung dieser Syndikate verpflichtet sich die S. S. S., unter Ausschluß anderer Käufer nur ihnen zu liefern. Soweit die Umstände solches zulassen, werden die Syndikate oder Verbände nach dem Muster des metallurgischen Syndikats und unter der Kontrolle der S. S. S. ins Leben gerufen werden." Wenn also die Umstände solches nicht zulassen, so sieht man nicht recht, auf

Grund welcher Bestimmung die S. S. S. die Gewürzhändler der ganzen Schweiz zwingen könnte, sich zu einem dem metallurgischen Syndikat ähnlichen Syndikat zusammenzuschließen. Und man wird zugeben, daß zwischen der Herstellung von Eisenbahnschienen und dem Verkaufe trockener Gewürze für zahlreiche „Umstände" genügend Raum vorhanden ist. Indessen betrifft diese Seite des Problems in der Hauptsache die Schweizer, und wir können davon nur als Freunde sprechen, die eine hohe Achtung vor der schweizerischen Unabhängigkeit haben. Aber das Funktionieren der S. S. S. stellt eine andere Art von Fragen, welche französische Interessen berühren. Zwischen der romanischen Schweiz und Frankreich sind die Handelsbeziehungen so entwickelt, daß kleine schweizerische Käufer häufig an französische Firmen schreiben, um dringend Waren zu empfangen im Werte von nicht mehr als 20 oder 50 Francs. Diese Käufer sind oft alte Kunden, deren Absichten unverdächtig sind. Sie bestellen z. B. Bänder, Seiden- und Wollwaren. Wie verfährt die S. S. S. mit ihnen? Wie — das ergibt sich aus einem ihrer Briefe, den uns die französische Handelskammer in Genf mitteilt: „Wir benachrichtigen Sie, daß alle Anträge auf Export durch die S. S. S. seitens des schweizerischen Importeurs gestellt werden müssen, was Sie Ihrer Kundschaft mitteilen wollen. Wir machen Sie jedoch darauf aufmerksam, daß wir kleine, vereinzelte Lieferungen nicht berücksichtigen können. Sie sollten daher Ihren Kunden den Rat geben, dem Syndikat der Textilindustrie in der Schweiz beizutreten, das zwischen den schweizerischen Importeuren der Textilbranche und uns als Vermittler tätig ist." Wie will man nun einem kleinen Lausanner Detaillisten, der eine kleine Menge französischer Artikel braucht, die Bedingung auferlegen, vorher dem schweizerischen Textilsyndikat, dessen Sitz ohne Zweifel (!) in Bern (also verwünschterweise in einer deutschschweizerischen Stadt!) ist, beizutreten, damit letzteres seine Bestellung mit ähnlichen, falls solche vorhanden sind, vereinigt, um sie schließlich der S. S. S. zu unterbreiten? Während man diese Formalitäten erfüllt, riskiert man, daß die Ware unnütz wird. Und was die Kontrolle anbelangt, die dazu bestimmt ist, die Versorgung Deutschlands zu verhindern, — denn schließlich haben die Verbündeten mit der schweizerischen Regierung diesen Vertrag abgeschlossen, um Deutschlands Versorgung zu verhindern, und nicht, um eine Reihe schweizerischer Trusts zu schaffen —, so begreift man nicht, wie der Beitritt des kleinen Detaillisten zu dem fernen Syndikat diese Kontrolle wirksamer machen kann. Nachstehend noch ein Teil der Satzungen der S. S. S. „Die nicht Syndikaten oder Verbänden angehörenden Käufer haben durch Hinterlegung einer Barkaution die Ausführung der für den Import nach der Schweiz vorgesehenen Bedingungen zu garantieren. Alle etwa entstehenden Streitigkeiten unterliegen der Gerichtsbarkeit in Bern." Das ist ein System, das die S. S. S. befriedigen und die Verbündeten beruhigen könnte, wie wenn die Schweizer Importeure sämtlich großen Syndikaten angehörten. Vielleicht wird man noch andere Methoden ausfindig machen. Wenn die schweizerischen Käufer oft nur kleine Häuser haben, so haben die französischen Exporteure häufig große. Und es wäre den französischen Behörden leicht, sie zusammenzufassen und hinsicht des Versands der Ware eine fast ebenso interessante Kontrolle auszuüben, als die Kontrolle ist, welche die schweizerischen Behörden bei Ankunft der Ware ausüben. Wie dem auch sei — es ist klar, daß man kontrollieren muß, und daß die Versuche, die gemacht werden, um von Frankreich gewisse Abdankungen (!) zu erlangen — man hat den freien Durchlaß von Paketen unter 10 Kilo vorgeschlagen — nicht einen Augenblick ernstlich erwogen werden dürfen. Aber die Kunst der Ueberwachung besteht ja gerade darin, die Betrüger zu stellen, ohne die anständigen Leute zu schädigen, und dem Feinde Verlegenheiten zu bereiten, ohne daß das nationale Interesse kompromittiert wird." So weit der Artikel des „Echo de Paris", der, wie man sieht, vor gelegentlichen kleinen Erpressungen nicht zurückschreckt. Das Amüsante an der Geschichte ist, daß die S. S. S. in ihrer Organisation von A bis Z eine durchaus englische Einrichtung ist, die der Eidgenossenschaft aufgezwungen wurde. Die scharfe französische Kritik richtet sich also im Grunde gegen die verbündeten Engländer. Man schlägt den schweizerischen Sack und meint den englischen Esel. . . . Und so was nennt sich „Entente" und träumt von einem gemeinsamen Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß gegen Deutschland. . . .!

Was die Pariser Wirtschaftskonferenz beraten — — sollte.

Aus Gründen, die nicht bekannt geworden sind, die sich aber unschwer vermuten lassen, ist die nach Paris einberufene Wirtschaftskonferenz einstweilen — aufgeschoben worden: auf kurze Zeit, sagen die Unentwegten, ad calendas graecas, die Skeptiker. Es ist unter diesen Umständen nur umso interessanter, festzustellen, was denn eigentlich jene Konferenz beraten sollte. In seiner Nummer vom 25. Februar gibt uns der „Temps" wie folgt Aufschluß hierüber. Unter den Fragen, die auf der internationalen, parlamentarischen Handelskonferenz, die in etwa 14 Tagen im Palais du Luxembourg eröffnet werden soll, erörtert werden, befindet sich eine, die in dieser Stunde ganz besondere Aufmerksamkeit verdient: die Frage der vorherigen Verständigung unter den Verbündeten über alle Gesetzesmaßnahmen, die dazu bestimmt sind, die Handelsbeziehungen zwischen den Kriegführenden zu regeln. Die Notiz, die Herr L. Baudet, Senator von Eure-et-Loir, diesem wichtigen Punkte des Programms der Arbeiten der Konferenz gewidmet hat, unterstreicht das ganze Interesse, das vorhanden ist, um Abmachungen dieser Art zu treffen. Es ist in der Tat unbestreitbar, und wir haben hier wiederholt darauf hingewiesen, daß die Ver-

bündeten, wenn sie die Einheit der Führung der alliierten Armeen für die militärischen Operationen als notwendig ansehen, sich auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Verteidigung auf gesetzlichem Wege verständigen müssen. Man darf nicht vergessen, daß in einem Kriege, wie dem gegenwärtigen, die wirtschaftliche Macht eine Hauptbedingung des Erfolgs ist, in demselben Maße wie die militärische Macht. Der Sieg müßte logischerweise derjenigen der beiden Gruppen zufallen, die am längsten aushält und von ihren Hilfsmitteln auf allen Gebieten den besten Gebrauch macht: Darum muß alles, was geeignet ist, uns ausdauernder zu machen und die Abnutzung des Feindes zu beschleunigen, praktisch organisiert und durch die Uebereinstimmung der Mittel und der Anstrengungen der Verbündeten ins Werk gesetzt werden. Das ist so offenbar, daß die im Anfang des Feldzugs auf die militärische Zusammenarbeit beschränkte Praxis der Ententen allmählich auch auf Fragen finanzieller Natur ausgedehnt werden mußte. Diese Praxis würde noch gewinnen, wenn sie verallgemeinert würde. Es ist sogar nötig, daß solches geschieht, wenn man nützlicherweise den anderen Krieg vorbereiten will. Jenen Krieg, der sich in der weiten Domäne des Handels und der Industrie entwickeln wird, wenn die Stimmen der Kanonen schweigen werden. Deutschland hat das vollkommen begriffen, und die Aufgabe ist ihm verhältnismäßig leicht gemacht, da sein Einfluß in der internationalen Gruppe, die es gebildet hat, durchaus überwiegt, und da seine Verbündeten sich seinem Willen folgsam (!) fügen. Bei den Mächten der Entente, die von gleich zu gleich verhandeln, ist die Wahrnehmung aller berechtigten Interessen schon eine heiklere Sache. Ein Grund mehr, damit der gegenwärtige gute Wille von dem Gedanken durchdrungen wird, daß wir, wenn auch die nationalen Gesichtspunkte verschieden sind, doch alle ein und dasselbe Ziel verfolgen: die Niederlage Deutschlands und Oesterreichs, die für die unabhängige Existenz aller Verbündeten gleich wichtig ist. Unter diesen Umständen ist es unerläßlich, unsere nützlichsten Mittel voll und ganz zusammenzutun (Phrasen! Phrasen!) für die gemeinsame Sache, und das Feld der Ententen auf alle moralischen und materiellen Kräfte auszudehnen, die fähig sind, die praktischen Wirkungen unserer Solidarität zu entwickeln. Diese vorherige Verständigung hat aber bisher bei der Ausarbeitung von Gesetzen und Dekreten, die sich auf wichtige Fragen beziehen, gefehlt; z. B. der Handel mit dem Feinde, die Kriegskonterbande, die Ausfuhr gewisser Erzeugnisse usw. Herr L. Baudet weist darauf hin, daß die Prüfung der von den Parlamenten der verbündten Länder hierüber abgestimmten Gesetze namhafte Unterschiede und zuweilen Widersprüche ergibt. So ist z. B. die Liste der als Konterbande erklärten Artikel bei den verschiedenen Verbündeten weit davon entfernt, übereinstimmend zu sein. Bei den Ausfuhrverboten verhält es sich ebenso. Was die Handelsbeziehungen anbelangt, so untersagt das französische Gesetz sie durchaus mit fremden, die der feindlichen Nationen angehören, ohne Unterschied des Wohnortes, während das englische Gesetz sie denjenigen Personen erlaubt, die feindlicher Nationalität sind, ohne jedoch in Feindesland zu wohnen, noch daselbst Handel zu treiben. Durch diese Klausel sind die englischen Transaktionen besonders begünstigt worden. Schließlich macht der ehrenwerte Senator von Eure-et-Loir noch darauf aufmerksam, daß die Regierungen von Frankreich und England eine Untersuchung veranstaltet haben, die ermöglichen muß, festzustellen, auf wie hoch sich die französischen und englischen Forderungen an Deutschland und Oesterreich-Ungarn belaufen. Auch auf diesem Gebiete sind Entscheidungen nötig, die auf alle Verbündeten ausgedehnt werden sollten. Das alles sind Probleme, die schnellstens gelöst werden müßten, und man kann nicht genug darauf dringen, daß die Regierungen und Parlamente der verbündeten Länder ihnen ihre ernsteste Aufmerksamkeit widmen. Denn schließlich handelt es sich darum, uns besser gegen einen Feind zu verteidigen, dessen wirtschaftliche Abnutzung, infolge der von uns begangenen Fehler, doch nicht so vollständig ist, als sie nach 19 Monaten Krieg sein müßte." Dieses interessante Eingeständnis, daß es mit der wirtschaftlichen Abnutzung Deutschlands doch noch bedenklich hapert, mag den Franzosen schwer genug werden. Es stimmt so wenig mit dem überein, was man sonst in französischen Blättern über den unmittelbar bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands zu hören bekommt. Und dabei ist nun auch noch der zwanzigste Kriegsmonat um, der die Ueberraschung von Verdun brachte. Unter diesen Umständen war es vielleicht schon das Gescheiteste, die Pariser Wirtschaftskonferenz der Alliierten auf — — unbestimmte Zeit zu verschieben. . . . Es heißt, sie soll Ende April zusammentreten.

Revue der Presse.

Das Gesamtergebnis der
Kriegsanleihezeichnungen bei den Groß-Berliner Sparkassen
ist den Mitteilungen des Berliner Börsen-Courier (23. März) zufolge ein erfreuliches gewesen. Wenn auch die Zeichnungen die Höhe der Summe bei der dritten Anleihe nicht erreicht haben, so übersteigen sie doch das Resultat der zweiten bedeutend; immerhin besteht noch die Möglichkeit einer weiteren Erhöhung, da noch mit durch die Post eingehende Zeichnungen von Sparern zu rechnen ist. Die Gesamthöhe beträgt 123 gegenüber 107 Mil-

lionen bei der zweiten und 136,3 Millionen Mark bei der dritten Kriegsanleihe. Interessant ist die Beteiligungszahl bei den einzelnen Gemeinden Groß-Berlins. Berlin hat 50 gegen 48 Millionen bei der dritten Anleihe gezeichnet, Charlottenburg 12 gegen 20; Schöneberg 3 gegen 5 Millionen (eigene Zeichnung der Sparkasse). Die Gesamtergebnisse bei der Schöneberger und Wilmersdorfer Sparkasse dürften auf 15 gegenüber 17 Millionen bei der letzten Anleihe kommen. In Neukölln und Lichtenberg sind die Ergebnisse der beiden letzten Zeichnungen nahezu gleich, in Spandau dagegen sanken die Zeichnungen von 6,5 auf 3,5 Millionen Mark. — In England besteht keine Neigung zu großzügigen Finanzoperationen. Zur

Deckung der englischen Kriegskosten

empfehlen, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung (22. März) berichtet, die englischen Tageszeitungen wiederum eine Ausgabe von Schuldverschreibungen mit Prämien (also einer Los-Anleihe). Der Daily Telegraph (10. März) betont, daß der dabei mögliche niedrige Zinssatz von vielleicht nur 2½% einen großen Erfolg ermögliche. Auf weite Kreise gerade der kleinen Kapitalisten würde diese Möglichkeit große Anziehungskraft ausüben und namentlich auch die sich in England bisher recht zurückhaltend gezeigten Arbeiter mit ihren Ersparnissen zur Zeichnung heranziehen. Auch die Morning Post (10. März) befürwortet die Ausgabe von Prämien-Anleihescheinen. Sollten die Schwierigkeiten hierfür zu groß sein, so würde die Ausgabe von Prämien-Schuldverschreibungen wohl besonders auf diejenigen Anziehungskraft ausüben, die augenblicklich große Leichtigkeit im Geldausgeben beweisen. Die Prämiengewinne müßten, um auf die Arbeiter Eindruck zu machen, zahlreich und bedeutend sein. — Während die meisten Industrien den Forderungen der Zeit entsprechend keine außergewöhnlichen Kapitalerhöhungen vornahmen, bietet die Kaliindustrie von diesem sonst allgemein gültigen Gebot eine unrühmliche Ausnahme. Das Berliner Tageblatt (21. März) bemerkt dazu unter dem Titel

Keine überflüssige Kapitalinvestierungen

daß schon in den ersten Kriegsmonaten einige Kaliunternehmungen Zubußen in Höhe von Millionenbeträgen forderten. Ist die Berechtigung zur Forderung außergewöhnlicher Zubußen in der Kaliindustrie schon in Friedenszeiten fraglich, so ist sie im gegebenen Zeitpunkt geradezu zu verneinen. Es mag Fälle geben, besonders da, wo neue Zubußen zur Ablösung schwebender Schulden dienen sollen, in denen wiederholte Zubußenforderungen nicht so sehr bedenklich erscheinen. Ist jedoch, wie im Konzern der Gewerkschaften Burbeck und Walbach eine Zubuße von 2 Millionen beschlossen, um den Ausbau einer Filialgewerkschaft zu ermöglichen, so liegt hier durch den unnötigen Entzug von Vermögenswerten eine nationale Schädigung vor; denn der Ausbau der Filialgewerkschaft Buchsberg mag noch so sehr zweckmäßig sein, der Ausbau eines für die Gesamtleistung der Kaliindustrie überflüssigen Werkes liegt zurzeit keinesfalls im nationalen Interesse. — Im Augenblick der Beratung der Gesetze über Schätzämter und Stadtschaften wird in der Kölnischen Volkszeitung (2. März) von Amtsgerichtsrat Schaefer auf die Möglichkeit einer allgemeinen

Hypothekenversicherung

hingewiesen. Die neuen Gesetze könnten wohl die hauptsächlichsten Fragen einer Lösung zuführen, es blieben aber doch noch immer Fälle übrig, in denen ein Hypothekengläubiger durch außerordentliche Umstände einer Entwertung seiner angelegten Kapitalien gegenüberstände, so z. B. bei Wertherabsetzung eines Hauses durch lokale Veränderungen u. a. m. In solchen Fällen könnte eine allgemeine Versicherung den Verlust des einzelnen decken. Die Kosten einer solchen Versicherung würden durch die in Aussicht stehenden 10 Millionen Staatszuschuß und die Prämien der Versicherten zu decken sein; auch eine mäßige Grundsteuer-Erhöhung wäre zu rechtfertigen. Die so gesicherten Hypotheken würden dann eine gute Anlage für Privatkapital bedeuten. — Ueber Japans Expansionspolitik im allgemeinen, über das japanische Bestreben zur Unterjochung Chinas im besonderen schreibt Freiherr von Mackay in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung (11. März). Das Eroberungsprogramm, das

Japan in China

zu verwirklichen gedachte, war bereits im Zeitpunkt der koreanischen Streitigkeiten, im Jahre 1894, festgelegt worden. Durch das japanisch-russische Abkommen von 1907, das Japan die ganze Südwestmandschurei als „Interessengebiet" einbrachte und durch andere vertragliche Bevorrechtigungen, die zur Einverleibung Koreas führten, war Japan nicht nur zur Festlandmacht geworden, sondern es hatte auch gleichzeitig die erste Bresche in Chinas staatliche Integrität geschlagen. Japan fühlt sich berufen, im Osten Englands Rolle als Weltmacht zu spielen. Aber während Englands Expansionssucht sich nicht auf den nahen europäischen Kontinent beziehen konnte, ist Japan gezwungen, aus industrie-wirtschaftlichen Gründen in China eine Rückendeckung zu suchen. Japans wenig ergiebiger Boden reicht zur Deckung für die Bedürfnisse einer ständig wachsenden Bevölkerung nicht aus. In Chinas mit Naturschätzen reichgesegnetem Boden sind die Rohstoffe für Japans aufblühende Industrie, für die Instandsetzung und Instandhaltung seiner nach Vorrang drängenden Wehrmacht enthalten. Japans Kohlenförderung soll nach amtlichen Feststellungen nur noch den Bedarf für 22 Jahre decken. Erzlager von nennenswerter Bedeutung sind im Inselreich nicht vorhanden. Das tägliche Brot der Japaner, das Reiskorn, ist schon längst nicht mehr in erforderlichem Maße im Lande zu erzeugen. Ist es auch zweifellos, daß Japan sich Siedlungsgebiete und Nahrungsquellen in ebenso guter und politisch weniger reibungsgefährlicher Form auf den Inseln

der Südsee sichern könnte, so spielt doch die Tatsache eine Rolle, daß Japan mit allen Mitteln bestrebt ist, im Falle China in Nachahmung der amerikanischen, eine asiatische Monroe-Doktrin aufzustellen und durchzuführen. — Gegen die Gesichtspunkte, durch die sich die englische Regierung bei der

Beschlagnahme niederländischer Fondssendungen

leiten ließ, nimmt nach dem Berliner Tageblatt (16. März) das „Handelsblad" in unzweideutiger Weise Stellung. Die Behauptung der britischen Regierung, den Neutralen werde durch die Beschlagnahme nur wenig oder gar kein Schaden zugefügt, sei falsch. Fest stehe jedenfalls, daß Wertpapiere, die Eigentum von Untertanen eines neutralen Staates seien, als Konterbande vor ein Prisengericht gebracht werden sollten. Die Beschwichtigungsversuche, zu denen die wachsende Empörung im Lande die britische Regierung veranlaßte und durch Reuter verlautbaren ließ, seien flagrante und bewußte Unwahrheiten. Das Bemühen der britischen Regierung, nur solche Wertpapiere, bei denen die Vermutung feindlichen Ursprungs bestimmt sei, beschlagnahmen zu wollen, sei rein illusorisch; denn es gehe aus den größten niederländischen Banken geholten Informationen hervor, daß Werte von vielen Millionen Gulden, die im bona-fide-Besitz von Niederländern waren, bereits beschlagnahmt sind. Nicht nur Effekten, sondern auch Wechsel und Kupons seien beschlagnahmt worden, obwohl hier von einem Zwischenhandel auf deutsche Rechnung keine Rede sein könne. England habe die Interessen neutraler Staaten so verletzt, daß es ohne vorherige Verständigung und ohne Erklärung zur Konterbande diese Wertpapiere beschlagnahmte und somit selbst nach englischer Rechtsauffassung widerrechtlich gehandelt. — Ueber die Frage der Beziehungen von

Kriegsgewinnsteuer und ausländischen Vermögen

herrscht, wie das Berliner Tageblatt (17. März) schreibt, vielfach Ungewißheit. Zunächst ist daran zu erinnern, daß für die Berechnung des Vermögensbestandes zum Zwecke der Kriegsgewinnbesteuerung die Bestimmungen des Besitzsteuergesetzes in Betracht kommen, nach denen das vor dem 31. Dezember 1913 erworbene im Ausland befindliche Grund- und Betriebsvermögen steuerfrei ist (§ 5, Entwurf des Kriegssteuergesetzes). Für die aus Veräußerung von im Ausland angelegten Betriebs- und Grundvermögen erzielten Beträge gilt, daß diese Beträge, auch wenn sie aus Verkauf nach dem 31. Dezember 1913 herrühren, nicht steuerpflichtig im Sinne des Kriegsgewinnsteuergesetzes sind. — Daß die Schachtelgesellschaften durch die Vorlage über die Erhöhung der Einkommensteuerzuschläge etwas scharf angefaßt würden, hat kürzlich selbst der preußische Finanzminister zugegeben und gleichzeitig das Entgegenkommen bei dem gleich nach dem Kriege vorzulegenden neuen Einkommensteuergesetz in Aussicht gestellt. Ueber den Kontrast dieser Erklärung mit der Tatsache, daß der Entwurf eines Kriegsgewinnsteuergesetzes die

Doppelbesteuerung der Schachtelgesellschaften

fast gleichzeitig beseitigt, spricht sich in der Vossischen Zeitung (16. März) Prof. Dr. Flechtheim-Berlin aus. Die sogenannten Schachtelgesellschaften sind eine typische Erscheinung unseres heutigen Wirtschaftslebens geworden. Es stehen daher nicht mehr nur Privatinteressen, sondern auch öffentliche Interessen auf dem Spiele, die durch eine Vertagung der Frage gefährdet werden. Die Schachtelgesellschaften werden der Belastungsprobe gesteigerter Steuergesetze vielfach nicht standhalten können und, was aus volkswirtschaftlichen Gründen zu bedauern wäre, auf Fusionsgedanken kommen, die durch den bevorstehenden Kampf gegen die ausländische Konkurrenz, der äußerste Oekonomie verlangt, ohnehin schon sehr lebhaft sind. Die Frage sei wichtig und höchst aktuell, ihre Lösung müsse beschleunigt werden, damit von seiten der beunruhigten Gesellschaften nicht voreilige Schritte getan würden. — Die Reformbedürftigkeit des englischen Bankwesens ist eine jetzt offen besprochene Tatsache. Minister Runciman wies bereits darauf hin, in welcher Weise die Joint Stock-Banken den deutschen an Initiative und Wagemut unterlegen seien. Namentlich auch bei Auslandsgründungen von Banken sei die englische Initiative bisher zu schwach gewesen. Der „Berliner Börsen-Courier" (19. März) führt unter

Neue Bankprojekte in England.

näheres hierzu aus. Es kann nicht widersprochen werden, daß die deutschen Industriellen leider in ganz anderer Weise von der Bankwelt unterstützt würden als die englischen. Hier solle die geplante industrielle Kreditbank für England Abhilfe schaffen. Auch das Projekt der Gründung einer großen Zentralbank für England habe Aussicht auf Verwirklichung; die Pläne zu dieser Neugründung des bekannten Sir Edward Holden fänden vor den vereinigten Handelskammern Zustimmung. Der interessanteste Programmpunkt ist die Förderung des internationalen Handels in jeder Richtung und in namentlicher Konkurrenz gegenüber Deutschland. Diese neue Bank soll zu der Bank von England in dem Verhältnis stehen, daß letztere sich im wesentlichen auf den inneren englischen Handel beschränkt, die Neugründung jedoch das internationale Feld beherrscht. Der „Statist" jedoch weist mit Recht auf die Unausführbarkeit dieses Planes hin; denn die ja bei diesem Projekt ins Auge gefaßte Beteiligung der Regierung müßte notwendig die zurzeit unerwünschte Entscheidung über Freihandel oder Schutzzoll berühren. — In der „Kommunalen Praxis" (18. März) nimmt Dr. Lindemann eine scharfe Stellungnahme zum Gesetzentwurf über die Förderung von

Stadtschaften.

Der Entwurf sei nichts anderes als eine Abschrift der Forderungen, die Dr. Baumert im November 1915 als Vertreter der Hausbesitzer in der Im-

mobilienkreditkommission mitgeteilt habe. Auch aus der Begründung zu diesem Gesetzentwurf spreche das ganze Programm, das in den letzten Jahren von den Hausbesitzerorganisationen aufgestellt worden sei. Die Errichtung von Pfandbriefanstalten sei unnötig, da durch sie nicht die prekäre Lage des Hausbesitzes gerettet werden könne. Neben Eberstadt, der in der Debatte dagegen sprach, verneine auch der Direktor der Hessischen Landeskreditkasse das Bedürfnis nach neuen Pfandbriefanstalten, die als Institute öffentlichen Rechts durchaus nicht als Mittel zur Beseitigung der Mißstände auf dem Gebiete des Realkredits anzusehen seien. Mit Vertretern privater Hypothekenbanken verneint Dr. Lindemann, daß durch Errichtung weiterer Anstalten auf dem Geldmarkt etwas geändert werden könne. Nicht der Neubau, sondern der Aufbau auf den bereits vorhandenen Instituten käme als richtig in Frage. Die in der Begründung hervorgehobene Notwendigkeit der Verbreitung der Tilgungshypothek sei gleichfalls nicht stichhaltig. Der Wert der Tilgungshypothek werde überschätzt. Sie sei nur da angebracht, wo zwischen dem Haus und dem Besitzer noch Beziehungen anderer Art beständen als nur der rein finanzielle Gesichtspunkt der Herauswirtschaftung größtmöglichen Ueberschusses. — Seitdem die Zivilverwaltung von Kalisch nach Warschau verlegt wurde, hat sich, wie das „Handelsmuseum“ (17. Februar) in einem längeren Artikel ausführt, das

Wirtschaftsleben im deutschen Verwaltungsgebiete Russisch-Polens

in glänzender Weise entwickelt. Das Polizeipräsidium hat mit den russischen Gepflogenheiten gründlichst aufgeräumt. Die Gerichtsbarkeit arbeitet gleichfalls nach deutschem Vorbilde. Die Gerichtshandlungen haben eingesetzt, doch wird im allgemeinen bei der Abwesenheit so vieler Schuldner, von denen manche nach Rußland geflüchtet sind, von der Anhängigmachung eines Prozesses zurzeit abgeraten. Die Annahme von Rubelzahlungen seitens russischer Schuldner ist anzuraten, auch wenn sie zur Markzahlung verurteilt worden sind; denn es steht doch zu hoffen — Finanzleute ersten Ranges vertreten diese Ansicht —, daß der Rubelkurs in einigen Monaten nach dem Kriegsende sich wieder erholt haben wird. Der heutige Geschäftsverkehr mit Russisch-Polen wird überschätzt. Außer Lebensmitteln ist wenig Einfuhr vorhanden, denn die Artikel, für die Bedarf vorhanden wäre, fallen fast insgesamt unter das Ausfuhrverbot. Die Kreditgewohnheiten müssen sich nach dem Kriege eine Aenderung gefallen lassen; das achtmonatliche Ziel muß auf alle Fälle aufgehoben werden. In den anderen Orten des okkupierten Polens hat sich das Wirtschaftsleben bisher wenig entwickeln können. Kalisch und Brest-Litowsk sind zu sehr verwüstet, auch in den anderen kleineren Bahnstädtchen werden vorerst höchstens Geschäfte in Lebensmitteln versucht. Doch wohin man auch sehen mag: wo nur eine Möglichkeit dazu bestand, da hat sich auch schon in Polen Deutschlands glänzende Organisationskunst bewährt. — Die jetzt in vielen Fällen zu Tage getretene Unterernährung kann, wie Prof. Dr. Eltzbacher in der Sozialen Praxis (23. März) ausführt, nicht auf einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern nur auf einer ungleichmäßigen Verteilung zwischen Stadt und Land beruhen. Unsere Organisation der Lebensmittel hat bisher viel zu sehr lediglich die Verteilung der Nahrungsmittel zwischen reich und arm als Ziel aufgefaßt, viel zu wenig auf eine gerechte

Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Stadt und Land

gesehen. Es drängt sich jedem Beobachter auf, daß bei der Verteilung der Nahrungsmittel die Städte gegenüber dem Land zu kurz gekommen sind. Da, wo ein Nahrungsmittel durch ein konsequent durchgeführtes System gleichmäßig verteilt worden ist, wie das Brotgetreide, da herrscht Uebereinstimmung. Bei allen anderen Nahrungsmitteln jedoch ist die Stadtbevölkerung im Nachteil. Es steht fest, daß die minderbemittelte Bevölkerung zum Ausgleich der für sie gegenüber normalen Zeiten geringen Brotmenge eine größere Kartoffelmenge braucht. Auf die zahlreichen und nur zu wohl begründeten Klagen über mangelnde Kartoffelzufuhr wies der preußische Landwirtschaftsminister im Abgeordnetenhaus kürzlich darauf hin, daß in einigen westlichen Industriestädten die Kartoffelzufuhr um ein Viertel gegenüber dem Vorjahre vermehrt worden sei, so daß die Klagen über Kartoffelnot vielleicht eher auf mangelhafte Organisation in den Städten als auf mindere Zufuhr vom Lande beruhen. Diese Berechnung ist falsch; denn um die Verminderung der Brotrationen auszugleichen, um den Mangel an Hülsenfrüchten, Fetten usw. wettzumachen, hätte der Kartoffelbedarf sich mindestens verdoppeln müssen. Daß auf dem Lande reichlich Lebensmittel zum Eigenverbrauch zurückbehalten werden, ist nicht zu bestreiten. Es wäre interessant, wenn die Landesversicherungsanstalten, die seit kurzem auffallend viel Invalidenrenten wegen Entkräftung und Blutarmut bewilligen mußten, eine Feststellung über die Verteilung der aus dieser Ursache gegebenen Renten in Stadt und Land bringen würden! — Nach dem Vorbild der Zusammenschlüsse auf dem heimischen Markt entstanden schließlich auch

Internationale Verbände.

Julius Kaliski gibt in der Chemnitzer Volksstimme (18. März) einen kurzen Ueberblick über ihre Varietäten und Zukunft. Die internationalen Schiffahrtsringe waren wohl die bekanntesten. Die Syndikate der Eisenwerke, der Glasindustrie, der Pulver- und Dynamitfabriken, der Zementindustrie u. a. haben zumeist mit den gleichen Industrien des Auslandes vertragliche Abmachungen getroffen. Der auf politischem Gebiet geschlossene Verband, die sozialistische Internationale, enttäuschte, wie Kaliski schreibt, weil man wohl die internationalen Interessen in der Nationale, nicht aber die nationalen

Interessen in der Internationale gewahrt sah. Auf kapitalistischem Gebiete bewährten sich die internationalen Verbände; die hier wohl am besten gefügte Organisation zeitigte auch die besten Resultate. Kaliski sieht in den internationalen Organisationen der Industrie, der Finanz und des Verkehrs Einrichtungen, die von nicht zu unterschätzender Bedeutung für eine internationale Verständigung gleichsam Träger von Friedenstendenzen sind. Dieser Art internationaler Organisation wird auch vor allen andern nach dem Kriege zuerst wieder Zukunft beschieden sein. — Wegen der Verkehrsbelästigung und Verkehrsbeschwerung, die der

Quittungsstempel im Zahlungsverkehr

verursachen wird, äußert sich auch die Frankfurter Zeitung (22. März) der Einführung gegenüber ablehnend. Abgesehen von den Verkehrsbelästigungen ist von der Ausgestaltung des Quittungsstempel eine schwere Beeinträchtigung des Sparbetriebes zu befürchten und, worauf gerade in letzter Zeit von allen Seiten als reformwürdig hingewiesen worden ist, eine erneute Erhöhung des Bargeldumlaufes. Wie viele kleine Beträge, die bisher auch nur für kurze Zeit auf die Sparkasse zu wandern pflegen, werden, um die doppelte Stempelung zu sparen, künftig zinslosbringend im Hause behalten. Wie soll da die amtliche Zusicherung, daß die Förderung des im gemeinwirtschaftlichen Interesse liegenden bargeldlosen Zahlungsverkehr Berücksichtigung fände, verwirklicht werden?

Umschau.

fn. Grossbankabschlüsse. Seit an dieser Stelle die Abschlüsse der Mitteldeutschen Creditbank und der Berliner Handelsgesellschaft besprochen worden sind, sind sämtliche Berliner Grossbanken mit Ausnahme der Deutschen Bank mit der Veröffentlichung ihrer Abschlüsse gefolgt. Aus allen Abschlüssen spricht ein im wesentlichen gleichartiger Verlauf des Bankengeschäftes 1915. Der Verlauf war bestimmt, durch den starken Zustrom der fremden Gelder, die bei den acht Grossbanken, deren Bilanzen bisher vorliegen, von 3549 Millionen Mark Ende 1914 auf 4642 Millionen Mark Ende 1915 angewachsen sind. Die Anlage der grossen Mittel bot niemals erhebliche Schwierigkeiten. Die Kriegsindustrie, öffentliche Körperschaften und endlich zeitweise das Reich, hatten ein hinreichendes Kreditbedürfnis, für dessen Befriedigung der Bankdiskontsatz von 5 % und der durchschnittliche Privatdiskontsatz von 4 1/8 % massgebend waren. Auf der anderen Seite waren die Bahnen des Geschäftes durch die Krigswirtschaft eng begrenzt und es gab für die Grossbanken verhältnismässig wenig Gelegenheit, eine Eigenart in ihrer Geschäftsführung zur Geltung zu bringen. Die Grossbankabschlüsse und ihre Erläuterungen sind daher begreiflicherweise in diesem Jahre von besonders ausgeprägter Einförmigkeit. Nur der Grad, in dem die guten Seiten des Geschäftes bei den verschiedenen Instituten in Erscheinung treten, ist verschieden. Wo in den Ziffern scheinbar erhebliche Unterschiede in der Entwicklung zutage treten, zeigt sich überdies meistens, dass es sich nur um eine Verschiedenheit der Buchungsformen handelt. So haben z. B. die meisten Banken auf dem Effekten- und Konsortialkonto in diesem Jahre weder einen Gewinn noch einen Verlust ausgewiesen und den buchmässig erzielten Gewinn zu Abschreibungen auf ihre Bestände verwendet. Nur die Bank für Handel und Industrie zeigt einen Verlust von 966 666 Mark aus Finanzoperationen und die Diskonto-Gesellschaft einen Verlust von 2,59 Millionen Mark aus Wertpapieren. Diese beiden Verlustposten sind aber auch nur eine Folge höherer Abschreibungen auf Effekten oder Konsortialbestände und es ist daher in der Sache genau dasselbe, ob bei diesen beiden Banken vor dem Ausweis des Reingewinnes in dem einzelnen Posten ein Verlust gezeigt wird, oder ob die anderen Banken nach Erreichung des Reingewinnes erhebliche Sonderabschreibungen ausweisen, wie z. B. die Dresdner Bank, die eine Abschreibung auf Konsortial- und Kontokorrent-Konto von 6 Millionen Mark vornimmt. Ob wirklich eingetretenen Wertverminderungen Rechnung getragen wird oder ob stille Reserven geschaffen werden, kann der Aussenstehende aus der Verschiedenheit der Bezeichnungen jedenfalls nicht schliessen. In den Bilanzen zeigt vor allen Dingen auf der Aktivseite das Konto „Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere“ eine verschiedene Behandlung. Von der Mitteldeutschen Creditbank und der Berliner Handelsgesellschaft wurde an dieser Stelle erwähnt, dass die Reports einen starken Rückgang zeigen, da die Banken es für richtig hielten, die abgewickelten d. h. zum grossen Teil nur in ihrer Rechtsform umgewandelten Börsengeschäfte von dem Reportkonto auf das Debitorenkonto umzubuchen. Die anderen sechs Banken folgten diesem Beispiele nicht und da überdies in mehr oder minder erheblichem Umfange Lombarddarlehen wegen Kriegsanleihen gewährt wurden, so zeigt das Konto Reports und Lombards bei diesen sechs Banken eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr. Die Banken, welche die Umbuchung der umgewandelten Börsenengagements nicht vorgenommen haben, gehen dabei von dem Gesichtspunkte aus, dass sich wohl die Rechtsform geändert habe, dass aber die Engagements ihrer wirtschaftlichen Natur nach die gleichen geblieben sind und deshalb mit vollem Rechte auf dem Konto stehen bleiben. Gegen diese Auffassung ist einzuwenden dass der wesentlichste wirtschaftliche Unterschied zwischen Reports und gedeckten Debitoren darin besteht, dass die Reports und die Börsenlombards sich aus der Reihe der anderen Darlehen dadurch abheben, dass ihre Deckung besonders leicht an der Börse realisierbar ist. Dieses besondere Merkmal haben diese Darlehen mit der Schliessung der Börsen ohne Zweifel verloren. Es hat deshalb wohl im Augenblick der offiziellen Abwickelung der Börsengeschäfte nur eine Aenderung der Rechtsform stattgefunden. Im Vergleich zu Friedenszeiten hat sich aber doch der wirtschaftliche Charakter dieser Darlehen insofern geändert, als sie ihre bevorzugte Liquiditätsstellung verloren haben. Deshalb erscheint mir die Umbuchung auf das Debitorenkonto als die richtigere Form der Bilanzierung.

* * *

Der Abschluss der Nationalbank für Deutschland nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als er

nicht unwesentlich durch die im vorigen Jahre unter dem kurzen Regime des Direktor Winterfeld vorgenommenen radikalen Bilanzreinigungen beeinflusst ist. Der Radikalismus, mit dem damals unter Auflösung eines grossen Teiles der Reserven die Aktivbewertungen berichtigt worden sind, hat sich für die Aktionäre insofern als vorteilhaft erwiesen, als in diesem Jahre ein besonderes Abschreibungsbedürfnis nicht mehr vorlag und bei Zuweisung von einer Million Mark an den ordentlichen Reservefonds, der dadurch wieder auf die Höhe von 10 % des Aktienkapitals gebracht wird, die Aktionäre wieder in den Genuss einer 4 %igen Dividende treten können. Die Auflösung ordentlicher Reserven zum Zwecke von Minderbewertungen erleichtert immer die Wiederaufnahme der Gewinnausschüttung, denn die Wiederauffüllung der Reserven kann langsamer vor sich gehen, als die Befriedigung eines noch bestehenden Abschreibungsbedürfnisses vor sich gehen müsste. Aber der Radikalismus des Bilanzierens hat für die Nationalbank für Deutschland auch eine Schattenseite gehabt. Es ist sicher kein Zufall, und es ist auch nicht nur durch die Beschränkung des Filialnetzes der Nationalbank auf Berlin zu erklären, wenn die Nationalbank als einzige Grossbank keinen gegenüber dem Vorjahre erhöhten Bestand an fremden Geldern aufweist. Sicherlich hat die rückhaltlose Schärfe, mit der bei dem Abschluss von 1914 die früheren Schwächen der Nationalbankbilanz aufgedeckt worden sind, ihre Anziehungskraft auf fremde Gelder gehemmt. Es ist angesichts dieser Wirkungen schwer abzuwägen, ob der Radikalismus bei der Bilanzreinigung im vorigen Jahre für die Aktionäre mehr Vorteile oder mehr Nachteile mit sich gebracht hat.

* * *

Die Verwaltung der Darmstädter Bank verbindet mit ihrem Vorschlag, die Dividende von 4 auf 5 % heraufzusetzen, einen Antrag, auch die Tantieme des Aufsichtsrates in Zukunft zu erhöhen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten bisher bei der Darmstädter Bank einen Anteil von 7 % des Reingewinns, der über den Satz von 4 % hinaus als Dividende an die Aktionäre verteilt wird. Nach dem Antrag der Verwaltung soll in Zukunft der Aufsichtsratsanteil von dem gleichen Gewinn berechnet auf 8 % erhöht werden und zwar ist das eine Prozent mehr dazu bestimmt, eine besondere Vergütung an die in den Ausschüssen tätigen Mitglieder des Aufsichtsrates zu gewähren. Die Verwaltung bezieht sich bei diesem in der Kriegszeit immerhin ungewöhnlichen Antrag auf Erhöhung der Tantieme im Geschäftsbericht auf eine Anregung, die in der letzten Generalversammlung der Bank aus der Mitte der Aktionäre gegeben wurde. Dabei ist aber zu bemerken, dass diese Anregung eigentlich etwas anderes erstrebte, als durch den Antrag der Verwaltung jetzt erreicht wird. Der betreffende Aktionär ging in der vorjährigen Generalversammlung davon aus, dass durch die Herabsetzung der Dividende auf 4 % der Aufsichtsrat für seine gerade in der ersten Kriegszeit sicherlich gegenüber normalen Verhältnissen gesteigerte Tätigkeit keinerlei Vergütung erhielt. Der Aktionär regte deshalb an, dem Aufsichtsrat eine Arbeitsentschädigung zuzubilligen. Wenn die Verwaltung der Darmstädter Bank davon absieht, ein derartiges Fixum einzuführen und dafür unter Berücksichtigung der besonderen Arbeit, die in den Ausschüssen geleistet wird, lieber in Form der Tantieme höhere Vergütungen möglich machen will, so macht das vielleicht praktisch, wenn die Dividende ohnedies über 4 % hinausgeht, keinen grossen Unterschied. Grundsätzlich hat aber der Antrag des Aktionärs eine ganz andere Tendenz gehabt. Indem der Aktionär wenigstens einen Teil der Aufsichtsratsbezüge ganz unabhängig von der Höhe der Dividende gestalten wollte, beabsichtigte er, das Interesse des Aufsichtsrats an der Ausschüttung einer 4 % überschreitenden Dividende herabzumindern. Wenn auch die heutige Verwaltung der Darmstädter Bank sich bei der Bemessung der Dividende durch Tantiemerücksichten sicherlich nicht beeinflussen lässt, so sind doch Fälle durchaus denkbar, in denen eine Verwaltung bei derartigen Statutenbestimmungen, um nicht vollkommen leer auszugehen, besonders leicht dazu neigt, mit ihrer Dividende über den Mindestsatz von 4 % hinauszugehen. Wenn die Verwaltung der Darmstädter Bank deshalb die Statutenänderung auf die Anregung des Aktionärs sofort vornehmen wollte, so wäre es vielleicht richtiger gewesen, sich auch genauer an das von dem Aktionär Erstrebte zu halten.

* * *

Im Geschäftsbericht der Dresdner Bank wird in Verbindung mit der gewiss erfreulichen Feststellung der Bewährung des deutschen Bankwesens im Kriege ein kleiner Seitenhieb auf die Bankenkritiker geführt. Es heißt dort: „Das deutsche Banksystem, dem es in Friedenszeiten nicht an heftigen Kritiken gefehlt hat und dem besonders das englische als angeblich vollkommeneres Vorbild hingestellt wurde, hat sich im Kriege durchaus bewährt. Es ist nicht uninteressant zu beobachten, wie gerade jetzt in England der Ruf nach einer Verbesserung des dortigen Banksystems immer häufiger ertönt und dafür unser deutsches Bankwesen als nachahmenswert bezeichnet wird.“ Der Verfasser dieses Berichtes hat augenscheinlich ein gutes Gedächtnis für Dinge, die ziemlich weit zurückliegen, während ihm die Entwicklung der Bankenkritik in den letzten zehn Jahren weniger gegenwärtig zu sein scheint. Es gab allerdings eine Zeit, in der es beliebt war, die für das englische Bankwesen charakteristische vollkommene Trennung des Depositen- und Effektengeschäftes den deutschen Banken als Vorbild hinzustellen. Um diese Irrmeinung zu überwinden, bedurfte es aber nicht, wie es nach dem Geschäftsbericht der Dresdner Bank erscheinen könnte, der Erfahrungen des Weltkrieges, sondern die Theoretiker des Bankwesens haben längst selbst eingesehen, dass der englischen Funktionenteilung im Bankwesen grosse Fehler anhaften und sie haben deshalb im letzten Jahrzehnt kaum noch das englische Vorbild als erstrebenswert bezeichnet, sondern sie haben unter Anerkennung der Vorzüge des deutschen Systems ganz andere Erscheinungen der Bankenpolitik zum Gegenstand ihrer Kritik gemacht. Insbesondere die Untersuchungen der Professoren Weber und Jaffé über das englische Bankwesen haben seit ihrem Erscheinen dafür gesorgt, in Deutschland allzu optimistische Beurteiler des englischen Banksystems zu belehren. Auch bei der Bankenquete im Jahre 1908 spielte die Frage der Trennung des Depositen- und Effektengeschäftes nur noch eine ganz untergeordnete Rolle gegenüber anderen Problemen,

die auch nach den Erfahrungen dieses Krieges der Erörterung in Zukunft noch sehr bedürfen werden.

* * *

Die Disconto-Gesellschaft greift in ihrer Berichterstattung mit einer interessanten Ziffer über das vergangene Jahr hinaus. Es ist im Geschäftsbericht der Disconto-Gesellschaft eine Berechnung der Depositenbewegung seit Ausbruch des Krieges vorgenommen worden in der Weise, dass der Depositenbestand vom 15. Juli 1914 mit 100 angenommen ist. Es ergibt sich danach, dass im ganzen Jahre 1915 der Bestand sehr wesentlich höher als vor Ausbruch des Krieges war. Die Tabelle zeigt auch die Schwankungen je nach den Terminen der Einzahlungen auf die zweite und dritte Kriegsanleihe, was um so wertvoller ist, als durch die Nichtveröffentlichung der Zweimonatsbilanzen der allgemeine Einblick in die Bewegung der Bankengelder beeinträchtigt wird. Die höchsten Bestände wurden im Jahre 1915 am 15. März mit 146% und am 15. September mit 148% erreicht. Das heisst zu den beiden letzten Terminen vor den Einzahlungen auf die Kriegsanleihen. Ende Dezember 1915 betrug die Depositensumme 128%. Sie stieg bis zum 31. Januar 1916 auf 143%, bis zum 29. Februar auf 151% und bis zum 15. März auf 166%. Das heisst, sie erreichte zum letzten Termin vor der vierten Kriegsanleihe eine früher nie erreichte Höhe. Diese Statistik zeigt, wie natürlich aus dieser Quelle der neue grosse Erfolg der vierten Kriegsanleihe erwachsen konnte und wie wenig es künstlicher Mittel bedurfte, um die neuen Milliarden für die Kriegskasse des Reiches frei zu machen.

Wo steckt der Zucker? Herr Emil Neumann-Hofer-Magdeburg schreibt uns: Seit vielen Jahren sind wir im Deutschen Reiche gewohnt, den Zucker im Ueberflusse zu besitzen. Dieser Ueberfluss hat im Laufe der Jahre zu allen möglichen gesetzgeberischen Massnahmen geführt, von denen nicht gerade behauptet werden kann, sie seien immer sehr glücklich gewesen. Es genügt, an die Ausfuhrprämien zu erinnern. Von den in Brüssel geschlossenen Konventionen bildete die letzte, die durch den Ausbruch des Krieges ganz von selbst in die Luft flog, an sich eine Farce auf die Selbstverständlichkeit der Gleichberechtigung aller Vertragschliessenden. Hier gingen England und Russland derart mit Vorteil hervor, dass man wirklich hätte wünschen können, der Abschluss wäre gescheitert. Da brach der Krieg aus. Was nun? Was sollen wir mit den grossen Ueberschüssen von Zucker tun, wenn wir nicht mehr nach England liefern können. Wir müssen den Anbau einschränken, sonst geht die Zuckerindustrie zugrunde! Der Zucker wird durch Ueberfluss so billig, dass die Industrie zusetzen muß! So schwirrte es in den beteiligten Kreisen durcheinander. Dem Getreidebau muss eine grössere Fläche erschlossen werden! — entschied schliesslich die Regierung, und zwar auf Kosten des Anbaues von Zuckerrüben. Eine Riesensache! — Dabei hat der Zuckerrübenanbau noch niemals mehr als rund 2 Prozent der Gesamtfläche des Früchte tragenden Ackerbodens in Deutschland eingenommen. Alle Warnungen waren in den Wind gesprochen. Es ist damals darauf hingewiesen worden, dass es besser wäre (Ausnahmen erfordern Ausnahmemassregeln), den Rübenzuckerfabriken einen angemessenen Gewinn zu garantieren, als den Rübenanbau zu beschränken. Eine wesentliche Beschränkung des Anbaues könnte sich bitter rächen. Sie hat sich gerächt. Während des Krieges ist der Wert des Zuckers als billiges und vorteilhaftes Nahrungsmittel erst so recht in die Erscheinung getreten. Man redet nicht mehr von einem Genussmittel, einem Luxusartikel, der eine kräftige Steuer wohl vertragen könne. Heute weiss man überall, was der Zucker als menschliches Nahrungsmittel wert ist, was er als Erhalter des Viehbestandes leistet. Der Verbrauch stieg. Die Regierung liess leider keine laufende Statistik aufmachen. Man war auf Mutmassungen angewiesen. Die Landwirte verfütterten die rohen Rüben in weit grösserem Umfange als jemals geschehen. Die aus dem vorangegangenen Betriebsjahr herübergenommenen Bestände halten anfangs noch mit, und die Aussichten waren deshalb schliesslich nicht gerade schlecht. Es war anzunehmen, dass wir nicht nur auskommen, sondern auch noch in der Lage sein würden, Zucker gegen Hereinnahme anderer Erzeugnisse aus neutralen Ländern einzutauschen. Das ist auch geschehen; inwieweit, entzieht sich der Kenntnis der Oeffentlichkeit. Jedenfalls stand fest: Die Erzeugung aus der Ernte des Jahres 1915 würde trotz der dreissigprozentigen Einschränkung des Rübenanbaues so hoch sein, dass wir auskommen mussten, die Hilfe des vorjährigen Ueberschusses eingerechnet. Denn die Ausfuhr fiele ja fort, die umfangreicher war, als das schliessliche Minus in der Erzeugung. Ueber 20 Millionen Zentner wurden weniger erzeugt als in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges. Die normale Ausfuhr belief sich früher aber auf durchschnittlich doch noch einige Millionen Zentner mehr, so dass wir im Deutschen Reich immer noch gut auskömmliche Zuckermengen besassen, die aus dem vorangegangenen Betriebsjahr stammenden Zuckermengen immer eingerechnet. Die eingetretene Steigerung des Verbrauchs mag im Verein mit der geringen Erzeugung einen Ausgleich geschaffen haben. Immerhin — woher eigentlich die heutige Knappheit? Die Hausfrau sieht neben den Namen Butter und sonstiger Fette jetzt auch den Zucker, ihre letzte Hoffnung, an den Schaufenstern der Verkäufer als „ausverkauft“ — „geräumt“ — und wie die wenig trostvollen Worte alle heissen, prangen. Woran liegt das? Wo ist der Zucker geblieben? Nun — er ist da. Er ist in der Tat vorhanden. Zu sehr grossem Teil befindet er sich aufgestapelt in privaten Haushaltungen. Es gibt Hyänen des Schlachtfeldes; es gibt aber auch Hamster hinter der Front. Die „Hyänen“ haben wohl das Bewusstsein ihres sträflichen Tuns; die „Hamster“ wohl kaum, sonst würden sie es unterlassen, zumal sie ja grösstenteils dem zart besaiteten Geschlecht angehören. In den privaten Haushaltungen steckt eine ungeahnte Menge von Zucker. Deshalb sollte man sich nicht lange besinnen. Ist schon viel in die sonst selbstverständlichen Selbstbestimmungsrechte der einzelnen eingegriffen worden, sollte man sich auch nicht davor scheuen, hier eine feste Hand zu zeigen. Eine Bestandsaufnahme, die sich auf wesentlich geringere Mengen als 100 Zentner (erst von dieser Grenze ab unterliegt der Zucker augenblicklich der Anmeldepflicht) erstreckt, würde ein überraschendes Ergebnis zutage fördern. Natürlich müssten dann auch die nötigen Massregeln folgen. In manchen Fällen wäre sogar Beschlagnahme

geboten. In allen Fällen aber müsste dann für eine richtige Verteilung auch im Kleinverkauf gesorgt werden. Vermeiden lässt sich übrigens alles, wenn man entschlossen ist, für die Zukunft, das neue Betriebsjahr, durch genügenden Rübenanbau so zu sorgen, dass jede Herübernahme von Beständen unnötig erscheint. Hier liegt im Augenblick der Schwerpunkt der ganzen Zuckerfrage. Es kann nicht mehr heissen: „Die Erwägungen gehen weiter" — das tröstet nicht mehr. Es muss den Wünschen der Landwirte nach restloser Rückgabe der Schnitzel entsprochen werden, der Landwirte, die an keiner Zuckerfabrik beteiligt sind. Es müssen Höchstpreise für die Konkurrenzfrüchte der Zuckerrübe eingeführt werden, die den Mindestpreisen für die Zuckerrüben entsprechen. Es handelt sich um mehr als eine rein wirtschaftliche Zweckmassnahme; es handelt sich um die Abwendung einer im Hintergrunde auftauchenden Gefährdung für unser wirtschaftliches Durchhalten. Da kann und darf es keine Rücksichten mehr geben. Butter und Fette kann die Regierung durch einen Federstrich nicht herbeischaffen; eine ausreichende Zuckerversorgung für das nächste Jahr kann sie durch Anwendung des Rotstifts in ihren Bestimmungen erlangen. Dadurch fördert sie auch die Möglichkeit der besseren Fettversorgung indirekt durch gute Ernährung des Viehes, dem die Verarbeitungsrückstände der Rübe von gerade in der Kriegszeit erprobtem, grösstem Vorteil sind. Nun noch die Frage: Was ist denn eigentlich augenblicklich an Zucker noch vorhanden, der noch nicht dem freien Verkehr übergeben worden ist? Zunächst hält die Raffinerie-Vereinigung, im Einverständnis mit der Regierung, das letzte Drittel der Raffinadeerzeugung noch zurück. Sie will es einbehalten, bis die grosse Nachfrage für Einmachezucker auftritt, also bis etwa Mitte Juni. Das ist ein ganz richtiges Verfahren. Aber der wirkliche Bedarf braucht deshalb jetzt doch nicht zu leiden. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft hat hier einzugreifen. Sie muss dem augenblicklich fast überall bestehenden Mangel an gebrauchsfähigem Zucker durch tatkräftiges und schnelles Eingreifen steuern. Die Bestände sind vorhanden. Hoffentlich hat die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft bereits die notwendigen Vorkehrungen getroffen, der jetzt überall auftretenden Knappheit abzuhelfen, noch ehe diese Zeilen die Presse verlassen haben.

fn. Johann Friedrich Schär. Am 21. März hat Professor Johann Friedrich Schär, der Leiter des handelswissenschaftlichen Seminars der Handelshochschule Berlin, seinen 70. Geburtstag gefeiert. Der Altmeister der jüngsten Wissenschaft, der Handelswissenschaft, ist nach einem an Arbeit und Erfolgen reichen Lebenswege, umgeben von der Liebe und Verehrung einer treuen Schülerschar, in das Patriarchenalter eingetreten, aber seine Wissenschaft hat ihre Sturm- und Drangperiode noch nicht hinter sich. Noch hat die Disziplin um die Anerkennung als Wissenschaft zu kämpfen, noch sind ihre führenden Vertreter untereinander nicht einig über die Aufgaben des neuen Faches und noch sind die Grenzlinien zwischen der Handelswissenschaft und der Volkswirtschaftslehre nicht endgültig abgesteckt. Nicht einmal der Name steht fest. Professor Schär, der als erster berufen war, an einer Universität, in Zürich, die Handelswissenschaften zu lehren, ficht jederzeit kampflustig an erster Stelle, wenn es sich darum handelt, die Entwicklungsmöglichkeiten des Faches zu erweitern. Zwei Auffassungen der Handelswissenschaften stehen sich heute in der Hauptsache gegenüber. Die Verschiedenheit der Anschauungen kommt in den gewählten Bezeichnungen des Faches, als Handelsbetriebslehre einerseits, als Privatwirtschaftslehre andererseits zum Ausdruck. Die Handelsbetriebslehre, wie Schär sie vertritt, will eine technische Wissenschaft sein. Die Technik des kaufmännischen Betriebes, deren wichtigster Bestandteil die Buchhaltung ist, soll wissenschaftlich erforscht, dargestellt und fortgebildet werden. Die Mittel, mit denen die soziale Funktion des Handels am wirtschaftlichsten erfüllt wird, sollen genau so den Gegenstand der Wissenschaft bilden, wie etwa die Mittel und Formen der landwirtschaftlichen Produktion den Gegenstand einer an besonderen Hochschulen gelehrten Betriebslehre bilden. Für die so verstandene Handelsbetriebslehre ist die Gesellschaftsordnung, in der sich der Handel vollzieht, bedeutungslos. Die grösste Rationalität des Betriebes ist genau so erstrebenswert in einer genossenschaftlich-sozialistischen Gesellschaft wie in der kapitalistischen. Die Betriebslehre berührt sich im Stoff vielfach mit der Volkswirtschaftslehre, sie steht aber als Disziplin vollkommen selbständig da. Die Anhänger der Privatwirtschaftslehre hingegen ordnen ihr Fach in die Volkswirtschaftslehre ein. Die Privatwirtschaftslehre will Hilfswissenschaft der Nationalökonomie sein, sie will das wirtschaftliche Geschehen, betrachtet unter den Gesichtspunkten des Privatunternehmers, zum Gegenstand der Forschung machen. Sie setzt deshalb die moderne, auf Unternehmertätigkeit beruhende Gesellschaftsordnung für ihre Betrachtungsweise voraus. Die Einzeldarstellungen, dessen, was ist, werden bei den Vertretern beider Richtungen in weitem Umfange das gleiche Ziel erstreben, nur der leitende Gesichtspunkt der Zusammenfassung ist verschieden. Die Wissenschaftlichkeit der Arbeit ist bei der sich dem Gebäude der Volkswirtschaftslehre einfügenden Privatökonomie in höherem Grade verbürgt als bei der Handelsbetriebslehre. Die Privatwirtschaftslehre will nur unter bestimmten Gesichtspunkten forschen, die Handelsbetriebslehre will die Technik nicht nur erforschen, sondern auch ausgestalten, Wissenschaft und Kunstlehre fliessen bei ihr oft ineinander. Wenn wir uns die Frage vorlegen, wie es kommt, dass gerade Schär, der auf die Wissenschaftlichkeit seines Lehrfaches den grössten Wert legt, die neueren Richtlinien der Privatwirtschaftslehre ablehnt, so werden wir die Antwort in der Betrachtung des Menschen Johann Friedrich Schär finden. Schär ist zu wenig Freund der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, er ist viel zu sehr begeisterter Genossenschaftler und Bodenreformer, um sich entschliessen zu können, sein Lebenswerk der wirtschaftlichen Forschung „vom Standpunkte des Unternehmers aus" zu widmen. Es lebt in ihm eine vielleicht unberechtigte Scheu, dass die so orientierte Forschung leicht zur einseitigen Vertretung des Unternehmerstandpunktes führen kann. Auch dem geringsten Schein einer Bewegung in dieser Richtung muss der Mann abhold sein, der sich die grössten Verdienste um die schweizer Konsumvereinsbewegung erworben hat und der den Satz „Wir sind nicht Lehrer des Profits" warnend über die Pforte seines Lehrgebäudes ge-

schrieben hat. Wenn manche Schüler Schärs sich in späteren Arbeiten der anderen Richtung zugewendet haben, weil sie ihre Orientierung für die fruchtbarere hielten, so haben sie doch nie vergessen, dass die Hemmungen, die Schär hindern, diesen Weg einzuschlagen, gerade in jenen menschlichen Eigenschaften des Altmeisters wurzeln, um derentwillen sie ihn — weit über das hohe Mass von Achtung hinaus, das bei einem so anregenden Lehrer selbstverständlich wäre — ehren und lieben.

Gedanken über den Geldmarkt.

Der Erfolg der vierten Kriegsemission des Reiches kann wiederum als ein grossartiges Wahrzeichen für den unerschütterlichen Geist des deutschen Volkes in diesem Kriege gedeutet werden, das sich trotz der gewaltigen Opfer, welche dieses Ringen täglich und stündlich fordert, und trotz der entnervenden Dauer des Krieges seines Willens zum Durchhalten wie am ersten Tage bewusst ist, und das in zäher Beharrlichkeit und ruhiger Entschlossenheit diejenigen Leistungen darbringt, welche die Stunde erfordert. Das Resultat zeigt auch, dass die schweren wirtschaftlichen Beschränkungen, die Schwierigkeiten in den Ernährungsfragen sowie andere Sorgen, mit denen der fortschreitende wirtschaftliche Krieg gerade in das Leben des Individuums in den letzten sechs Monaten so stark eingegriffen hat, nicht einen Moment vermocht haben, an der Bereitschaft der Massen zu rütteln, die Mittel zur Fortsetzung der Kriegführung zur Verfügung zu stellen.

Das Ergebnis der vierten Anleihe, das heute vorliegt, ist um so höher zu bewerten, wenn man sich vergegenwärtigt, dass jene mächtigen Summen, die dem Reich von der ersten Emission ab bis heute dargeboten wurden, zum grossen Teil aus dem gewaltigen Liquidationsprozess stammten, den die wichtigsten Teile der deutschen Volkswirtschaft seit Kriegsbeginn durchgemacht haben. Die Uebergabe der Rohstoffläger an den Staat, die Beschlagnahme der landwirtschaftlichen Produkte, die Hergabe des Altmetalls zur Beschaffung neuer Rohstoffreserven und vieles andere haben Milliardenbeträge flüssig gemacht, die dann in den Kriegsemissionen wieder Anlage fanden. Es ist klar, dass, nachdem der wichtigste Teil dieses Liquidationsprozesses schon vorangegangen war und die ersten drei Emissionen besonders stark befruchtet hatte, der vierten nicht mehr so erhebliche Summen aus dieser Quelle zur Verfügung stehen konnten: diese Tatsache behält ihre Geltung, auch wenn man erwägt, dass der bekannte Kreislauf des Kapitals, wie ihn die Kriegswirtschaft mit sich bringt, die vom Staate durch die Anleihen entliehenen Summen dem Verkehr in unendlich rascherer Folge wie in Friedenszeiten wieder zufliessen macht. Um so mehr aber ist das Ergebnis dieser Anleihe als eine Grosstat des Bürgertums hinter der Front zu bewerten.

Der Geldmarkt steht der Aufgabe der Anleiheeinzahlungen genau so gut vorbereitet gegenüber wie früher. In der Hauptsache, soweit die Einzahlungen der Bankwelt in Betracht kommen, werden sie durch Rückgabe von Reichsschatzanweisungen beglichen werden, welche die Reichsbank bei diesen Instituten rediskontiert hat. Es

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Mittwoch, 29. März	*G.-V.:* Reichsbank, Norddeutsche Grundcreditbank, Vereinsbank Kiel, Vogtländische Creditanstalt Plauen, Elsässische Bankgesellschaft Strassburg, Westholsteinische Bank Heide, Essener Steinkohlenbergwerke, Königsborn Akt.-Ges. f. Bergbau, Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerk, Maschinenfabrik Blumwe, Faber & Schleicher, Glashüttenwerke Adlershüten, Steffens & Nölle, Magdeburger Strassen-Eisenbahn, Leipziger Immobilien-Ges., Norddeutsche Kaliwerke, Viersener Akt.-Ges. f. Spinnerei u. Weberei, Berliner Wäschefabrik Ritter.
Donnerstag, 30. März	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Nationalbank für Deutschland, Holsten-Bank Neumünster, Mitteldeutsche Privat-Bank, Commerzbank Lübeck, Danziger Privat-Aktien-Bank, Vereinsbank Zwickau, Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co., Bayerische Vereinsbank, Grosse Berliner Strassenbahn, Berlin-Charlottenburger Strassenbahn, Eintracht Braunkohlenwerke, Pomona Diamanten-Gesellschaft, Deutsche Treuhand-Ges., Baumwollspinnerei Unterhausen, Oberschlesische Portland-Cementfabrik Oppeln, Norddeutsche Zuckerraffinerie, Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft Dessau, Joh. Tecklenborg Schiffswerft u. Maschinenfabrik, Hallesche Pfännerschaft. — Schluss der Zuzahlungsfrist Aktien Deutsche Photogravur-Akt.-Ges.
Freitag, 31. März	*G.-V.:* Württembergische Notenbank, A. Busse & Co. Akt.-Ges., Dänische Landsmannsbank, Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft Kosmos, Kriegschemikalien-Ges., August Loh Sne. Akt.-Ges., Ver. Berliner Mörtelwerke, Arenbergsche Bergbau u. Hütten-Ges., Mix & Genest Telephon- u. Telegraphenwerke, Ravensberger Spinnerei, Königsberger Walzmühle, Gewerkschaft Glückauf Sonderhausen
Sonnabend, 1. April	Bankausweis New York. — *Märzausweise Grosse Berliner Strassenbahn, Allgemeine Berliner Omnibus-Akt.-Ges. Elektrische Hoch- u. Untergrundbahn, Strasseneisenbahn Hamburg, Hamburg-Altonaer Centralbahn.* — *G.-V.:* Berliner Handelsgesellschaft, Essener Creditanstalt, Bergwerks-Ges. Consolidation, Braunschweigische Kohlenbergwerke, Essener Bergwerks-Verein König Wilhelm, Zwickauer Kammgarnspinnerei, Kostheimer Cellulose- u. Papierfabrik, Bremer Vulkan Schiffbau u. Maschinenfabrik, Chemische Fabrik vorm. Hell & Sthamer, Terrain-Ges. Frankfurter Chaussee, Prein Gewebe-Akt.-Ges.
Montag, 3. April	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Norddeutsche Creditanstalt Königsberg, Finkenberg Akt.-Ges. f. Portland-Cementfabrikation, Akt.-Ges. f. Strumpfwarenfabrikation Max Segall, Ver. Kunstseidefabriken, Stahlwerk Krieger, Titels Kunsttöpferei.

Dienstag, 4. April	*G.-V.:* Königsberger Vereinsbank, Hamburgische Bank von 1914, Hannoversche Gummiwerke Excelsior, Zehlendorf-Grunewald Akt.-Ges., Deutsch-Oesterreichische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
Mittwoch, 5. April	*G.-V.:* Rheinische Spiegelglasfabrik, Linke-Hofmann Waggonfabrik, Deutsche Spiegelglas-Akt.-Ges., Ver. Flanschenfabrik Regis, Reichelt Metallschraubenfabrik. — Schluss der Einreichungsfrist Deutsche Post- u. Eisenbahn-Verkehrswesen-Akt.-Ges.
Donnerstag, 6. April	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Bedburger Wollindustrie, Portland-Cementfabrik Stadt Oppeln, Berthold Messinglinien-Fabrik.
Freitag, 7. April	*G.-V.:* Commerz- u. Disconto-Bank, Hallescher Bankverein Kulisch, Kaempf & Co., Wandsbeker Lederfabrik, Ilse Bergbau Akt.-Ges., Bremer Wollwäscherei.
Sonnabend, 8. April	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Chemnitzer Bankverein, Schleswig-Holsteinische Bank, Märkische Bank Bochum, Bonner Bergwerks- u. Hüttenverein, Pauksch Maschinenfabrik u. Eisengiesserei, Saganer Woll-Spinnerei u. -Weberei, Wollwarenfabrik Merkur, Greppiner Werke, Oberschlesische Bierbrauerei Händler, Glückauf Akt.-Ges. f. Braunkohlenverwertung, Silesia Verein chemischer Fabriken.
Montag, 10. April	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Dresdner Bank, Schlesischer Bankverein, Süddeutsche Diskonto-Gesellsch., Pfälzische Bank, Rheinische Creditbank, Preussisches Leihhaus, Anhalt-Dessauische Landesbank, Gesellschaft f. Elektrische Hoch- u. Untergrundbahnen, Allgemeine Lokal- u. Strassenbahn, Harzer Werke z. Rübeland u. Zorge, Aschaffenburger Gesellschaft f. Maschinenpapierfabrikation, Deutsch-Oesterreichische Bergwerks-Ges., Teutonia Misburger Portland-Cementwerke. — Schluss der Zusammenlegungsfrist Nienburger Eisengiesserei.
Dienstag, 11. April	*G.-V.:* Norddeutsche Bank Hamburg, Stahl & Federer Akt.-Ges., Allgemeine Gas- u. Elektrizitätsgesellschaft Bremen, Berliner Cichorienfabrik Voigt, Bremer Silberwarenfabrik, Akt.-Ges. f. Bauausführungen, Hirsch Tafelglasfabrik, Concordia Spinnerei u. Weberei, Danziger Elektrische Strassenbahn.
	Ausserdem zu achten auf: Abschlüsse und Geschäftsberichte Chemischer Fabriken.
	Verlosungen: 31. März: Braunschweiger 20 Tlr. (1868), Freiburger 50 Fr. (1887), Lenzburger 40 Fr. (1885). 1. April: 4% Badische 100 Tlr. (1867), Bulgarische Rote Kreuz-Lose von 1912, 3% Rotterdamer 100 Gld. (1868), 2½% Stuhlw.-Raab-Grazer Eisenb. 100 Tlr., 4% Theiss-Regulierung 100 Gld. (1880), Türkische 400 Fr. (1870). 5. April: Crédit foncier de France 2⅗ u. 3% Com.-Obl. (1879, 1880, 1891, 1899), desgl. 3% Pfdbr. (1909), 2½% Pariser 400 Fr. (1894/96), 3% Pariser 300 Fr. (1912). 8. April: 2% Brüsseler Maritime 100 Fr. (1897). 10. April: Antwerpener 2½ u. 2% 100 Fr. (1887, 1903), 2% Genter 100 Fr. (1896), 3% Pariser 400 Fr. (1871). 11. April: Crédit foncier de France 3% Pfandbr. (1903).

werden hierbei aber nicht nur Schatzwechsel des Reiches in Betracht kommen, sondern auch grosse Summen, die dem preussischen Staat, anderen Bundesstaaten und Kommunen bis zu dem Tage der ersten Einzahlungsmöglichkeit, d. i. dem 31. März, übergeben waren. Diese behördlichen Geldnehmer werden daher vom Quartalsschluss ab für einige Zeit bei der Darlehnskasse Kostgänger werden müssen; die ganze Lage des Geldmarkts lässt aber erwarten, dass der offene Markt bald wieder imstande sein wird, die Darlehnskasse zu entlasten und diesen Geldnehmern wieder zur Verfügung zu stehen. Vielleicht wird man sich dieses Mal überhaupt mit den Einzahlungen auf einen Teil der Anleihe nicht so beeilen wie bei früheren Emissionen, obgleich die Mittel hierfür mindestens so reichlich vorhanden sind. Es handelt sich hierbei um die 4½% Schatzanweisungen, deren Verzinsung unter Berücksichtigung des Disagios knapp 4¾% ist. Möglicherweise wird die Bankwelt mit der Einzahlung auf diese Schatzscheinzeichnungen ruhig die Pflichttermine abwarten und die dafür bereitstehenden Mittel lieber Kommunen oder anderen erstklassigen Geldnehmern, bei denen sie 5% oder mehr erzielt, zur Verfügung stellen. Die gezeichnete 5% Anleihe wird dagegen vermutlich sehr schnell eingezahlt werden.

Am offenen Markt kann man wohl in der nächsten Zeit ein gewisses Herabgleiten der Zinssätze erwarten, da nach dem Beginn der Anleiheeinzahlungen das Angebot der Reichsbank an Schatzwechseln aufhören oder vermutlich nur zu niedrigeren Sätzen fortgesetzt werden wird. Wenn auch die Heranziehung von Geldern seitens der Seehandlung andauern wird, so ist anzunehmen, dass auch diese dem Zuge des Tages folgen wird und ihre Zinsofferten verringert. Hiermit ist aber ein gewisses Heruntergehen der Sätze in dem noch bestehenden mässigen Verkehr in Privatdiskonten und in den Umsätzen von Tages- und Termingeldern von selbst gegeben.

Am Devisenmarkt sind in der letzten Zeit kursmässig grosse Verschiebungen nicht vorgekommen, immerhin blieb der Bedarf, namentlich für nordische Valuten, sehr bedeutend. Im Zusammenhang mit den im Gange befindlichen Getreidetransporten und dem jetzt neu abgeschlossenen Geschäft ist die rumänische Valuta etwas gestiegen und bleibt weiter rege begehrt.

Von den im Reichstag zur Beratung stehenden Steuerzulagen interessiert hier besonders die Quittungssteuer, wegen der Bestimmungen, die in ihr zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs enthalten sind. Wenn man auch der Quittungssteuer an sich ein seliges Ende in dem Reichstagsausschuss wünschen muss, so wäre es doch sehr bedauerlich, wenn mit ihr das verschwinden würde, was zur Einschränkung des Verkehrs an Ultimomitteln geschehen sollte. Wenn heute die Quittungssteuer verworfen wird, so sollte doch wenigstens als einziges, freundliches Andenken an den Entwurf eine Bestimmung Gesetz werden, die den Verrechnungsscheck vom Scheckstempel befreit. Erst, wenn das geschehen ist, kann wirkungsvoll eine grosszügige Propaganda für die Ersparung an Noten und Hartgeld im Verkehr einsetzen, und dass eine solche bitter not tut, wird niemand ernstlich leugnen wollen. Wir haben bei dem starken Vertrauen, das hier in Deutschland jedermann der Zahlungsfähigkeit unserer staatlichen und privaten Geldinstitute entgegenbringt, nicht nötig,

ausser dem Metallumlauf einen Notenbestand von 6,47 Milliarden und ca. 1 Milliarde Kassenscheine in Zirkulation zu haben; und wenn auch zugegeben werden soll, dass der starke Umlaufsbedarf der grossen besetzten Gebiete eine natürliche Erweiterung der Zirkulation bedingt. so lassen sich doch bei einigermassen moderner und vernünftiger Handhabung des Zahlungsverkehrs gewaltige Beträge an Umlaufsmitteln ersparen. Hierauf hinzuwirken, ist in der Kriegszeit um so notwendiger, als die Dauer des Kampfes nicht abzusehen ist und mit der unausbleiblichen Steigerung der Preise aller möglichen Notwendigkeiten des täglichen Lebens der Bedarf an Umlaufsmitteln automatisch weiter zunehmen muss.

Von den monetären Erscheinungen in feindlichen Ländern sei heute nur noch kurz auf die rapide fortschreitende Verschlechterung des Status der Bank von Frankreich hingewiesen, bei welcher die Steigerung des Goldvorrats sich anscheinend nur mühevoll und in Beträgen vollzieht, die minimal gegenüber den Summen erscheinen, welche dem Institut in den Monaten vorher aus dem früher so goldgesättigten Verkehr des Landes zuflossen. Dagegen steigt der Notenumlauf um so rascher und hat die bisher festgelegte Ausgabegrenze von 15 Milliarden Francs beinahe erreicht. Besonders ins Gewicht fallen aber die hohen Summen, welche der Staat jetzt wieder Woche für Woche bei der Bank entleiht. Sie zeigen, dass die Eingänge aus der „Siegesanleihe“ aufgezehrt sind und andererseits der Staat nicht genügend kurzfristigen Kredit im Markt findet, um die Inanspruchnahme der Bank entbehren zu können. Dieser Zustand ist aber für Frankreich besonders bedenklich; nachdem sich die letzte mit beispielloser Reklame in Szene gesetzte Anleihe nur als ein Pseudoerfolg erwiesen hat, sind die Aussichten für die Wiederholung eines solchen Experiments mehr als mäßig, namentlich, wenn man berücksichtigt, daß die Bedingungen schon bei der vorigen Emission so überaus verlockende waren, daß sie kaum noch überboten werden können. Nur ein radikaler Umschwung der Kriegslage zugunsten der Alliierten könnte hier vielleicht eine Aenderung schaffen, wir dürfen aber die Zuversicht haben, daß die Leistungen unserer Truppen und der unserer Verbündeten alle derartigen Hoffnungen zunichte machen werden.

Nicht ohne Zusammenhang mit diesen bedenklichen Erscheinungen im französischen Finanz- und Geldwesen dürfte der rapide Fortschritt der Entwertung des Frankenkurses in New York sein, der neuerdings wieder eingesetzt hat. Dort hat sich Zahlung Paris, nachdem der Kurs für lange Zeit eine gewisse Stabilität erreicht hatte, in kurzer Zeit um fast 8 Cents verschlechtert, obgleich anscheinend mit starken Interventionen versucht wurde, der Bewegung Einhalt zu tun.

Warenmarktpreise im März 1916.

	1.	8.	15.	21.	24.	
Weizen New York	119 3/4	121 1/2	116 1/4	117	116 5/8	cts. per bushel
Mais Chicago	74 1/8	74 1/2	77	75 1/2	74 1/4	cts. per bushel
Maismehl, rumänisches, Berlin	93—96	110—120	120—130	—	—	M. per dz
Kupfer London	101	96	105 1/2	112	113 1/2	£ per ton
Zinn London	187 3/4	187	194 1/2	196	200	£ per ton
Blei London	33	31 7/8	35	36	35 1/4	£ per ton
Zink London	110	98	90	92	93	£ per ton
Silber London	27 1/16	27	27 1/16	27 1/2	28 15/16	d per Unze
Eisen Glasgow	84/6	85/8	86/3	86/6	88/0	sh/d per ton
Baumwolle New York	11,25	11,44	11,82	11,90	12,05	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	7,52	7,59	7,66	7,60	7,54	d per Pfd.
Schmalz Chicago	10,52 1/2	11,00	11,00	11,05	11,47 1/2	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	8,90	8,90	8,90	8,90	8,90	cts. per Gallone
Eier, frische, Berlin	11,80-12,80	—	13,60-14,00	13,60-14,00	13,60-14,00	M. per Schock

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Die Berufsvereine. Von W. Kulemann, Landgerichtsrat a. D. Berlin 1914. Verlag Leonhard Simion Nchf. Die drei Bände zusammen Preis: brosch. 30 *M*, in Leinen geb. 34 *M*.

Band IV. Vorwort. England. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung. 6. Der Owensche Sozialismus. 7. Die Chartistenbewegung. 8. Die Uebergangszeit. 9. Die Zeit des Aufschwunges. 10. Die Zeit des Rückganges. 11. Der Neu-Unionismus. 12. Angriffe auf die Rechtsgrundlagen der Gewerkschaften. 13. Die neuere Entwicklung. 14. Der Gesamtverband der Gewerkschaften. 15. Die politische Arbeiterbewegung. 16. Gelbe Gewerk-

schaften. 17. Die Organisation der Gewerkschaften. 18. Die Wirksamkeit der Gewerkschaften. 19. Die Organisation der Arbeitgeber. I. Föderative Organisationen: 1. Maschinen- und Schiffbau. 2. Baumwoll-Industrie. 3. Baugewerbe. 4. Buchgewerbe. 5. Schuhgewerbe. II. Zentralisierte Organisationen: 1. Schiffahrt. 2. Kleider-Industrie. 3. Bergbau. 20. Die Beziehungen zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber: 1. Baumwollspinnerei. 2. Kohlenbergbau. 3. Erzbergbau und Hochofenbetrieb. 4. Maschinenbau. 5. Schiffbau. 6. Buchgewerbe. 7. Baugewerbe. 8. Schuhgewerbe. 9. Kleider-Industrie. — 1. Reederei. 2. Eisenbahnbetrieb. 21. Statistisches. Literatur. Frankreich. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Die Rechtsgrundlagen der Berufsvereine. 5. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 6. Die Gesellenvereine. 7. Die Hilfsvereine. 8. Der ältere Sozialismus. 9. Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung. 10. Die sozialistischen Parteien. 11. Die Fachvereine. 12. Die Arbeitsbörsen. 13. Die neuere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. 14. Die gemischten Syndikate. 15. Die landwirtschaftlichen Syndikate. 16. Die gelben Gewerkschaften. 17. Die christlich-soziale Bewegung. 18. Wesen und Wirksamkeit der französischen Gewerkschaften. 19. Die Organisation der Arbeitgeber: A. Einleitung. B. Die bestehenden Organisationen: 1. Metallindustrie. 2. Textilindustrie. 3. Hafenbetrieb. 4. Baugewerbe. 5. Glasindustrie. 6. Färbereiindustrie. C. Die Streikversicherung. 20. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. 21. Statistisches. Literatur. Belgien. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Unterstützungsvereine. 6. Genossenschaften. 7. Die Belgische Arbeiterpartei. 8. Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung. 9. Sozialistische Gewerkschaften. 10. Die christlichen Gewerkschaften. 11. Die Organisation der Arbeitgeber. 12. Arbeiter und Arbeitgeber. 13. Statistisches. Literatur. Holland. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Sozialdemokratie. 6. Der Allgemeine Niederländische Arbeiterverband. 7. Die protestantische Arbeiterbewegung. 8. Die katholische Arbeiterbewegung. 9. Die interkonfessionelle Arbeiterbewegung. 10. Das nationale Arbeitersekretariat. 11. Der Niederländische Gewerkschaftsverband. 12. Die Organisation der Arbeitgeber. 13. Statistisches. Literatur. Luxemburg. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Gesetzliche Organisationen. 5. Freiwillige Berufsorganisationen: A. Oeffentliche Beamte. B. Freie Berufe und Privatangestellte. C. Arbeiter. D. Unternehmer. E. Gemeinsame Organisation. Literatur. Dänemark. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Anfänge der Arbeiterbewegung. 6. Die Sozialdemokratie. 7. Die Gewerkschaften. 8. Die Organisation und Tätigkeit der Gewerkschaften. 9. Die Organisation der Arbeitgeber. 10. Statistisches. Literatur. Schweden. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Sozialdemokratie. 6. Gewerkschaften. 7. Die Arbeitgeber. 8. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. 9. Statistisches. Literatur. Norwegen. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Sozialdemokratie. 6. Die Gewerkschaften. 7. Die Organisation der Arbeitgeber. 8. Statistisches. Literatur. Skandinavische Gesamtorganisation. 1. Arbeiter. 2. Die Arbeitgeber. Sachregister.

Band V. Oesterreich. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Anfänge der Arbeiterbewegung. 6. Die Sozialdemokratie. 7. Die sozialistischen Gewerkschaften: a) Bis zu ihrer Zentralisation. b) Die neuere Entwicklung. 8. Die christlichen Gewerkschaften: a) Die Anfänge der Bewegung. b) Der Reichsverband nichtpolitischer Arbeitervereine. c) Die selbständige Organisation der Gewerkschaften. 9. Die deutsch-nationale Arbeiterbewegung. 10. Die Organisation der Arbeitgeber: a) Die Anfänge der Entwicklung. b) Die Industrie. c) Das Kleingewerbe. 11. Statistisches. Literatur. Ungarn. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Anfänge der Arbeiterbewegung. 6. Die Sozialdemokratie. 7. Die industriellen Gewerkschaften. 8. Die Feldarbeiter. 9. Die Organisation der Arbeitgeber. 10. Statistisches. Literatur. Schweiz. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Anfänge der Arbeiterbewegung. 6. Die Sozialdemokratie. 7. Der Allgemeine schweizerische Gewerkschaftsbund. 8. Die christlichen Gewerkschaften. 9. Der schweizerische Arbeiterbund. 10. Organisation und Wirksamkeit der Gewerkschaften. 11. Die Organisation der Arbeitgeber. 12. Gemeinsame Organisationen: a) Der Schweizerische Stickereiverband. b) Die Fédération horlogère. 13. Statistisches. Literatur. Italien. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Hilfsvereine. 6. Genossenschaften. 7. Die Anfänge der Arbeiterbewegung. 8. Die Sozialdemokratie. 9. Die Arbeitskammern. 10. Die gewerblichen Fachvereine. 11. Die Landarbeiter. 12. Der Gesamtverband der Gewerkschaften. 13. Die Syndikalisten. 14. Bund der Hilfsvereine, Genossenschaften und Gewerkschaften. 15. Die christlich-soziale Bewegung. 16. Die Organisation der Arbeitgeber: a) Industrie und Handel. b) Landwirtschaft. 17. Statistisches Literatur. Spanien. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Der Sozialismus. 6. Der Anarchismus. 7. Die Gewerkschaften. 8. Statistisches. Literatur. Russland. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die revolutionäre Bewegung. 6. Die Sozialisten: a) Die Marxisten. b) Die Sozialrevolutionäre. 7. Die Gewerkschaften: a) Bis zur Legalisierung. b) Nach der Legalisierung. c) Zentralisationsbestrebungen. 8. Organisation und Wirksamkeit der Gewerkschaften. 9. Die Arbeitgeber. 10. Statistisches. Literatur. Finnland. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Sozialdemokratie. 6. Die Gewerkschaften. 7. Die Organisation der Arbeitgeber. 8. Statistisches. Literatur. Serbien. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Arbeiterbewegung. 6. Die Arbeitgeber. 7. Statistisches. Literatur. Bulgarien. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Sozialdemokratie. 6. Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung. 7. Die freien Gewerkschaften. 8. Die sozialistischen Gewerkschaften. 9. Andere Berufsvereine. 10. Statistisches. Literatur. Rumänien. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Arbeiterbewegung. 6. Statistisches. Sachregister.

Band VI. Vereinigte Staaten von Amerika. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Anfänge der Arbeiterbewegung. 6. Der nationale Arbeiterverband. 7. Die politische Arbeiterbewegung. 8. Die Ritter der Arbeit. 9. Der Amerikanische Arbeitsbund. 10. Der Arbeiterweltbund. 11. Die Organisation der Gewerkschaften. 12. Die Tätigkeit der Gewerkschaften. 13. Die Organisation der Arbeitgeber: A. Fachvereine. B. Gemischte Vereine. C. Allgemeine Bürgervereine. D. Zentralorganisationen: 1. National council for industrial defense. 2. American Anti-Boykott Association. E. Streikversicherung. 14. National civic federation. 15. Statistisches. Literatur. Kanada. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung. 5. Die internationale Organisation. 6. Die nationale Organisation. 7. Statistisches. Literatur. Argentinien. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirt-

schaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Der Sozialismus. 6. Die Gewerkschaften Literatur. Australien 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Anfänge der Arbeiterbewegung. 6. Die interkolonialen Gewerkschaftskongresse. 7. Die grossen Arbeitskämpfe. 8. Die Arbeiterpartei. 9. Die neuere Entwicklung. 10. Der Sozialismus. 11. Die Organisation der Arbeitgeber. 12., Statistisches. Literatur. Neuseeland. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Arbeiterbewegung. Statistisches. Literatur. Japan. 1. Geographisches. 2. Geschichtliches. 3. Verfassung und Gesetzgebung. 4. Wirtschaftlich-soziale Verhältnisse. 5. Die Arbeiterbewegung. Literatur. Internationale Organisation. 1. Einleitung. 2. Die Internationale Arbeiterassoziation. 3. Die internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresse. 4. Die internationale sozialistische Organisation. 5. Die internationale Organisation der Gewerkschaften: A. Die freien Gewerkschaften: a) Die Vorgeschichte. b) Die einzelnen Berufe: 1. Buchdrucker. 2. Bergarbeiter. 3. Holzarbeiter. 4. Textilarbeiter. 5. Metallarbeiter. 6. Transportarbeiter. 7. Tabakarbeiter. 8. Handschuhmacher. 9. Hutmacher. 10. Glasarbeiter. 11. Diamantarbeiter. 12. Lederarbeiter und Schuhmacher. 13. Schneider. 14. Bäcker und Konditoren. 15. Brauer. 16. Maurer. 17. Zimmerer. 18. Maler. 19. Töpfer. 20. Steinarbeiter. 21. Strassenbau-Arbeiter. 22. Buchbinder. 23. Lithographen. 24. Kürschner. 25. Sattler. 26. Friseure. 27. Fabrikarbeiter. 28. Staats- und Gemeinde-Arbeiter. 29. Gastwirtsgehilfen. 30. Privatangestellte. c) Die Gesamtorganisation. B. Die christlichen Gewerkschaften: a) Die einzelnen Berufe: 1. Textilarbeiter. 2. Die übrigen Berufszweige. b) Gesamtorganisation. 6. Die internationale Organisation der Arbeitgeber: a) Schiffahrt. b) Gastwirtsgewerbe. c) Baugewerbe. d) Malergewerbe. e) Schneidergewerbe. f) Andere Gewerbe. g) Zentralisationsbestrebungen. Literatur. Sachregister.

Der Ingenieur als Förderer der Volksbildung. Von Dr. A. v. Rieppel, Geh. Baurat, Dr. ing., Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A. G. Vorgetragen auf der 56. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure am 21. November 1915 in Berlin. Berlin 1916. Sonderdruck aus der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure.

Keine Kriegsgewinnsteuer. Von Fritz Grossmann. Hannover 1916. Verlagsgesellschaft m. b. H. Preis 1,— *M.*

Vermögenssteuer. — Begriff des sittlichen Kriegsgewinns. — Kriegs-Uebergewinne. — Begriff des unsittlichen Kriegsgewinns. — Schiebergewinne. — Die Entstehung der verschiedenen Kriegsgewinne. — Ueber die Preisbildung im allgemeinen. — Gründe für und gegen eine Kriegsgewinnsteuer. — Strafe anstatt Steuer. — Steuerbetriebliche Unterlagen zu einer Kriegsgewinnsteuer. — Welchen Ertrag könnte nun eine Kriegsgewinnsteuer wohl bringen. — Versteckte Gewinne und Aufrechnung. — Reichstagsverhandlungen. — Aufgelöste stille Reserven. — Schlusswort.

Die Pfändung und Ueberweisung von Hypotheken und Grundschulden. Ein Handbuch mit Formularen für den praktischen Gebrauch. Von Dr. W. Lazarus. Berlin 1914. Verlag von W. Moeser Buchhandlung. Hofbuchhändler Sr. Majestät des Kaisers und Königs. Preis 3,50 *M.*

Die Pfändung und Ueberweisung einer Briefhypothek (Buchhypothek): Die Pfändung. — Der Pfändungsbeschluss. — Die Uebergabe des Hypothekenbriefes. — Die Ueberweisung. — Die Eintragung. — Teilpfändung und Teilüberweisung. — Die Pfändung von Zinsen und anderen Nebenleistungen. — Die Pfändung und Ueberweisung einer Grundschuld. — Die Pfändung einer Eigentümerhypothek (Eigentümergrundschuld). — Die Pfändung einer noch nicht auf den Namen des berechtigten Gläubigers eingetragenen Hypothek, insbesondere die Pfändung und Ueberweisung des Berichtigungsanspruches. — Der Einfluss der Vormerkung auf § 1179 BGB. auf die Pfändung. — Die Pfändung einer Eigentümerteilbriefgrundschuld. — Die Pfändung einer künftigen Hypothek, insbesondere Eigentümergrundschuld. — Die Pfändung einer Höchstbetragshypothek, insbesondere einer Eigentümergrundschuld bei Höchstbetragshypotheken. — Die Pfändung einer Sicherungshypothek. — Die Pfändung einer zur Teilmasse gehörenden Hypothek bei Zwangsversteigerung des belasteten Grundstücks. — Mehrfache Pfändung einer Hypothek. — Vorpfändung. — Anderweitige Verwertung der gepfändeten Hypothek. Die Zwangsvollstreckung von Inhaber- und Orderhypotheken, von Rentenschulden und Inhabergrund- und Inhaberrentenschulden. — Die Pfändung einer Hypothek nach älterem Recht. — Formulare für die Pfändung und Ueberweisung.

Bulgarien und die Bulgaren. Von Dr. Kurt Floericke. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde. Stuttgart 1916. Franckh'sche Verlagshandlung. Preis geh. 1,— *M.*, geb. 1,80 *M.*

Im Rosental von Kazanlik. — Volkswirtschaftliches. — Die Bevölkerung. — Kulturelles. — Etwas von der Tierwelt Bulgariens. — Landschafts- und Städtebilder. —

Das Gedächtnis. Von Alfred Leopold Müller. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde. Stuttgart 1916. Franckh'sche Verlagshandlung. Preis geh. 1,— *M.*, geb. 1,80 *M.*

Die grundlegende Bedeutung des Gedächtnisses. — Das Experiment. — Bewusstseinsvorgänge. — Ein kurzer Ausflug in die Werkstatt des Geistes. — Regeln für jede Gedächtnisarbeit. — Mehr Arbeit der Sinne. — Vorstellungstypen und ihre praktische Anwendung. — Prüfung unseres Vorstellungstypus. — Sinnvolles Leben. — Mnemotechnische Anregungen. — Hemmung und Förderung der Gedächtnistätigkeit. — Zusammenfassung. —

Soziale Mobilmachung. Vortrag, gehalten in der juristischen Gesellschaft zu Berlin, von Prof. Dr. S. P. Altmann, Mannheim-Heidelberg. Mannheim-Berlin-Leipzig 1916. Verlag von J. Bensheimer. Preis 0,60 *M.*

Das Bild als Verleumder. Bemerkungen zur Technik der Völkerverhetzung. Von Ferdinand Avenarius. 151. Flugschrift des Dürerbundes. München 1916. Verlag von Georg D. W. Callwey. Preis 1,20 *M.*

Das beste und billigste Schuldeneinziehungsverfahren. 40 gebrauchsfertige Formulare nach Dr. jur. Karlemeyers Handbuch des gesamten Mahn- und Klagewesens und Aussenstände ohne Kosten einziehen. Wiesbaden 1916. Verlagsanstalt Emil Abigt. Preis 0,90 *M.*

Zuckerindustrie und Zuckerhandel im Kriegsjahr 1914/15. Von Dr. Paul Jacobs. München und Leipzig. 1915. Verlag von Duncker & Humblot. Preis 1,30 *M.*

Allgemeines über den deutschen Zuckerhandel und die deutsche Zuckererzeugung. — Das englische Einfuhr- und das deutsche Ausfuhrverbot; insbesondere die Zuckerkäufe der englischen Regierung. — Die Regelung der Börsentermingeschäfte in Zucker. — Die Kontingentierung der Zuckerausfuhr in Deutschland. — Das „Zuckernotgesetz". — Die Ausführungsbestimmungen. — Die Anpassung von Industrie und Handel an die neuen Bestimmungen; insbesondere die Lieferungsverträge über Verbrauchszucker. — Das vermehrte Interesse für Zucker; insbesondere für Futterzwecke und für Brennereien. — Die neue Regelung des Verkehrs mit Zucker und die Ordnung des Verkehrs mit Futterzucker. — Zucker für die Verarbeitung auf Spiritus. — Die Stockung in der Abgabe von Rohzucker zur Verarbeitung auf Verbrauchszucker und die Erhöhung der Preise im Kleinhandel. — Die Zentraleinkaufsgesellschaft als Regulator im Zuckergeschäft und besondere Massnahmen der Regierung. — Höchstpreise für den Zuckerhandel. — Der Streit um den Rübenbau im Jahre 1915. Die Lieferungsverträge über Rüben und Rohzucker. — Der Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1915/16.

Das Jahr der Bühne. Von Siegfried Jacobsohn. Berlin 1915. Oesterheld & Co. Preis geh. 3,— *M.*, geb. 4,— *M.*

Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis. Mit dem Beiblatt „Der Kaufmann und das Leben". Leipzig 1916. Verlag von Carl Ernst Poeschel. Preis vierteljährlich 3,50 *M.*

Heft 10. Käufer im Sinne der Buchhaltung. Von Prof. Hermann Rehm, Strassburg. — Handelsgebräuche beim Ein- und Ausfuhrhandel mit Bulgarien (Schluss). Von Syndikus Weiss-Bartenstein, Berlin. — Der Weg zur automatischen Buchführung. Von Prof. Eugen Schigut, Wien. — Die Zahlungspflicht des Empfängers der Frachtgüter. Von Rechtsanwalt Dr. jur. A. Werneburg, Cöln a. Rh. — Ist die deutsche Bureauindustrie imstande, Ersatz für die ausländischen Erzeugnisse zu bieten? Von A. Vautrin, Assistent am betriebswissenschaftlichen Institut der Handelshochschule, Mannheim. — Verbindung von Briefjournalisierung und Registratur für Betriebe mit umfangreicher Korrespondenz. Von Reallehrer Sebastian Puff, Fürth. — Die heutigen Aufgaben der Exporteure. Von Eugen Löwinger. — Sach- oder Schlagwortregister. Von C. F. Roth-Seefreid. — Krieg und Zahlungsstundung Die Regelung des Zahlungsverkehrs in den kriegführenden Ländern. Von Otto Jöhlinger. — Die Schiffahrt auf der Schelde. Von Tony Kellen. — Der Krieg und die Sprache des Kaufmanns. Von Direktor Th. Blum.

Geldbriefe vom Silberstrom. Von Ernst Frankfurth. Montevideo 1915. Roturando Adelantas. Avenide Gral Rondeau 1442.

Die Geschichte der kleinen Fliege. Ein Heine-Roman. Von Doris Wittner. Leipzig 1915. Verlag von Grethlein & Co.

Die Bank. Monatshefte für Finanz- und Bankwesen. Herausgeber Alfred Lansburgh. Berlin 1916. Bank-Verlag. Preis des einzelnen Heftes 1,50 ℳ, im Quartal 4,— M.

Heft I. Amerika als Weltbankier und das amerikanische Zentralbank-System. Von Alfred Lansburgh. — Der Hypothekenzinsfuss nach dem Kriege. Von Ludwig Eschwege. — Die Organisierung des Devisenverkehrs. Von A. L.

Heft II. Amerika als Weltbankier und das amerikanische Zentralbanksystem. (Schluss.) Von Alfred Lansburgh. — Gedanken über die Kapitalverwendung nach dem Kriege. Von Ludwig Eschwege. — Der ungedeckte Spekulationskredit. Von A. L.

Kriegsgewinnsteuer. Gesetze zur Besteuerung der Kriegsgewinne, nebst amtlicher Begründung und Auszug aus den Verhandlungen der Reichstagskommission. Berlin 1916. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. Preis 0,60 ℳ.

Gesetz über vorbereitende Massnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne. Vom 24. Dezember 1915. — Amtliche Begründung zu diesem Gesetz. — Aus dem Bericht der Reichstagskommission über dieses Gesetz. — Gesetz über die Kriegsabgaben der Reichsbank. Vom 24. Dezember 1915. Amtliche Begründung zu diesem Gesetz. — Die später für die Kriegsgewinnbesteuerung in Aussicht stehenden Gesetze werden als Ergänzung seinerzeit veröffentlicht. Ein Sachregister wird am Schluss beigegeben werden.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Aachener A.-G. für Arbeiterwohl, Aachen, 4. 4., —, 20. 3. • Aachener Thermalwasser (Kaiserbrunnen) A.-G., Aachen, 13. 4., 8. 4., 20. 3. • Actien-Cementfabrik Schlewecke i. L., Schlewecke, 31. 3., —, 14. 3. • Actien-Färberei Münchberg vorm. Knab & Linhardt, Dresden, 10. 4., 8. 4., 13. 3. • A.-G. der Eisen- u. Stahlwerke vorm. Georg Fischer in Schaffhausen, Schaffhausen, 1. 4., 30. 3., 23. 3. • A.-G. für Bauausführungen, Berlin, 11. 4., 7. 4., 23. 3. • A.-G. der Löhnberger Mühle, Niederlahnstein, Niederlahnstein, 8. 4., 4. 4., 15. 3. • A.-G. Elektrizitätswerke Dingolfing, Dingolfing, 6. 4., —, 13. 3. • A.-G. für Beton- u. Monierbau, Berlin, 12. 4., 8. 4., 21. 3. • A.-G. für Eisenindustrie u. Brückenbau vorm. Joh. Caspar Harkort, Duisburg, 19. 4., 13. 4., 18. 3. • A.-G. für Maschinenpapierfabrikation, Aschaffenburg, Berlin, 10. 4., 8. 4., 16. 3. • A.-G. für Warps-Spinnerei u. Stärkerei, Oldenburg i. Gr., Bremen, 4. 4., 31. 3., 10. 3. • A.-G. Georges Geiling & Cie., Frankfurt a. M., 12. 4., 7. 4., 23. 3. • A.-G. Johannes Jeserich, Charlottenburg, 12. 4., 7. 4., 22. 3. • A.-G. Normannenkneipe i. L., Charlottenburg, 15. 4., —, 22. 3. • A.-G. Thiederhall, Thiede, Berlin, 15. 4., 9. 4., 20. 3. • A.-G. Vandalenhaus Heidelberg, Berlin, 1. 4., —, 16. 3. • A.-G. „Weser" in Bremen, Bremen, 14. 4., 10. 4., 23. 3. • Actien-Vorschuss-Verein Blankenau, Blankenau, 8. 4., —, 15. 3. • Actienziegeleien Frisia Nordenham Atens, Bremen, 8. 4., 7. 4., 13. 3. • „Adler" Deutsche Portland-Cement-Fabrik A.-G., Berlin, 14. 4., 11. 4., 22. 3. • Allgemeine Deutsche Viehversicherungs-Gesellschaft a. G. zu Berlin, Berlin, 31. 3., —, 11. 3. • Allgemeine Berliner Omnibus-A.-G., Berlin, 17. 4., 15. 4., 20. 3. • Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig, 14. 4., 12. 4., 22. 3. • Allgemeine Gas- u. Elektrizitäts-Gesellschaft in Bremen, Bremen, 11. 4., 7. 4., 18. 3. • Allgemeine Lokal- u. Strassenbahn-Gesellschaft, Berlin, Berlin, 10. 4., 6. 4., 21. 3. • Allgemeiner Deutscher Jagdschutzverein, Berlin, 1. 4., 24. 3., 11. 3. • Anhalt-Dessauische Landesbank, Dessau, 10. 4., 7. 4., 18. 3. • Anhaltische Vieh-Versicherungs-Bank a. G. in Coethen, Cöthen, 9. 4., —, 21. 3. • Anhaltisches Eisenmoorbad Lindau i. Anh. A.-G. in Lindau, Lindau, 14. 4., —, 23. 3. • Arienheller Sprudel u. Kohlensäure A.-G., Arienheller-Rheinbrohl, Cöln, 14. 4., 9. 4., 17. 3. • Armour & Company A.-G., Frankfurt a. M., 8. 4., 6. 4., 14. 3. • Asbest- u. Gummiwerke Alfred Calmon A.-G., Hamburg, 15. 4., 13. 4., 20. 3. • Atlas, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Ludwigshafen a. Rhein, Ludwigshafen a. Rh., 15. 4., 6. 4., 17. 3. • Augusta-Viktoriapark u. Hotel Kaiserhof A.-G., Wiesbaden, Wiesbaden, 8. 4., 5. 4., 9. 3. • Automobil u. Aviatik A.-G. mit dem Sitz zu Mülhausen-Burzweiler i. Els. z. Z. Freiburg i. Br., Mülhausen i. E., 4. 4., 1. 4., 11. 3.

Badische Baumwoll-Spinnerei u. Weberei A.-G., Neurod, Karlsruhe, 10. 4., 3. 4., 7. 3. • Badische Ziegelwerke A.-G., Brühl i. Baden, Mannheim, 15. 4., 11. 4., 6. 3. • Bahngesellschaft Waldhof, Mannheim, 14. 4., 10. 4., 22. 3. • Bahn- u. Gelände-A.-G. Crefeld-Süd, Crefeld, 11. 4., 7. 4., 18. 3. • Bankverein Artern, Spröngerts, Büchner & Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien in Artern, Artern, 18. 4., 15. 4., 21. 3. • Bank Ziemski A.-G. in Posen, 13. 4., —, 21. 3. • Baugesellschaft Heilbronn, Heilbronn, 11. 4., 8. 4., 21. 3. • Bautzener Industriewerk A.-G., Bautzen, 14. 4., 11. 4., 20. 3. • Bauverein H. L. Sterkel gemeinnützige A.-G., Ravensburg, Ravensburg, 30. 3., —, 11. 3. • Bayerische Granit-A.-G., Regensburg, 14. 4., 7. 4., 23. 3. • Beamten-Heimstätten-Verein in Berlin e. G. m. b. H., Berlin, 30. 3., —, 21. 3. • Beddburger Wollindustrie A.-G., Cöln, 6. 4., 2. 4., 18. 3. • Bergbau-A.-G. „Mark" Zeche Freiberg-Sölde Westf., Essen-Ruhr, 15. 4., 9. 4., 13. 3. • Bergedorfer Eisenwerk A.-G. zu Sande-Bergedorf, Sande-Bergedorf, 12. 4., 8. 4., 16. 3. • Bergwerksgesellschaft Einigkeit m. b. H., Hannover, 12. 4., —, 23. 3. • Bergwerksverein Hohenkirchen A.-G. i. L., Berlin, 14. 4., —, 18. 3. • Berliner Cichorien-Fabrik A.-G.

vorm. H. L. Voigt i. L., Berlin, 11. 4., 8. 4., 18. 3. • Berliner Pumpenfabrik A.-G., Berlin, 15. 4., 10. 4., 22. 3. • Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt. Gegründet 1812, Berlin, 30. 3., —, 15. 3. • Berlin-Rixdorfer Terraingesellschaft i. L., Berlin, 11. 4., 7. 4., 21. 3. • H. Berthold Messinglinienfabrik u. Schriftgiesserei A.-G., Berlin, 6. 4., 1. 4., 15. 3. • Beveuser Maschinenfabrik A.-G., Beveusen, 7. 4., 3. 4., 13. 3. • Bielefelder Weberei Gnust & Co. A.-G., Bielefeld, 10. 4., 7. 4., 10. 3. • Bochumer Bergbrauerei vorm. Homborg, Bochum, 4. 4., 3. 4., 13. 3. • Bodengesellschaft Habsburger Strasse, Dresden-A., 7. 4., 2. 4., 20. 3. • Boeddinghaus, Reimann & Co. A.-G., Elberfeld, Elberfeld, 10. 4., —, 15. 3. • Bohr-, Brunnenbau- u. Wasserversorgungs-A.-G. (vorm. L. Otten, Grünberg), Hamburg, 19. 4., 16. 4., 13. 3. • Bonner Bergwerks- u. Hüttenverein A.-G., Bonn, 8. 4., 5. 4., 20. 3. • Brandenburger Spiegelglas-Versicherungs-A.-G., Berlin, 30. 3., 24. 3., 10. 3. • Braunkohlen- u. Briketwerke Roddergrube A.-G. Brühl Bez. Cöln, Cöln, 15. 4., 11. 4., 20. 3. • Bremer Chemische Fabrik Hude, Bremen, 7. 4., 31. 3., 13. 3. • Bremer Gummiwerke Roland A.-G., Bremen, 12. 4., 10. 4., 20. 3. Bremer Silberwarenfabrik A.-G., Bremen, 11. 4., 7. 4., 16. 3. • Bremer Tauwerk-Fabrik A.-G. vorm. C. H. Michelsen, Grohn-Vegesack, Bremen, 6. 4., 3. 4., 14. 3. • Bremer Verein für Terminhandel in Baumwolle, Bremen, 30. 3., —, 14. 3. • Bremer Wollwäscherei, Bremen, 7. 4., 31. 3., 15. 3. • Breslauer Baubank, Breslau, 7. 4., 2. 4., 13. 3. • Bromberger Schleppschiffahrt A.-G., Bromberg, 15. 4., 11. 4., 18. 3. • J. Brüning & Sohn A.-G., Hanau, 14. 4., 11. 4., 23. 3. • A. Busse & Co. A.-G., Berlin, Leipzig, 31. 3., —, 15. 3.

Carolabad A.-G. zu Rappoltsweiler Ob.-Elsass, Strassburg i. E., 15. 4., 10. 4., 23. 3. • Carosserie Schebera G. m. b. H., Berlin SW 48, Berlin, 30. 3., —, 15. 3. • Cementbau-A.-G., Hannover, 1. 4., —, 13. 3. • Central-Sterbekasse des Verbandes Kath. Gesellenvereine, Cöln, 7. 5., 8. 4., 13. 3. • Chemische Fabrik Lugau A.-G. i. Lugau i. Erzgeb., Lugau, 15. 4., 9. 4., 23. 3. • Chemische Produkten-Fabrik A.-G., Hamburg, Hamburg, 11. 4., 9. 4., 21. 3. • Chemische Werke Lubszynski & Co. A.-G., Berlin, 6. 4., 2. 4., 13. 3. • Chemische Werke „Phoniak" A.-G., Neuss, Neuss, 18. 4., 12. 4., 20. 3. • Chemische Werke vorm. P. Römer & Co., A.-G., Nienburg a. Saale, Stettin, 14. 4., —, 15. 3. • Chemnitzer Bank-Verein, Chemnitz, 8. 4., 4. 4., 9. 3. • Chromo-Papier- u. Carton-Fabrik vorm. Gust. Najork A.-G. in Leipzig-Plagwitz, Leipzig, 3. 4., —, 15. 3. • Commerz- u. Disconto-Bank, Hamburg, 7. 4., 3. 4., 13. 3. • Communalbank des Königreichs Sachsen, Leipzig, 31. 3., —, 10. 3. • Concordia Spinnerei u. Weberei, Bunzlau u. Marklissa, Berlin, 11. 4., —, 15. 3. • Consolidiertes Braunkohlenbergwerk „Caroline" bei Offleben A.-G. zu Magdeburg, Magdeburg, 15. 4., 12. 4., 20. 3. • Continentale Papiersack-Fabrik A.-G. Krappwitz O.-S., Krappwitz, 1. 4., —, 20. 3. • Continentale Pegamoid A.-G. Compagnie Continentale du Pégamoid Soc. An. St. Tönies b. Krefeld-Brüssel, Brüssel, 30. 3., 24. 3., 23. 3.

Danziger Elektrische Strassenbahn, Danzig, 11. 4., 7. 4., 21. 3. • David Söhne A.-G., Halle a. S., Halle a. S., 10. 4., 7. 4., 17. 3. • Deutsch-Nordischer Verband, Berlin, 1. 4., —, 23. 3. • Deutsch-Oesterreichische Bergwerks-Gesellschaft, Dresden, 10. 4., 6. 4., 20. 3. • Deutsch-Oesterr. Dampfschiffahrt A.-G., Magdeburg, 11. 4., —, 23. 3. • Deutsche Centralgenossenschaft e. G. m. b. H., Charlottenburg, 30. 3., —, 22. 3. • Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft Kosmos, Hamburg, 31. 3., 28. 3., 18. 3. • Deutsche Effekten- u. Wechsel-Bank, Frankfurt a. Main, 18. 4., 15. 4., 23. 3. • Deutsche Jute-Spinnerei u. Weberei in Meissen, Meissen, 20. 4., 15. 4., 22. 3. • Deutsche Lebensversicherung Potsdam a. G., Potsdam, 19. 4., —, 22. 3. • Deutsche Linoleumwerke Rixdorf A.-G., Neukölln, 14. 4., 10. 4., 20. 3. • Deutsche Spiegelglas-A.-G., Hannover, 5. 4., 31. 3., 11. 3. • Deutsche „West"-Gesellschaft A.-G., Cöln, Cöln, 31. 3., 25. 3., 10. 3. • Deutscher Flugverband Weimar, Weimar, 18. 4., —, 13. 3. • Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- u. Kohlenwerke A.-G., Hindenburg O.-S., 19. 5., 15. 5., 21. 3. • Dorstener Bank A.-G., Dorsten i. W., Essen-Ruhr, 12. 4., 8. 4., 22. 3. • Dortmunder Bürgerliches Brauhaus A.-G., Dortmund, 14. 4., 12. 3., 11. 3. • Drahtseilbahn Augustusburg A.-G., Augustusburg, 30. 3., 27. 3., 11. 3. • Dresdner Bank, Dresden, 10. 4., 4. 4., 18. 3. • Duncau's Leinen-Industrie A.-G. in Grossschweidnitz (Amtsh. Löbau), Löbau (Sachsen), 15. 4., —, 2. 3. • Dürener Bank, Düren, 17. 4., 11. 4., 20. 3. • Dürener Dampfstrassenbahn A.-G., Düren, 4. 4., 31. 3., 18. 3. • Dürener Volksbank, Düren, 10. 4., —, 20. 3. • Düsseldorfer Röhrenindustrie, Düsseldorf, 15. 4., 11. 4., 13. 3. • Düsseldorfer Ton- u. Ziegelwerke A.-G., Düsseldorf, 19. 4., 15. 4., 22. 3.

Eisengiesserei A.-G. vorm. Keyling & Thomas, Berlin, 12. 4., 8. 4., 22. 3. • Eisenwerk Brünner A.-G., Artern (Prov. Sa.), Artern, 1. 4., 27. 3., 11. 3. • Eisenwerk Laufach A.-G. in Laufach, Aschaffenburg, 6. 4., 1. 4., 6. 3. • Eiswerke Huxmann A.-G., Bremen, Bremen, 8. 4., 31. 3., 15. 3. • Elblagerhaus Dresden, Dresden, 8. 4., 5. 4., 17. 3. • Elektrizitäts-A.-G. Hydrawerk, Charlottenburg, 3. 4., 31. 3., 16. 3. • Elektrizitätswerk Strassburg i. E., Strassburg i. E., 18. 4., 15. 4., 23. 3. • Elsässisch-Badische Wollfabriken A.-G. Kehl-Forst i. L., Strassburg i. E., 3. 4., 2. 4., 16. 3. • Heinrich Ernemann A.-G. für Kamera-Fabrikation in Dresden, Dresden, 15. 4., 11. 4., 1. 3. • Essener Bergwerks-Verein König Wilhelm, Essen a. d. Ruhr, 1. 4., 27. 3., 10. 3.

Falzziegelei Alpirsbach, Alpirsbach, 10. 4., 6. 4., 20. 3. • Finkenberg A.-G. für Portland-Cement- u. Wasserkalkfabrikation, Ennigerloh i. W., 3. 4., 31. 3., 11. 3. • Folien- u. Flitterfabrik A.-G., Hanau, 18. 4., —, 23. 3. • Frankfurter Bank, Frankfurt a. M., 12. 4., 8. 4., 6. 3. • Frankfurter gemeinnützige Baugesellschaft, Frankfurt a. M., 14. 4., 13. 4., 9. 3. • Frankfurter Viehmarktsbank A.-G., Frankfurt a. M., 12. 4., —, 13. 3. • Friedländer Zuckerfabrik A.-G., Friedland i. Mecklb., Friedland, 11. 4., —, 13. 3. • Friedrich-Wilhelms-Bleiche A.-G., Bielefeld, 8. 4., —, 1. 3. • Fürstliches Bad Meinberg A.-G., Bielefeld, 31. 3., 28. 3., 10. 3.

F. W. Gautenberg A.-G., Aue (Erzgeb.), 4. 4., —, 10. 3. • Gas- u. Wasserwerk Langenselbold A.-G., Bremen, 12. 4., 8. 3., 23. 3. • Gebr. Krüger & Co. A.-G., Berlin, 13. 4., 11. 4., 15. 3. • Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., Berlin, 12. 4., 10. 4., 13. 3. • Gemeinnützige Baugesellschaft der Stadt Sterkrade, Sterkrade, 31. 3., —, 13. 3. • Gemeinnützige Gesellschaft für Milchausschank in Rheinland u. Westfalen, Düsseldorf, 30. 3., —, 14. 3. • Gemeinnütziger Bauverein des Kreises Erkelenz A.-G., Erkelenz, 30. 3., —, 13. 3. • Germania-Brauerei A.-G., Cöln-Mülheim, Cöln-Mülheim, 12. 4., 8. 4., 17. 3. • Germania Brotfabrik der Danziger Bäckermeister A.-G., Danzig, 18. 4., —, 22. 3. • Gesellschaft für elektrische Hoch- u. Untergrundbahnen in Berlin, Berlin, 10. 4., 6. 4., 18. 3. • Gesellschaft für Markt- u. Kühlhallen, München, 8. 4., 4. 4., 13. 3. • Gewerbe- u. Vorschussbank, Karlsruhe, Karlsruhe, 4. 4., 3. 4., 17. 3. • Gewerkschaft Concordia, Berlin, 30. 3., —, 15. 3. • Gewerkschaft „Glückauf-Bebra", Sondershausen, Berlin, 31. 3., —, 14. 3. • Gewerkschaft „Glückauf-Berka", Sondershausen, Berlin, 31. 3., —, 14. 3. • Gewerkschaft „Glückauf-Ost", Sondershausen, Berlin, 31. 3., —, 14. 3. • Gewerkschaft „Glückauf", Sondershausen, Berlin, 31. 3., —, 14. 3. • Gewerkschaft Zentrum, Berlin, 30. 3., —, 11. 3. • Glashütte

vorm. Gebr. Siegwart & Co., Stolberg bei Aachen, Cöln, 14. 4., 6. 4., 13. 3. • „Glückauf" A.-G. für Braunkohlenverwertung, Berlin, 8. 4., 4. 4., 14. 3. • Graphische Gesellschaft A.-G., Berlin, 8. 4., 4. 4., 14. 3. • Greppiner Werke, Greppin, 8. 4., 5. 4., 16. 3. • Grosse Leipziger Strassenbahn, Leipzig, 15. 4., 11. 4., 18. 3. • Grundstücks-A.-G. i. L., Leipzig, 8. 4., 4. 4., 16. 3. • Gusswerke A.-G. Frankenthal (Pfalz), Frankenthal, 1. 4., —, 13. 3. • Alfred Gutmann A.-G. für Maschinenbau, Hamburg, Hamburg, 15. 4., 11. 4., 17. 3.

C. H. Haake Brauerei A.-G., Bremen, 1. 4., 27. 3., 11. 3. • Hallesche Röhrenwerke A.-G., Halle a. S., 4. 4., 1. 4., 14. 3. • Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co., Kommanditgesellschaft auf Actien, Halle a. S., Halle a. S., 7. 4., 4. 4., 4. 3. • Kalvor Breda A.-G. für Wasserreinigung, Apparate- u. Dampfkesselbau, Charlottenburg, Berlin, 31. 3., 28. 3., 13. 3. • Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft, Hamburg, 31. 3., 29. 3., 10. 3. • Hamburger Terraingesellschaft Billwärder e. G. m. b. H., Hamburg, 30. 3., —, 18. 3. • Hamburgische Bank von 1914 A.-G., Hamburg, 4. 4., —, 15. 3. • Hannoversche Gummiwerke „Exelsior" (vorm. Hannoversche Gummi-Kamm-Compagnie A.-G.), Hannover, 4. 4., 31. 3., 17. 3. • Hansa-Lloyd-Werke A.-G., Bremen, Bremen, 12. 4., 5. 4., 20. 3. • Harzer Bankverein A.-G., Blankenburg-Harz, 8. 4., 5. 4., 11. 3. • Harzer Werke zu Rübeland und Zorge, Blankenburg a. Harz, 10. 4., 5. 4., 9. 3. • Heimstätten-A.-G., Berlin, 10. 4., 7. 4., 20. 3. • Otto Henning A.-G., Greiz, Greiz, 31. 3., —, 16. 3. • Hildesheimer Badehallen, Hildesheim, 18. 4., —, 3. 3. • W. Hirsch, A.-G. für Tafelglasfabrikation, Radeberg, Radeberg, 11. 4., 5. 4., 16. 3. • Höhscheider Ringofen-Ziegerei, A.-G., Höhscheid, 18. 4., —, 23. 3. • B. Holthaus Maschinenfabrik A.-G., Dinklage, Osnabrück, 8. 4., 4. 4., 11. 3. • Holzbearbeitungs-A.-G. vorm. Otto Mauksch, Görlitz, 15. 4., 11. 4., 15. 3. • Holzstoff- u. Lederpappen-Fabriken vorm. Gebr. Fünfstück A.-G. in Zoblitz bei Lodenau O.-S., Görlitz, 8. 4., 6. 4., 3. 3. • Hüttenwerk, Eisengiesserei u. Maschinenfabrik Michelstadt, Frankfurt a. M., 15. 4., 12. 4., 13. 3. • Hydrometer, Breslauer Wassermesser-Fabrik A.-G., Breslau, 14. 4., 11. 4., 18. 3.

Ilse-Bergbau-A.-G. zu Grube Ilse N.-L., Berlin, 7. 4., 3. 4., 16. 3. • Immobilien-Gesellschaft Waldhof i. L., Mannheim, 14. 4., 10. 4., 22. 3.

Kaiserlicher Automobil-Club, Berlin, 30. 3., —, 14. 3. • Kammgarn-Spinnerei Bietigheim, Stuttgart, 12. 4., 8. 4., 21. 3. • Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, Kaiserslautern, 15. 4., —, 17. 3. • Kieler Brauhaus Jacobsen & Co., A.-G. in Kiel, Kiel, 31. 3., —, 14. 3. • Kleinbahn-A.-G. Guttentag-Bossowska, Guttentag, 30. 3., —, 11. 3. • Kleinbahn-A.-G. Kohlfurt-Rothwasser O.-L., Rothwasser, 30. 3., 28. 3., 11. 3. • Kollnauer Baumwollspinnerei u. Weberei Kollnau (Baden), Kollnau, 8. 4., —, 7. 2. • Kölner Castans Panopticum A.-G., Cöln, 13. 4., 7. 4., 21. 3. • Kölnische Gummifäden-Fabrik A.-G. vorm. Ferd. Kohlstadt & Co., Cöln, 11. 4., 3. 4., 21. 3. • Königin-Marienhütte A.-G., Cainsdorf i. Sa., Dresden, 14. 4., 7. 4., 7. 3. • Paul Koeppe & Co. G. m. b. H., Gera-R., Greiz, 5. 4., —, 22. 3. • Kraft-Fahrzeug-A.-G., Charlottenburg, 31. 3., 30. 3., 13. 3. • Krefelder Bank A.-G., Krefeld, 8. 4., —, 13. 3. • Kriegskreditbank A.-G. in Erfurt, Erfurt, 7. 4., —, 20. 3. • Kunstmühle Aichach A.-G., München, 5. 4., 1. 4., 16. 3. • Kunstmühlenwerke Zoitzmühle, Gera, 8. 4., 5. 4., 16. 3. • Kuranstalt Hainstein A.-G., Eisenach, Eisenach, 12. 4., —, 18. 3.

Landgräflich Hess. concess. Landesbank Bad Homburg v. d. Höhe, Bad Homburg v. d. Höhe, 19. 4., 15. 4., 23. 3. • Langbein-Pfauhauser Werke A.-G., Leipzig-Sellerhausen, 7. 4., 3. 4., 16. 3. • H. W. Lange & Co., A.-G., Altona, 11. 4., 8. 4., 23. 3. • Heinrich Lapp A.-G. für Tiefbohrungen, Aschersleben, 8. 4., 6. 4., 16. 3. • Lederfabrik vorm. H. Deninger & Co., A.-G. Lorsbach im Taunus, Frankfurt a. M., 5. 4., —, 13. 3. • Lehnkering & Cie. A.-G., Duisburg, 18. 4., 12. 4., 23. 3. • Leipziger Aussenbahn-A.-G., Leipzig, 18. 4., 14. 4., 9. 3. • Leipziger Elektrische Strassenbahn, Leipzig, 13. 4., 8. 4., 8. 3. • Limburger Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, Limburg a. d. L., 31. 3., —, 11. 3. • Linke-Hofmann-Werke, Breslauer A.-G. für Eisenbahnwagen-, Lokomotiv- u. Maschinenbau zu Breslau, Breslau, 5. 4., 1. 4., 16. 3. • Lothringer Ziegelwerke A.-G., Metz, Ludwigshafen a. Rh., 15. 4., 11. 4., 20. 3. • Lübeck-Königsberger Dampfschiffahrtsgesellschaft zu Lübeck, Lübeck, 14. 4., —, 23. 3. • Lüttringhauser Bank A.-G., Lüttringhausen, 6. 4., 5. 4., 11. 3.

Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft, Magdeburg, 8. 4., 5. 4., 21. 3. • Magdeburger Rückversicherungs-A.-G., Magdeburg, 8. 4., 4. 4., 21. 3. • H. Maihak A.-G., Hamburg, 8. 4., 1. 4., 13. 3. • Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gesellschaft, Eisleben, 18. 4., —, 15. 3. • Marienborn-Beendorfer Kleinbahn-Gesellschaft, Berlin, 18. 4., 15. 4., 23. 3. • Maschinenfabrik, Eisengiesserei u. Dampfkesselfabrik H. Paucksch A.-G., Landsberg a. W., Landsberg, 8. 4., 4. 4., 17. 3. • Maschinenfabrik Moenus, A.-G., Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 12. 4., 8. 4., 17. 3. • Maschinen- u. Armaturenfabrik vorm. H. Breuer & Co., Höchst a. M., Höchst a. M., 15. 4., 10. 4., 18. 3. • Mayener Volksbank, Mayen, 14. 4., —, 18. 3. • Mechanische Weberei A.-G. in Sohland a. d. Spree, Bautzen, 15. 4., 11. 4., 21. 3. • J. Mehlisch A.-G. in Berlin, Berlin, 14. 4., 10. 4., 23. 3. • Metallpaiper-Bronzefarben-Blattmetallwerke A.-G., München, München, 14. 4., 9. 4., 20. 3. • Mimosa-A.-G., Dresden, 6. 4., 3. 4., 14. 3. • Mitteldeutsche Hartstein-Industrie A.-G., Frankfurt a. M., 15. 4., 11. 4., 15. 3. • Mittweidaer Granitwerke A.-G., Mittweida-Neudörfchen, Mittweida, 7. 4., —, 6. 3. • C. Müller, Gummiwaarenfabrik A.-G., Berlin-Weissensee, Berlin, 18. 4., 15. 4., 17. 3. • Matheus Müller, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Eltville a. Rhein, Frankfurt a. M., 5. 4., 1. 4., 17. 3. • Münchener Möbelwerkstätten A.-G., München-Riesefeld, München, 30. 3., 26. 3., 15. 3.

Nähmaschinen- u. Fahrräder-Fabrik Bernh. Stoewer A.-G., Stettin, 12. 4., 8. 4., 20. 3. • Neue Tuchmanufactur Bischweiler i. Els., Strassburg i. E., 7. 4., —, 20. 3. • Neu-Finkenkrug Terrain-A.-G., Berlin, 14. 4., 10. 4., 22. 3. • Neusser Lagerhaus-Gesellschaft, Neuss, Neuss, 12. 4., —, 16. 3. • Niederlausitzer Bank A.-G., Cottbus, Cottbus, 6. 4., 3. 4., 4. 3. • Niederwaldbahn-Gesellschaft, Berlin, 8. 4., 4. 4., 9. 3. • Norddeutsche Bank in Hamburg, Hamburg, 11. 4., —, 20. 3. • Norddeutsche Lederpappenfabriken A.-G. zu Gross-Särchen (Kr. Sorau), Gr. Särchen, 19. 4., —, 23. 3. • Nordischer Bergungs-Verein in Hamburg, Hamburg, 7. 4., —, 9. 3.

Oberbayerische A.-G. für Kohlenbergbau, München, 12. 4., 8. 4., 15. 3. • Oberbayerische Zellstoff- u. Papierfabriken A.-G., Aschaffenburg, Berlin, 10. 4., 8. 4., 16. 3. • Oberhohndorf-Reinsdorfer Kohlen-Eisenbahn, Zwickau, 5. 4., —, 16. 3. • Oberschlesische Bierbrauerei A.-G. vorm. L. Haendler, Hindenburg O./S., Berlin, 8. 4., 4. 4., 13. 3. • Oberschlesischer Credit-Verein, Ratibor, 15. 4., 11. 4., 14. 3. • Ofen- u. Tonindustrie A.-G., Angerburg, Angerburg, 10. 4., 6. 4., 20. 3. • Osthavelland Terrain-A.-G. am Grossschiffahrtsweg, Berlin, 17. 4., 13. 4., 18. 3.

Paderborner Elektrizitätswerk u. Strassenbahn A.-G., Paderborn, 15. 4., 12. 4., 22. 3. • Papierfabrik Schnitz A.-G., Dresden, 12. 4., 7. 4., 13. 3. • Pfälzische Bank, Ludwigshafen a. Rh., 10. 4., 3. 4., 13. 3. • Politechnische Gesellschaft zu Berlin, Berlin, 6. 4., —, 22. 3. • Portland-Cement-Fabrik

Elm A.-G. in Elm, Hanau, 15. 4., 12. 4., 20. 3. • Portland-Cement-Fabrik Halle a. S., Halle a. S., 31. 3., 27. 3., 10. 3. • Portland-Cement „Stadt Oppeln" A.-G. in Oppeln, Oppeln, 6. 4., 2. 4., 3. 3. • Porzellanfabrik Waldsassen Bareuther & Co. A.-G., Waldsassen, Waldsassen, 3. 4., 30. 3., 15. 3. • Prein-Gewebe A.-G., Hannover, 1. 4., 24. 3., 10. 3. • Prettin-Annaburger Kleinbahn-A.-G., Berlin, 8. 4., —, 15. 3. • Preuss. Portland-Cement-Fabrik Neustadt Wpr., Worle, Kreis Neustadt, 8. 4., 4. 4., 17. 3. • Preussisch-Rheinische Dampfschiffahrt-Gesellschaft, Cöln, 30. 3., —, 13. 3. • Preussisches Leihhaus, Berlin, 10. 4., 7. 4., 20. 3. • Privatbank zu Gotha, Gotha, 10. 4., 3. 4., 11. 3. • Pyrophor-Metallgesellschaft A.-G., Essen, 13. 4., 10. 4., 22. 3.

Reichelt Metallschrauben-A.-G., Finsterwalde, 5. 4., 1. 4., 14. 3. • Reis- u. Handels-A.-G., Bremen, Bremen, 30. 3., 25. 3., 10. 3. • Reiss & Martin A.-G., Berlin, 19. 4., 15. 4., 21. 3. • Rheinische Bahn-Gesellschaft, Düsseldorf, 20. 4., 17. 4., 23. 3. • Rheinische Creditbank in Mannheim, Mannheim, 10. 4., 4. 4., 13. 3. • Rosiny-Mühlen-A.-G. Hagen i. W., 5. 4., 30. 3., 13. 3. • Ferd. Rückforth Nachfolger A.-G. zu Stettin, Stettin, 15. 4., 11. 4., 29. 2.

Sachsenhagener Bankverein, Sachsenhagen, 13. 4., —, 17. 3. • Sächsische Leinen-Industrie-Gesellschaft vorm. H. C. Müller & Hirt A.-G. in Freiberg in Sachsen, Freiberg, 17. 4., —, 26. 2. • Sächsische Strassenbahn-Gesellschaft, Dresden, 12. 4., 7. 4., 14. 3. • Sächsische Wollgarnfabrik A.-G. vorm. Tittel & Krüger, Leipzig-Plagwitz, Leipzig, 14. 4., 9. 4., 20. 3. • Saganer Wollspinnerei u. Weberei, Berlin, 8. 4., 4. 4., 6. 3. • Sandsteinbrüche Rottwerndorf A.-G. zu Rottwerndorf, Dresden-A., 14. 4., —, 14. 3. • Sanatorium Schierke A.-G., Wernigerode, 13. 4., 8. 4., 18. 3. • Silesia, Verein chemischer Fabriken, Breslau, 8. 4., 3. 4., 11. 3. • Speicherei- u. Speditions-A.-G., Riesa, Dresden, 15. 4., 9. 4., 22. 3. • Spinnerei u. Weberei Schwarzenbach A.-G., Schwarzenbach a. S., 12. 4., 8. 4., 18. 3. • Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G., Mannheim, 10. 4., 6. 4., 20. 3. • Süddeutsches Portland-Cementwerk A.-G. in Münsingen, 6. 4., 2. 4., 10. 3.

Schillerwerk Godesberg A.-G., zu Godesberg a. Rhein, Godesberg, 8. 4., 4. 3., 9. 3. • Schlesische Dachziegelwerke, A.-G., vorm. A. Dannenberg, Görlitz, 8. 4., 5. 4., 15. 3. • Schlesische Mühlenwerke A.-G., Breslau, 8. 4., 2. 4., 11. 3. • Schlesischer Bankverein, Breslau, 10. 4., 7. 4., 20. 3. • Schleswig-Holsteinische Bank in Husum, Husum, 8. 4., 7. 4., 15. 3. • H. Schlinck & Co. A.-G., Hamburg, Hamburg, 12. 4., 8. 4., 13. 3. • Schloss-Chemnitzer Bau-Verein, Chemnitz, 12. 4., 8. 4., 24. 2. • Schülke & Mayr A.-G., Hamburg, 11. 4., 8. 4., 20. 3. • Schwarzburgische Hypothekenbank in Sondershausen, Sondershausen, 14. 4., 10. 4., 22. 3.

Stahl & Federer A.-G., Stuttgart, Stuttgart, 11. 4., 7. 4., 18. 3. • Stahlwerk Krieger A.-G., Düsseldorf, Düsseldorf, 3. 4., 31. 3., 11. 3. • Stassfurter Licht- u. Kraftwerke A.-G., Dessau, 1. 4., —, 10. 3. • Sterbekasse deutscher Lehrer, Versicherungs-Verein a. G. zu Berlin, Berlin, 19. 4., —, 20. 3. • Stettiner Gemeinnützige Baugesellschaft, Stettin, 6. 4., 5. 4., 16. 3. Stettiner Strassen-Eisenbahn-Gesellschaft, Stettin, 15. 4., 13. 4., 22. 3. • Stolberger Bank, Stolberg, 11. 4., 7. 4., 16. 3. • Stolper Stallbau-A.-G., Stolp, 4. 4., —, 14. 3. • Strassburger Bau- u. Möbelschreinerei A.-G., Strassburg, 8. 4., 4. 4., 18. 3. • Strassburger Immobilien-Gesellschaft Strassburg, 12. 4., 11. 4., 10. 3. • Strassburger Speditions- u. Niederlagen-Gesellschaft, Strassburg i. E., 1. 4., 27. 3., 11. 3. • Strassenbahn Hannover, Hannover, 12. 4., 10. 4., 23. 3. • Stuttgarter Gemeinnützige Baugesellschaft A.-G., Stuttgart, 31. 3., 27. 3., 16. 3. • Stuttgarter Immobilien- u. Bau-Geschäft A.-G., Stuttgart, 6. 4., 1. 4., 10. 3.

Terrain-A.-G. Nieder-Schönhausen, Berlin, 15. 4., 12. 4., 13. 3. • Terrain-A.-G. Tiepolt-Hardershof, Königsberg, 20. 4., 17. 4., 18. 3. • Terraingesellschaft „Alsterblick" e. G. m. b. H. in Hamburg, Hamburg, 31. 3., —, 22. 3. • Terrain-Gesellschaft München-Friedenheim A.-G., München, München, 14. 4., 10. 4., 15. 3. • Terrain-Gesellschaft Südende i. L., 8. 4., 3. 4., 6. 3. • Teutonia, Misburger Portland-Cementwerk, Hannover, Hannover, 10. 4., 7. 4., 21. 3. • Thüringer Gasgesellschaft, Leipzig, 30. 3., 25. 3., 15. 3. O. Titel's Kunsttöpferei A.-G. i. L., Berlin, 3. 4., 30. 3., 11. 3. • Tonwerke Kandern, Freiburg i. B., 12. 4., —, 20. 3. • Torgauer A.-G. vorm. Adolf Rabitz, Essen, 15. 4., 12. 4., 21. 3. • Torgauer A.-G. vorm. Adolf Rabitz, Essen, 15. 4., 12. 4., 21. 3. • Trugfrei Verlags-A.-G., Berlin, 10. 4., —, 18. 3.

Uetersener Eisenbahn-A.-G., Uetersen, 31. 3., —, 10. 3. • Ullersdorfer Werke, Leipzig, 8. 4., —, 16. 3. • Union-Giesserei, Königsberg i. Pr., Königsberg, 14. 4., 10. 4., 22. 3. • „Urania" A.-G. für Kranken-, Unfall- u. Lebens-Versicherung zu Dresden, Dresden, 12. 4., 10. 4., 20. 3.

Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabriken, 11. 4., 8. 4., 16. 3. • Vereinigte Deckenfabriken Calw A.-G. in Calw, Calw, 8. 4., 4. 4., 8. 3. • Vereinigte Deutsche Petroleumwerke A.-G., Berlin, 15. 4., 12. 4., 21. 3. • Vereinigte Flanschenfabriken u. Stanzwerke A.-G. Regis, Bez. Leipzig, Chemnitz, 5. 4., 3. 4., 16. 3. • Vereinigte Gaswerke, Augsburg, 30. 3., 27. 3., 10. 3. • Vereinigte Jaeger, Rothe u. Siemens-Werke, A.-G., Leipzig-Eutritzsch, Leipzig-Eutritzsch, 14. 4., 10. 4., 20. 3. • Vereinigte Smyrna-Teppich-Fabriken A.-G., Cottbus, 19. 4., 15. 4., 17. 3. • Vereinigte Speyerer Ziegelwerke A.-G., Speyer-Mannheim, Mannheim, 15. 4., 11. 4., 6. 3. • Vereinigte Schwarzfarben- u. Chemische Werke A.-G., Wiesbaden, 15. 4., 11. 4., 23. 3. • Vereinsbank in Wismar, Wismar, 4. 4., —, 15. 3. • Vereinsbank in Zwickau Sa., Zwickau, 30. 3., 27. 3., 11. 3. • Vereinsbank zu Colditz, Colditz, 13. 4., —, 14. 3. • Vereinsbrauerei A.-G., Beuthen O./S., 8. 4., 3. 4., 13. 3. • Vermögensverwaltungsstelle des Vereins Deutscher Versicherungsbeamten A.-G., Berlin, Berlin, 31. 3., 28. 3., 10. 3. • Victoria Feuerversicherungs-A.-G. in Berlin, Berlin, 30. 3., —, 15. 3. • Vogtländische Spitzenweberei A.-G. in Plauen i. V., Plauen, 30. 3., 26. 3., 11. 3. • Voigt & Haeffner A.-G., Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 19. 4., 15. 4., 21. 3. • Volthom, Seil- u. Kabelwerke A.-G., Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 5. 4., 1. 4., 13. 3.

Wandsbeker Lederfabrik (A.-G.) in Hamburg, Hamburg, 7. 4., 6. 4., 21. 3. • Wasserwerk zu Frankfurt a. O., Frankfurt a. O., 5. 4., 4. 4., 13. 3. • Werkzeugmaschinenfabrik „Union" (vorm. Diehl) in Chemnitz, Chemnitz, 10. 4., —, 21. 3. • Westdeutscher Jünglingsbund A.-G., Barmen-Unterbarmen, Unterbarmen, 4. 4., —, 17. 3. • Wilhelmshavener Actienbrauerei, Wilhelmshaven, 8. 4., 7. 4., 16. 3. • Wollwaarenfabrik „Mercur", Liegnitz, Berlin, 8. 4., 4. 4., 15. 3. • Würker & Knirsch A.-G., Dresden, 19. 4., 15. 4., 13. 3. • Württembergische Feuerversicherung a. G. in Stuttgart, Stuttgart, 15. 4., 12. 4., 23. 3. • Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart, 17. 4., 13. 4., 28. 2. • Würzener Bank, Würzen, 10. 4., —, 11. 3.

Zörbiger Kreditverein von Lederer, Kotzsch & Co., Kommanditgesellschaft a. A., Zörbig, 8. 4., —, 21. 3. • Zschocke-Werke Kaiserslautern A.-G., Kaiserslautern, 15. 4., —, 21. 3. • Zwickauer Brückenberg-Steinkohlenbau-Verein, Zwickau, 8. 4., —, 18. 3. Zwirnerei u. Nähfadenfabrik Augsburg i. L., Augsburg, 31. 3., 27. 3., 15. 3.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: M. Rönner in Berlin-Schöneberg.

Bank für Handel und Industrie.

(Darmstädter Bank).

Bericht über das 63. Geschäftsjahr 1915.

Die Fortdauer des grossen Krieges, der nicht nur mit den Waffen, sondern nicht minder scharf als wirtschaftlicher Kampf geführt wird, hat im Berichtsjahre weiter der bankgeschäftlichen Tätigkeit ein besonderes Gepräge gegeben. Wenn auch die gegen unser Vaterland auf wirtschaftlichem Gebiet ergriffenen Massnahmen seinen Feinden ebensowenig wie auf dem militärischen den erhofften Erfolg verschafft haben, so ist doch das Wirtschaftsleben Deutschlands davon nicht unbeeinflusst geblieben. Die wesentlichen Einschränkungen der Ein- und Ausfuhr und unseres Anteils am sonstigen Weltgeschäft, der Verbrauch vieler Vorräte und Lager, deren Wiederauffüllung nur in mässigem Umfange möglich war, machten erhebliche Geldbeträge flüssig, die den Banken zuströmten. Da sich gleichzeitig die geschäftliche Tätigkeit fast ausschliesslich den Kriegsbedürfnissen widmete, für die das Entgelt bar alsbald oder doch nach kurzen Fristen gewährt wurde, waren längere Kredite weniger beansprucht. Aus den erzielten Kriegsgeschäftsgewinnen wurden bestehende Verbindlichkeiten in beträchtlichem Masse abgedeckt und bisherige Schuldner verwandelten sich in Gläubiger. Ferner fand in erheblichem Umfange eine Abstossung des deutschen Besitzes an ausländischen Wertpapieren nach dem neutralen Ausland statt. Aus all diesen Vorgängen ergab sich für den Stand unserer Bank eine vergrösserte Flüssigkeit, die immer nur vorübergehend eine Einschränkung erfuhr, wenn die Einlagen zu den Einzahlungen auf die beiden im Jahre 1915 ausgegebenen Kriegsanleihen Verwendung fanden. An diesen, deren Betrag und Abwicklung einen ruhmvollen Beweis erbrachte von der Bereitwilligkeit unseres Volkes, dem Vaterland alles zu geben, dessen es bedarf, konnte auch unsere Bank sich durch Zeichnungen in beträchtlichem Umfange beteiligen. Der Handel in dieser Kriegsanleihe stand im Vordergrund unserer Tätigkeit auf dem Wertpapiermarkt, dem durch den in engeren Grenzen und ohne amtliche Preisfestsetzungen geduldeten Verkehr an den deutschen Börsen seit dem Frühjahr eine neue Belebung gegeben war. Für die innerlich gute Börsenverfassung vor dem Kriegsausbruch spricht es gewiss, dass trotz aller durch den Krieg herbeigeführten Hemmnisse und schädigenden Einflüsse der völlige Abbau aller Börsenverpflichtungen an der Berliner Börse ohne jede Schwierigkeit und Hilfeleistung im letzten Vierteljahr bewirkt werden konnte. Dem schon erwähnten Verkauf ausländischer Wertpapiere an die neutralen widmeten wir eine erfolgreiche Förderung, die wir auch der Einfuhr ausländischer Erzeugnisse, soweit sie noch stattfinden konnte, durch Beschaffung der entsprechenden Zahlungsmittel gewährten. Die inländischen Lieferungen für den Kriegsbedarf unterstützten wir weiter durch die nötigen Krediteinräumungen.

Die so gestaltete Banktätigkeit hat für unser Institut im Vergleich zum Vorjahr gesteigerte Erträgnisse erbracht. Zwar hat die durch die Fortdauer des Krieges bedingte weitere Wertverminderung unserer Konsortialbeteiligungen wiederum einen Verlust mit sich geführt. Dagegen haben das Wertpapiergeschäft, das im vorigen Jahr ebenfalls einen Verlust aufwies, und die Zinsen ein besseres Erträgnis gehabt. Das Provisionsergebnis weist keinen Rückgang aus, obwohl die Gebühren für die Akzeptgewährung und aus dem Effektenkommissionsgeschäft im Vergleich zu den Friedensjahren geringere geworden sind. Bei dem befriedigenden Ergebnis unseres laufenden Geschäftes glauben wir die Verteilung einer um 1 % erhöhten Dividende vorschlagen zu können, wenn auch die in unserem letzten Geschäftsbericht dargelegten Schwierigkeiten, alle Werte der Bank richtig zu schätzen, durch die Fortdauer des Krieges unverändert bestehen.

Die Bilanz, in der besonders die Verminderung der Akzeptverbindlichkeiten bemerkenswert erscheint, zeigt aus den eingangs erwähnten Ursachen eine grössere Flüssigkeit. Die Erhöhung des Postens „Bankgebäude" rührt aus dem Erwerb des Grundstücks für unsere Filiale in Hamburg, des früher der Firma Wingenroth, Soherr & Co. gehörigen Bankgebäudes für unsere Filiale in Mannheim, und aus der Rückzahlung von Hypotheken her, die auf unserem Grundbesitz bisher gehaftet hatten und nunmehr durch Zeitablauf fällig wurden. In der Gewinn- und Verlustrechnung sind die Geschäftsunkosten annähernd die gleichen wie im Jahre 1914 geblieben, hauptsächlich deshalb, weil wir weiter den im Felde stehenden Angestellten, obwohl für sie Ersatzkräfte herangezogen werden mussten, einen beträchtlichen Teil ihrer Bezüge fortgewährten und uns in erheblichen Beträgen an der sonstigen Kriegswohlfahrtspflege beteiligten. Die durch die noch immer andauernde Einberufung unseres männlichen Personals zu den Fahnen verursachten Schwierigkeiten in der Erledigung der Geschäfte haben sich gesteigert. Infolgedessen hat wiederum eine unserer Depositenkassen, und zwar die in Krappitz, geschlossen werden müssen. Weitere Schliessungen einzelner Geschäftsstellen dürften unvermeidlich sein, wenn die Zahl unserer Angestellten mit den militärischen Einziehungen noch ferner vermindert wird. Die Fähigkeit, die Unterbringung der Kriegsanleihen wie bisher mit aller Kraft und mit gutem Erfolge auch unsererseits zu fördern, dürfte dadurch eine nicht unwesentliche Schwächung erfahren. Bis zu dem Zeitpunkte dieses Berichtes sind 1715 unserer Beamten dem Rufe zu den Waffen gefolgt. Von ihnen sind leider so manche auf dem Felde der Ehre geblieben; ihr Andenken wird stets treu und hoch gehalten werden. Kriegsauszeichnungen haben sich 245 verdient, darunter 8 das Eiserne Kreuz erster Klasse.

Für unseren Gewinnverteilungsvorschlag ergibt sich folgende Berechnung:

Der Bruttogewinn beläuft sich (einschließlich des Vortrages von ℳ 430 141.31 aus dem Jahre 1914) auf		ℳ 25 051 563.71
davon ab:		
a) Handlungsunkosten	ℳ	10 784 747.15
b) Steuern	„	1 237 890.60
c) Zuwendungen an die Beamten (Weihnacht., Abschluß), Invaliden- u. Krankenversicherg. Reichsversicherung, Ehrengaben an Beamte, Zuwendungen		

an die Pensionskasse und für wohltätige (Kriegs-) Zwecke „	2 549 570.32	
d) Abschreibungen auf Immobilien und Mobilien	613 489.45	
e) Rückstellung für die Talonsteuer . . .	160 000.—	
f) Verlust aus Finanzoperationen	966 666.47	ℳ 16 332 363.99
		ℳ 8 719 199.72

davon sind zu zahlen die satzungsgemässen Tantiemen für den Aufsichtsrat (7% der ℳ 1 600 000.— betragenden Superdividende	„	112 000.—
verbleibt ein Ueberschuss von	ℳ	8 607 199.72
aus welchem die beantragte Dividende von 5 % zu entnehmen ist mit	„	8 000 000.—
während der Rest von	ℳ	607 199.72

auf neue Rechnung übergeht.

Es würden somit ℳ 50.— auf die Aktien von ℳ 1000.— und ℳ 21.43 auf die Aktien von fl. 250.— zur Verteilung kommen.

Der uns in der letzten ordentlichen Generalversammlung aus der Mitte der Herren Aktionäre gewordenen Anregung folgend, unterbreiten wir der diesjährigen Generalversammlung den Antrag, dem § 23 der Satzungen der Bank folgende neue Fassung zu geben:

„Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten außer dem Ersatz der aus der Erfüllung ihrer Pflichten ihnen erwachsenden Reisekosten und sonstigen Auslagen für ihre Mühewaltung einen Anteil von 7 vom Hundert des Reingewinns der Bank, der über den Satz von 4 % hinaus als Dividende an die Aktionäre verteilt wird. Vom gleichen Reingewinn bekommt der Aufsichtsrat ein weiteres Prozent zur Vergütung an die Mitglieder der gemäss § 21 erster Satz gebildeten besonderen Ausschüsse.

Die Verteilung dieser Bezüge an die Mitglieder des Aufsichtsrats wird von ihm selbst geregelt."

Die eingehende Begründung dieses Antrages behalten wir der mündlichen Erörterung vor.

Zu einzelnen Posten unserer Bilanz haben wir noch folgende Erläuterungen zu geben:

Grundkapital und Reserven.

Das Grundkapital setzte sich am Anfang des Berichtsjahres 1915 zusammen aus 4067 Stück Aktien à fl 250.— = nom. ℳ 1 743 000.— und aus 158 257 Stück Aktien à ℳ 1000.— = nom. ℳ 158 257 000.—. Im Jahre 1915 haben Inhaber von alten Guldenaktien von der Befugnis, dieselben in Aktien à ℳ 1000.— umzutauschen, zu einem Betrage von 35 Stück = nom. ℳ 15 000.— Gebrauch gemacht.

Das gesamte Grundkapital bestand sonach Ende 1915 aus:

4 032 Aktien à fl. 250.— . .	= nom.	ℳ	1 728 000.—
158 272 „ à ℳ 1000.— . .	= „	„	158 272 000.—
zusammen nom.		ℳ	160 000 000.—

Die Reserven unseres Instituts stellen sich per 31. Dezember 1915 wie folgt:

1. Die Allgemeine Reserve (gesetzliche Reserve, gemäß § 262 HGB.) beziffert sich auf	ℳ	19 000 000.—
2. Die Besondere Reserve (früher Hauptreserve) beträgt	„	13 000 000.—
zusammen	ℳ	32 000 000.—

Konsortialbeteiligungen.

Von den vor dem Jahre 1915 eingegangenen Geschäften sind unter anderen die folgenden abgewickelt und die darauf bis zum Schluss des Jahres 1915 zur Ausschüttung gelangten Gewinne verrechnet worden:

Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken,
Aktien der Aktieselskabet De Kobenhavenske Sporveje.

Die grösseren Finanzoperationen, an denen wir uns im Jahre 1915 durch Uebernahme oder Beteiligung interessiert haben, sind im wesentlichen die folgenden:

5% Deutsche Reichsschatzanweisungen und Reichsanleihe (2. und 3. Kriegsanleihe), neue Aktien der Ludw. Loewe & Co. Akt.-Ges., neue Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (zum Erwerb von Aktien der Berliner Elektrizitätswerke), neue Aktien der Bayerischen Stickstoff-Werke Aktien-Gesellschaft.

Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen.

Die unter obiger Ueberschrift leufenden Engagements bezifferten sich Ende 1915 auf:

ℳ 6 838 317.20	Aktien von Banken,
„ 2 685 051.62	Kommanditistische Beteilung bei Bankgeschäften
ℳ 9 523 368.82	

Bankgebäude.

Dieses Konto umfasst unsere Bankgrundstücke und Gebäude (einschliesslich Mobiliar und Einrichtung) in Berlin, Darmstadt, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Bamberg, Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Giessen, Neustadt (Haardt), Quedlinburg, Breslau, Beuthen, Gleiwitz, Görlitz, Kattowitz, Oppeln und Ratibor, welche unter Berücksichtigung der bisherigen und der per 31. Dezember 1915 vorgenommenen Abschreibungen mit . ℳ 23 247 160.70 abzüglich Hypotheken und Restkaufgelder auf Berlin, Werderscher Markt 2—4, Schinkelplatz 5, Niederlagstrasse 4—5, auf Leipzig, Markt 6, auf Breslau, Ohlauer Strasse 85—86, auf Beuthen, Gleiwitz und Görlitz im Gesamtbetrage von . . . . . „ 2 639 600.—

d. h. per Saldo mit . . . . . ℳ 20 607 560.70

in der vorliegenden Bilanz erscheinen.

Zweiganstalten.

Unser Institut besass am 1. Januar 1916 neben seinen Hauptsitzen in Berlin und Darmstadt Zweiganstalten in folgenden Städten, und zwar

Filialen in:	Breslau, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Strassburg i. Els., Wiesbaden.
Niederlassungen in:	Bamberg, Beuthen O.-S., Cottbus, Forst (Lausitz), Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Fürth (Bayern), Giessen, Glatz, Gleiwitz, Görlitz, Guben, Hindenburg, Jauer, Kattowitz, Landau (Pfalz), Leobschütz, Neustadt (Haardt), Neustadt O.-S., Offenbach a. M., Oppeln, Pforzheim, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik.
Depositenkassen in:	Berlin und Vororten (30), Biebrich a. Rh., Breslau (7), Darmstadt, Frankfurt a. M. (4), Greifswald, Habelschwerdt, Hannover (3), Kreuzberg O.-S., Lauban, Leipzig (5), Ludwigshafen a. Rh., München, Myslowitz, Prenzlau, Senftenberg, Sorau N.-L., Spremberg-L., Stargard i. P., Stettin.
Agenturen in:	Alsfeld (Oberhessen), Butzbach, Herborn, Kehl, Pasewalk, Sangerhausen.

Der Vorstand.

Durch die von uns bestellte Kommission ist die in den Anlagen dieses Berichts wiedergegebene Bilanz sowie die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingehend geprüft worden; wir finden dagegen nichts zu erinnern und erklären uns mit dem vorstehenden Bericht des Vorstandes, dem wir nichts hinzuzufügen haben, in allen Teilen einverstanden. [6375

Der Aufsichtsrat.

Dr. Kaempf,
Vorsitzender.

Commerz- und Disconto-Bank, Hamburg-Berlin.

Sechsundvierzigster Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1915.

Das Geschäftsergebnis unserer Bank im Jahre 1915 zeigt einschließlich des Vortrages einen Gewinn von 6 882 848,12 M. gegen 6 646 300,16 M. im Vorjahre. Wir halten es auch in diesem zweiten Kriegsjahre für geboten, dem Gewinn einen größeren Betrag, und zwar 2 Millionen Mark für Abschreibungszwecke zu entnehmen. Demgemäß schlagen wir vor, eine Dividende von 4½%, wie im Vorjahre, zur Verteilung zu bringen.

Noch wird die Welt durch die Kriegsereignisse beherrscht. Industrie und Handel haben sich erheblichen Beschränkungen unterwerfen müssen, aber es ist durch vorbildliche Organisation schnell gelungen, die deutsche Volkswirtschaft auf die durch den Krieg völlig veränderten Verhältnisse einzustellen. Eine Anzahl von Kriegsrohstoff-Gesellschaften, welche die Sammlung und gleichmäßige Verteilung der Waren bezwecken, ist ins Leben gerufen worden, und durch gesetzliche Maßnahmen ist die Volksernährung, für welche sich durch die verringerte Einfuhr vom Ausland Schwierigkeiten ergaben, gesichert. Der Schutzwall, den unsere kampferprobten Heere überall in Feindesland errichteten, sorgte dafür, daß das deutsche Volk sich seinen wirtschaftlichen Aufgaben ungestört widmen konnte. Das Gegenteil von dem, was alle Welt bei Kriegsausbruch erwartet hatte, trat ein: an Stelle der befürchteten Arbeitslosigkeit zeigte sich eher ein Mangel an Arbeitskräften.

Der Reichsbankdiskont betrug im ganzen Jahre 5%, während im offenen Markt eine ausgesprochene Geldflüssigkeit herrschte, hervorgerufen durch die Einschränkung des deutschen Handels mit dem Auslande und die Verkleinerung der Rohstoffläger. Die hierdurch freigewordenen erheblichen Beträge flossen, soweit sie nicht Anlage in den Kriegsanleihen fanden, den Banken zu. Das Anschwellen unseres Kreditoren-Kontos von ca. 299 auf ca. 406 Millionen Mark zeigt die finanzielle Kraft unserer Kundschaft.

Das Zinsenkonto weist dementsprechend einen Mehrgewinn auf, trotzdem die Belegung der meist kurzfristigen Gelder zeitweilig Schwierigkeiten bereitete und nur mit geringem Zinsnutzen möglich war.

Den Anforderungen staatlicher und kommunaler Körperschaften zur Hergabe größerer Darlehen haben wir gern Folge gegeben; am Jahresschlusse sind in unseren ungedeckten Debitoren fast 30 Millionen Mark derartiger Ausleihungen enthalten. Unser Bestand an Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere hat eine Erhöhung von ca. 40 Millionen Mark erfahren, weil wir einen Teil der uns zugeflossenen Gelder in Darlehen gegen deutsche mündelsichere Wertpapiere anlegten.

Das Provisionskonto zeigt einen leichten Rückgang, der sich aus der Verminderung der Effektenumsätze und des Akzeptenkontos erklärt; das letztere verringerte sich erheblich, nachdem die bei Ausbruch des Krieges verfügte Hinausschiebung der Fälligkeiten ihre Endschaft erreicht hatte. Außerdem hat die Einschränkung des überseeischen Verkehrs dazu geführt, daß unsere Vorschüsse gegen Waren und Warenverschiffungen von ca. 14,8 Millionen auf ca. 2,4 Millionen Mark zurückgingen. Einen mäßigen Ausgleich für diesen Ausfall fanden wir in der Finanzierung von Einfuhrgeschäften, welche unsere Hamburger Niederlassung in besonderem Maße gepflegt hat.

Unsere Unkosten halten sich auf der vorjährigen Höhe. Den zum Heeresdienst eingezogenen Angestellten haben wir einen erheblichen Teil ihrer Bezüge weiter gewährt und dafür im Berichtsjahre ca. 850 000 M. aufgewendet. Die Ersetzung dieser erfahrenen Beamten hat uns viele Schwierigkeiten bereitet, trotzdem, wir eine große Anzahl von Hilfsarbeitern einstellten.

Das Geschäft in einheimischen Wertpapieren bestand hauptsächlich in der Unterbringung der II. und III. Kriegsanleihe, an deren Zeichnung sich unsere Kundschaft in außerordentlicher Weise beteiligte. Die hohen Devisenkurse und die Aufnahmefähigkeit des neutralen Auslandes verursachten eine bemerkenswerte Steigerung der Kurse der in Deutschland gehandelten ausländischen Wertpapiere. Wir waren infolgedessen in der Lage, die Abstoßung großer Beträge namentlich skandinavischer Werte zu vermitteln.

Die Erhöhung unseres Bestandes an „Eigenen Wertpapieren" betrifft nur Deutsche Staatsanleihen; dieselben sind für die Nachfrage aus unserm Kundenkreis, die nach Schluß der jeweiligen Zeichnungen eine lebhafte blieb, bestimmt. Das Konsortialkonto hat sich um ca. 5 Millionen Mark durch Abwicklung verschiedener Geschäfte ermäßigt.

Unsere Bestände an Wertpapieren haben wir entsprechend den im freien Verkehr ermittelten Kursen bewertet und die auf Effekten- und Konsortialkonto erzielten Gewinne für Abschreibungen auf diesem Konto verwendet.

Auf „Bankgebäude und Inventar" haben wir eine Abschreibung von 492 392,23 M. gegen 196 193,50 M. im Vorjahre vorgenommen. Das Konto „Sonstige Immobilien" ist durch Minderbewertung und durch den Verkauf eines kleinen Grundstücks ermäßigt.

Unsere Filiale in Hannover erzielte auch im verflossenen Jahre ein gutes Erträgnis; die übrigen Filialen arbeiteten in zufriedenstellender Weise.

Unsere Kommanditeinlage bei der Firma S. Kaufmann & Co. brachte uns einen befriedigenden Ertrag.

Die Norddeutsche Zucker-Raffinerie wird die Ausschüttung einer Dividende von 6% gegen 4% im Vorjahre in Vorschlag bringen.

Die Waaren-Commissions-Bank in Hamburg konnte ihre aus dem Vorjahre herübergenommenen erheblichen Warenbestände mit Nutzen gegen den mit großer Vorsicht eingestellten Buchwert veräußern und brachte eine Dividende von 35% zur Verteilung.

Die Barmbecker Brauerei Aktien-Gesellschaft hat unter der schwierigen Lage der Brauereiindustrie zu leiden und ermäßigte ihre Dividende von 6% im Vorjahre auf 5%.

Die Hamburgischen Electricitäts-Werke haben am 1. Juli 1915 ihr Aktienkapital von 22 Millionen auf 44 Millionen Mark erhöht. Die neuen Aktien sind vertragsgemäß von dem Hamburgischen Staate übernommen worden. Die Dividende betrug 8% neben einer Ausschüttung von 3¾% aus den für die Aktionäre angesammelten Rückstellungen gegen 8½% im Vorjahre.

Die Bremen-Besigheimer Oelfabriken bringen für das Jahr 1915 eine Dividende von 18%, wie im Vorjahre, zur Verteilung.

Die Eisenbahnbaugesellschaft Becker & Co. G. m. b. H. hat für das Jahr 1914 eine Dividende von 4% verteilt. Die dieser Gesellschaft angegliederten zahlreichen elektrischen Unternehmungen haben die durch den Kriegsausbruch verursachten Rückgänge in den Erträgnissen größtenteils wieder aufgeholt.

Die Actien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vorm. Patzenhofer verteilte für das Geschäftsjahr 1914/15 eine Dividende von 14% gegen 11% im Vorjahre.

Die Leipziger Werkzeug-Maschinen-Fabrik vorm. W. von Pittler Aktiengesellschaft hat auch für das Jahr 1915 eine Dividende von 25%, wie für 1914, verteilt und gewährt ihren Aktionären ein günstiges Bezugsrecht auf neu auszugebende junge Aktien.

Die Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei vorm. Th. Flöther erhöht für das Jahr 1915 die Dividende von 12% auf 14% bei wiederum reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen.

Die bei der Terraingesellschaft am Teltow-Kanal Rudow-Johannisthal Aktiengesellschaft geplante Reorganisation hat infolge des Krieges noch nicht durchgeführt werden können.

Die Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co. Aktiengesellschaft konnte für 1914 auf das erhöhte Aktienkapital eine Dividende von 18% verteilen. Für das laufende Geschäftsjahr ist mit einer Ermäßigung der Dividende zu rechnen.

Die Fabrik isolierter Drähte zu elektrischen Zwecken (vormals C. J. Vogel) Telegraphendraht-Fabrik Aktiengesellschaft hat für das am 30. September 1915 abgelaufene Geschäftsjahr 15% gegen 13% im Vorjahre zur Ausschüttung gebracht.

Die Telephonfabrik Aktiengesellschaft vormals J. Berliner, die im Vorjahre ihre Dividende auf 10% herabgesetzt hatte, hat im abgelaufenen Geschäftsjahre günstiger gearbeitet und eine Dividende von 18% zur Verteilung gebracht.

Die C. Lorenz Aktiengesellschaft hat für 1914 ein Erträgnis von 32½% an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Auch

im Jahre 1915 hat die Gesellschaft recht günstig gearbeitet. Wir haben gemeinsam mit befreundeten Bankfirmen eine Kapitalserhöhung auf 3 000 000 M. zur Durchführung gebracht.

Die Held & Franke A.-G. hat bei gutem Geschäftsgang ihre Dividende von 8% auf 10% erhöhen können.

Die Hackethal-Draht- und Kabel-Werke Akt.-Ges. hat im Jahre 1914 gut gearbeitet und konnte, wie im Vorjahre, 16% Dividende verteilen. Für das Jahr 1915 dürfte mit einer Dividendenerhöhung gerechnet werden.

Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches im Jahre 1915 betrug 26 443 392 684,76 M.

Den nach Abzug von 2 Millionen Mark verbleibenden Reingewinn von 4 882 848,12 M., einschließlich des Gewinnvortrages aus dem Vorjahre von 493 290,43 M. beantragen wir, wie folgt, zu verteilen:

4% auf das Aktienkapital von M. 85 000 000	M.	3 400 000,—
Rückstellung für Talonsteuer	„	85 000,—
in den Reservefonds II. (laut Statut) . .	„	49 477,88
(Außerdem für verfallene Dividenden 1254 M.)		
in den Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds	„	120 000,—
Tantième an den Aufsichtsrat	„	73 507,98
Tantième an den Vorstand	„	95 560,38
½% weitere Dividende	„	425 000,—
Vortrag	„	634 301,88
	M.	4 882 848,12

Von unseren im Felde stehenden Beamten haben seit unserem letzten Bericht weitere 71 Angestellte dem Vaterland ihr Leben geopfert; ihr Andenken wird wie das ihrer im Tode vorangegangenen Kollegen und Kameraden in hohen Ehren gehalten werden. [6368

Hamburg, im März 1916. **Der Vorstand.**

Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft.

Bilanz per 31. Dezember 1915.

Aktiva	M.	Pf	Passiva.	M.	Pf
Kassenbestand	159464	09	Aktien-Kapital	22700000	—
Kupons u. Sort.	6252	76	Gesetzliche Reserve . . .	2270000	—
Effekten . . .	6665023	80	Spez.-Reserve .	2250000	—
Debitoren . .	2800697	23	Agio-Reserve .	765000	—
Anlage im Hypotheken-Geschäft . .	259334063	58	Talonsteuer-Reserve . .	57198	40
Kommunal-Darlehen .	20815160	91	Wehrsteuer-Reserve . .	7202	—
Rückständige Hypothekenzinsen . . .	74476	77	Pfandbrief-Umlauf . .	239447280	—
Gestund. Zins.	202010	22	Kommunal-Obligationen	18071000	—
Am 1. Jan. 1916 fällige Hypothekenzins. f. 1915 (abzügl. der bereits eingegang.) .	1336730	10	Verlost Pfandbriefe . . .	2866	—
Am 1. Jan. 1916 fällige Kommunal-Darlehns-Zinsen (abzügl. der bereits eingegangenen)	198441	75	Amortisationsfonds für Hypotheken . .	195799	90
Bankgebäude Taubenstr. 22	459484	90	Amortisationsfonds f. Kommunal-Darlehen . . .	1504988	22
Grundstücks-Beteiligung.-Konto . . .	20000	—	Kreditoren . .	632624	58
			Vorausbezahlte Hypothekenzinsen . . .	85129	39
			Vorausbezahlte Komm.-Darlehnszinsen .	8078	62
			Pfandbrief-Kupons . .	2214321	95
			Komm. - Obligations-Kup.	134244	—
			Rückständige Dividendenscheine . .	24750	—
			Reingewinn .	1701323	05
	292071806	11		292071806	11

Die Auszahlung der auf **4½%** festgesetzten Dividende für 1915 auf die Aktien La. A und B erfolgt gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 4 mit **M. 45.—** von **heute** ab an **unserer Kasse** in **Berlin,** Taubenstrasse 22, und an den früher bekannt gemachten Zahlstellen.

Der Geschäftsbericht für 1915 kann kostenlos von uns selbst oder durch unsere Pfandbriefverkaufsstellen bezogen werden.

Berlin, den 25. März 1916. [6383

Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am

Freitag, den 14. April 1916,
vormittags 11 Uhr,

im Saale des **Kaufmännischen Vereinshauses zu Leipzig,** Schulstraße 5, stattfindenden

sechzigsten ordentlichen Generalversammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes und des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1915 und Beschlußfassung über Genehmigung des Rechnungsabschlusses.
2. Erteilung der Entlastung an den Vorstand und den Aufsichtsrat der Gesellschaft.
3. Beschlußfassung über die in Vorschlag gebrachte Verteilung des Gewinnes.
4. Wahlen in den Aufsichtsrat.
5. Wahl der Rechnungsprüfer.

Geschäftsbericht und Rechnungsabschluß liegen 17 Tage vor der Generalversammlung in unseren Geschäftsräumen aus; von diesem Zeitpunkte ab können von den Aktionären auch Druckexemplare in Empfang genommen werden.

Die Ausübung des Stimmrechts ist davon abhängig, daß die Aktien zu diesem Zwecke hinterlegt werden, spätestens am **12. April 1916:**

bei uns in Leipzig oder bei unseren Niederlassungen in Dresden, Altenburg, Annaberg-Buchholz, Aue, Bautzen, Bernburg, Chemnitz, Freiburg, Gera, Glauchau, Gössnitz, Greiz, Grimma, Leopoldshall-Staßfurt, Limbach, Markranstädt, Meerane, Meuselwitz, Niedersedlitz, Oschatz, Pirna, Potschappel bei Dresden, Riesa, Schkeuditz, Schmölln, Siegmar, Werdau, Wurzen und Zeitz,

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Bremen, Essen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Mainz und Saarbrücken,

bei der Vogtländischen Bank in Plauen i. V., Auerbach i. V. Falkenstein i. V., Klingenthal i. V. und Reichenbach i. V.

bei der Oberlausitzer Bank zu Zittau in Zittau, Löbau und Neugersdorf,

bei der Vereinsbank in Zwickau,

bei der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G., Nürnberg,

bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G, Cöln.

Hierdurch wird die gesetzliche Ermächtigung des Aktionärs zur Hinterlegung bei einem **Notar** nicht berührt.

Die über die Hinterlegung ausgestellten Bescheinigungen, dienen als Einlaßkarten zur Generalversammlung.

Leipzig, den 20. März 1916.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

[6371 Keller. Petersen. Dr. Schoen.

Bilanz d. Mitteldeutschen Creditbank
per 31. Dezember 1915.

Aktiva.	M.	Pf
Nicht eingezahltes Aktienkapital	—	—
Kasse, fremde Geldsorten und Kupons	5 400 913	94
Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-(Clearing-)Banken	16 887 699	96
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	42 463 091	45
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	15 820 330	16
Reports u. Lombards gegen börsengäng. Wertp.	6 839 394	65
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen	3 203 047	92
Eigene Wertpapiere	14 697 717	85
Konsortialbeteiligungen	7 968 720	79
Dauernde Beteilig. b. and. Banken u. Bankfirmen	2 868 745	70
Debitoren in laufender Rechnung:		
a) gedeckte . . . . . M. 160 067 697,17 davon durch börsengäng. Wertpap. gedeckt M. 106 151 560,80		
b) ungedeckte . . . . „ 37 622 758,86	197 690 456	03
ausserdem Aval- u. Bürgschaftsdebitoren . . . M. 15 840 415,55		
Bankgebäude	8 225 000	—
Sonstige Immobilien	575 144	56
Mobiliar	50 414	18
	322 690 677	19

Passiva.	M.	Pf
Aktienkapital	60 000 000	—
Reserven	9 156 728	21
Kreditoren	208 113 403	81
Akzepte und Schecks	41 367 294	05
ausserdem Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen . . . . . M. 15 840 415,55		
Uebergangsposten uns. Niederlass. untereinander	129 622	16
Unerhobene Dividenden	18 879	—
Reingewinn des Jahres 1915 M. 3 805 811,40		
Vortrag aus dem Jahre 1914 „ 98 938,56	3 904 749	96
	322 690 677	19

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1915.

	M.	Pf
Unkosten:		
a) Gehälter und Geschäftsspesen	2 663 662	07
b) Tantiemen d. Filialdirektoren, d. Prokuristen u. der Vorsteher der Wechselstuben, sowie Gratifikationen und Teuerungszulagen an die Beamten	637 744	72
c) Für die zu den Fahnen einberufenen Beamten und deren Familien sowie für andere Zwecke der Kriegsfürsorge	508 440	04
d) Steuern	528 910	05
Beiträge z. Beamtenversich.-Verein d. Deutschen Bank- u. Bankiergewerb. u. z. Pensionsk. d. Bank	104 061	67
Abschreibungen auf Bankgebäude	49 956	31
Reingewinn, Verteilung: ausserordentliche Abschreibung auf Mobiliar	50 413	18
Zur Abrundung der Kontokorrent-Reserve	93 271	79
5½ % Dividende auf M. 60 000 000	3 300 000	—
Tantiemen an Aufsichtsrat und Vorstand	360 210	03
Vortrag auf neue Rechnung	100 854	96
	8 397 524	82

	M.	Pf
Gewinnvortrag aus 1914	98 938	56
Gew. aus Zins. sowie a. deutsch. u. fremd. Wechs.	4 865 568	13
Gewinn aus Provisionen	3 035 367	14
Gewinn aus Wertpapieren u. Konsortialbeteilig.	—	—
Gew. a. dauernden Beteilig b. Banken u. Bankfirm.	183 552	58
Kleine Gewinne und Mieteinnahmen	214 098	41
	8 397 524	82

In der heute abgehaltenen 61. ordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1915 auf 5½ % festgesetzt.

Der Dividendenschein für **1915** kommt mit **M. 16.50** für jede Aktie zu **M. 300**, **M. 66.—** für jede Aktie zu **M. 1200** zur Auszahlung. Die Einlösung der Dividendenscheine erfolgt von heute ab:

in **Frankfurt a. M.**, **Berlin**, **Baden-Baden**, **Essen-Ruhr**, **Fürth**, **Giessen**, **Hanau**, **Hannover**, **Hildesheim**, **Karlsruhe**, **Mainz**, **München**, **Nürnberg** und **Wiesbaden** bei unseren Niederlassungen, sowie bei unseren Depositenkassen und Wechselstuben in **Alsfeld i. H.**, **Friedberg i. H.**, **Höchst a. M.**, **Marburg a. d. L.**, **Offenbach a. M.**, **Uelzen** (Prov. Hannover) und **Wetzlar** und unseren Agenturen in **Büdingen** und **Butzbach** an unseren Kassen vormittags zwischen 9 und 11 Uhr, in **Coblenz** und **Cöln** bei der Firma **Leopold Seligmann**, in **Hamburg** bei der Firma **M. M. Warburg & Co.**, in **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt (Abteilung Becker & Co.)**, in **Meiningen** und **Gotha** bei der **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft**, in **München** bei den Firmen **H. Aufhäuser** und **Moritz Schulmann**, in **Stuttgart** bei der Firma **Doertenbach & Cie. G. m. b. H.**, in **Tübingen** und **Hechingen** bei der **Bankcommandite Siegmund Weil**.

Die Dividendenscheine sind auf der Rückseite mit dem Firmenstempel oder dem Namen des Einreichenden zu versehen.

Frankfurt a. M.-Berlin, den 22. März 1916. [6376

Der Vorstand
der Mitteldeutschen Creditbank.

Siebert. Loewenthal. Dr. Katzenellenbogen.
Mommsen. Reinhart. Dr. Weber.

Deutsche Hypothekenbank
in Meiningen.
Bilanz vom 31. Dezember 1915.

Aktiva.	ℳ	₰
Kassenbestand	1 131 818	74
Guthaben bei Bankhäusern	2 564 700	16
Darlehen gegen Wertpapiere	753 719	35
Wertpapiere	7 221 479	46
Wechsel	1 056 649	20
Verschiedene Debitoren	398 750	28
Hypotheken	597 854 315	58
Hypothekarische Kriegs-Darlehen	95 800	—
Hypotheken-Zinsen und -Annuitäten	8 004 270	87
Bankgebäude in Meiningen und Berlin	1 800 000	—
Mobilien	1	—
	620 881 504	64

Passiva.	ℳ	₰
Aktienkapital	31 500 000	—
Reserven	9 500 000	—
Prämien-Reserve	3 081 130	60
Gesetzliche Rückstellung für Pfandbrief-Agio	19 812	38
Planmäßige Rückstellung für Talonsteuer	201 344	11
dgl. für Zinsentschädigungen	634 202	90
Verschiedene Kreditoren	1 199 743	03
Pfandbriefe	566 141 450	—
Pfandbrief-Zinsen	5 476 684	39
Noch nicht erhobene Dividende	15 141	—
Ueberschuß	3 111 996	23
	620 881 504	64

Meiningen, den 12. Februar 1916.

Deutsche HypotheKenbank.
Paulsen. Hartmann. Dr. Nebe.

Die für das Jahr **1915** auf 7 % festgesetzte Dividende gelangt mit **ℳ 21 für die Aktie zu ℳ 300, ℳ 84 für die Aktie zu ℳ 1200** vom 22. d. Mts. ab zur Auszahlung.

Meiningen, den 20. März 1916. [6372

Deutsche HypotheKenbank.

Die Börse. Von Georg Bernhard.
Preis 1 Mk.
Plutus-Verlag, Berlin W. 62, Kleiststrasse 21

Disconto-Gesellschaft in Berlin.

Geschäfts-Bericht für das Jahr 1915.

Auf das Jahr 1915 blickt das deutsche Volk mit Genugtuung zurück. Wir verdanken dies zunächst den großen kriegerischen Erfolgen unserer tapferen Kriegsmacht, sodann aber der Arbeitsamkeit, dem angespannten Fleiß aller Klassen der Bevölkerung, soweit sie nicht zum Waffendienst einberufen sind, und der Kriegsorganisation unserer Volkswirtschaft, wie sie im wesentlichen schon Ende 1914 durchgeführt war. Während Millionen arbeitsgewohnter Hände, ihrem bürgerlichen Berufe entzogen, das Vaterland gegen den Feind verteidigen, haben die Daheimgebliebenen den Ausfall an Arbeitskräften durch gesteigerte Tätigkeit mit überraschendem Erfolge auszugleichen verstanden. Ihnen ist es gelungen, die Aussaat zu bestellen und die Ernte zu bergen. Rastlos war auch die Arbeitsamkeit in der deutschen Industrie. Auch hier traten vielfach Frauen an die leer gewordenen Stellen der Männer. Die bedeutenden Lohnsteigerungen während der Kriegszeit haben nicht, wie es wiederholt in England geschehen ist, zu dem Versuch geführt, die Arbeitszeit zu verkürzen, sondern es ist überall, wo die Aufgabe es erforderte, willig auch mit Ueberstunden und in der Nacht geschafft worden. Während zu Beginn des Krieges die Arbeitslosigkeit groß war, hat in dessen weiterem Verlaufe der Arbeitsmarkt eine völlig veränderte Gestaltung erfahren: bei den Arbeitsnachweisen bleibt die Zahl der arbeitsuchenden Männer weit hinter der Nachfrage zurück, während die Zahl der arbeitsuchenden Frauen sich gegen die Friedenszeit bedeutend gesteigert hat. Vermehrte Arbeit leisten auch die anderen Berufsstände. Staats- und Privatbeamte haben ihre ins Feld gerückten Kameraden zu vertreten und bewältigen auch deren Obliegenheiten. — Gleichzeitig hat die unablässig fortschreitende und jetzt mit gesteigerter Intensität wirksame Geistesarbeit der deutschen Techniker und Chemiker eine Reihe von meist noch geheim gehaltenen Erfindungen zuwege gebracht, die nicht nur während des Krieges Ersatz für viele fehlende Stoffe bieten, sondern die auch nach dem Kriege von größtem Einfluß auf die Gestaltung gewisser volkswirtschaftlicher Tätigkeitsgebiete sein werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es dank der opferwilligen und arbeitsfreudigen Mitwirkung der daheimgebliebenen Bevölkerung, besonders auch der weiblichen, gelungen ist, den Betrieb der Volkswirtschaft auch im Jahre 1915 vollständig aufrechtzuerhalten, so daß im großen Durchschnitt etwa zwei Drittel bis drei Viertel der Gütererzeugung im Frieden auch jetzt noch hergestellt werden, und Ersatz für vieles, was wir im Frieden von außen zu beziehen gewohnt waren, daheim gefunden worden ist. Der barbarische Versuch Englands, unter Mißbrauch seiner Seemacht und Verletzung des Völkerrechts den friedlichen Teil unserer Bevölkerung, Frauen und Kinder dem Hunger preiszugeben, ist damit abgewehrt worden. Freilich sind wir dabei genötigt, mit allen Vorräten hauszuhalten. Zu diesem Zwecke bedurfte es starker staatlicher Eingriffe bei der Verteilung der vorhandenen und der Beschaffung neuer Vorräte, sowie bei Regelung des Verbrauches. Die Beschaffung, die Verteilung und der Verkauf der Vorräte erfolgt auf Grundlage zahlreicher Bundesratsverordnungen nach einheitlichen, die Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft berücksichtigenden Grundsätzen durch eine große Zahl von „Kriegsgesellschaften", die im Zusammenarbeiten von Behörden und Erwerbsgesellschaften errichtet wurden, oder auch durch „Abrechnungsstellen", für die sich die Anlehnung an die bereits vorhandenen Organisationen der großen Banken empfahl. So bietet denn die gewerbliche und Handelstätigkeit des deutschen Volkes während des Krieges auf vielen und gerade den wichtigsten Gebieten ein ganz anderes Bild als im Frieden. Der freie Verkehr, in dem sich in normalen Zeiten das Wirtschaftsleben entfaltet, ist durch diese Kriegsorganisation in einem außerordentlichen Maße eingeschränkt, zum Teil ganz ausgeschaltet worden. Das deutsche Volk hat dieses schwere Opfer willig auf sich genommen in der festen Zuversicht, auf diese Weise die Absperrung vom Weltmarkt ertragen zu können. Für eine gesunde Fortentwicklung unserer Volkswirtschaft ist es dringend erforderlich, daß diese durch die harte Notwendigkeit gebotenen Maßregeln sobald es irgend angängig beseitigt werden und der freien Entfaltung der Kräfte wieder Raum gegeben wird.

Ueber die Lage der Industrie im allgemeinen und über die wichtigsten Zweige der Großindustrie haben wir uns in einem die Verhältnisse bis zum Herbst behandelnden Nachtrag zu der von uns herausgegebenen Schrift „Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege" ausgesprochen. Wir können auf diese Veröffentlichung um so eher verweisen, als die Entwicklung bis zum Ende des Jahres 1915 sich fast durchweg innerhalb der dort gekennzeichneten Linien weiter bewegt hat.

Die Steinkohlengewinnung im Deutschen Reich hat seit ihrer Höchstleistung im Jahre 1913 durch den Krieg allerdings einen starken Rückgang erfahren; sie ist von 191,5 Millionen Tonnen auf 161.5 im Jahre 1914 und 146.7 im Jahre 1915 gesunken, d. h. um 23,4 %. Arbeitermangel, beschränkte Ausfuhrmöglichkeit und auch zeitweilig eintretende Schwierigkeiten der Verfrachtung haben dabei wesentlich mitgespielt. Eine glänzende Entwicklung hat dagegen die Braunkohlengewinnung genommen. Auch diese war im Jahre 1914 von 87,1 auf 83,9 Millionen Tonnen herabgegangen; im Jahre 1915 ist sie aber auf 88,4 Millionen Tonnen gestiegen, so daß sie gerade während des Krieges ihre Höchstzahl aufweist. Ein gleich günstiges Ergebnis zeigt die Herstellung von Stein- und Braunkohlenbriketts, die ihren höchsten Stand ebenfalls im Kriegsjahr 1915 erreicht hat. — Die Roheisengewinnung hatte im Jahre 1914 seit dem Kriegsausbruch eine starke Einbuße erlitten. Die Monatserzeugung war vom Juli auf den August 1914 um zwei Drittel gesunken; im Oktober aber setzte eine kräftige Erholung ein und seit dem Juli 1915 beträgt die monatliche Gewinnung regelmäßig wieder über 1 Million Tonnen, so daß sich die Jahreserzeugung 1915 im ganzen auf 11,8 Millionen Tonnen gegen 10,1 Millionen Tonnen in den ersten 12 Kriegsmonaten beläuft.

Eine besondere Hervorhebung verdient noch die Verlängerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats in der Form eines auf 15 Monate erstreckten Uebergangssyndikats, das nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten am 15. September 1915 zustande kam. Hierdurch wurde die schwere Gefahr abgewendet, die unserer gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung durch ein vom Staate im Wege der Gesetzgebung bereits vorbereitetes Zwangssyndikat drohte. Inzwischen wird hoffentlich die Verständigung unter den Zechenbesitzern herbeigeführt werden, welche den Abschluß eines mehrjährigen Syndikatsvertrages vom 1. April 1917 ab ermöglichen kann.

Von einschneidender Bedeutung für die in Gesellschaftsform betriebenen industriellen Unternehmungen ist das Gesetz über die Vorbereitung zur Kriegsgewinnsteuer, das alle Erwerbsgesellschaften zunächst verpflichtet, die Hälfte ihres im Kriege erzielten Mehrgewinnes gegenüber den durchschnittlichen Friedenserträgen zurückzustellen. Aus diesen Rücklagen soll dann die durch Reichsgesetz noch festzustellende Kriegsgewinnsteuer gezahlt

werden. Im Reich und in den Bundesstaaten wird es bei Ausgestaltung der Kriegsgewinnsteuer und der Erhöhung der Einkommensteuer großer Vorsicht bedürfen, damit nicht durch eine zu hohe Steuerbelastung der Kapitalzusammenschluß im Wege der Gesellschaftsbildung, auf welcher der Fortschritt unserer industriellen Entwicklung im wesentlichen beruht, gehemmt oder ein künstlicher, den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht entsprechender Zusammenschluß bestehender Gesellschaften lediglich aus Steuerrücksichten herbeigeführt wird. Zur Vermeidung solcher Gefahren wird insbesondere einer Doppelbesteuerung sowohl durch das Reich wie auch durch die Bundesstaaten vorgebeugt werden müssen.

Auf den deutschen Geldmarkt haben die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse eine durchaus günstige Wirkung gehabt. Der Geldstand ist während des ganzen Jahres, von kleinen Versteifungen an den Quartalen abgesehen, flüssig und leicht gewesen. Die Reichsbank konnte seit dem 23. Dezember 1914 an einem Diskontsatz von 5% festhalten, und der Privatdiskont in Berlin betrug durchschnittlich 4⅛%, während tägliches Geld häufig zu 2%, Ende März sogar zu 1 bis 1½% angeboten wurde. Diese günstige Gestaltung des Geldmarktes ist um so bemerkenswerter, als die zu befriedigenden Bedürfnisse keineswegs normale waren, sondern durch die Ausdehnung der von uns besetzten feindlichen Gebiete und deren durch die deutsche Verwaltung erfolgreich herbeigeführte wirtschaftliche Wiederbelebung eine bedeutsame Erweiterung erfahren haben. Hierdurch wurde insbesondere die der Reichsbank obliegende Regelung des Geldverkehrs in außerordentlicher Weise erschwert. Muß doch allein das Bedürfnis nach Umlaufsmitteln für diese Gebietsteile auf etwa 1½—2 Milliarden Mark eingeschätzt werden.

Daß dadurch der Notenumlauf der Reichsbank eine Steigerung erfahren mußte, ist selbstverständlich. Er betrug durchschnittlich in den 5 ersten Kriegsmonaten 1914: 4111,4 Millionen Mark, im ersten Halbjahr 1915: 5045,9 Millionen Mark und im zweiten Halbjahr 1915: 5772,7 Millionen Mark. Gleichzeitig hat aber auch der Goldvorrat der Bank eine ununterbrochene, wenn auch gegen Ende der Berichtszeit verlangsamte Steigerung von 1253 Millionen Mark beim Kriegsausbruch und 2093 Millionen Mark am 31. Dezember 1914 bis auf 2445 Millionen Mark zu Ende des Jahres 1915 erfahren. Da noch immer bedeutende Summen gemünzten Goldes in den Händen der deutschen Bevölkerung ruhen, so ist auf eine weitere Steigerung des Goldvorrates der Reichsbank mit Sicherheit zu rechnen. Die reine Golddeckung der Noten hat sich trotz der gesteigerten Notenausgabe im Durchschnitte auf der Höhe des Vorjahres halten können. Sie betrug in den ersten 5 Kriegsmonaten 1914: 43,03%, im ersten Halbjahr 1915: 45,83% und im zweiten Halbjahr 1915: 42,01%, während die gesetzliche Deckung durch Metall und Reichskassenscheine (einschließlich Darlehnskassenscheine) für dieselben Zeiträume 56,63%, 54,86% und 52,02% ausgemacht hat. Die gesetzliche Dritteldeckung der Noten durch Gold allein ist also auch im Berichtsjahre sehr erheblich überschritten worden. Es ist daher unrichtig, wenn von unseren Feinden behauptet wird, daß die gesetzliche Deckung nur durch die Darlehnskassenscheine ermöglicht werde, die seit dem 5. August 1914 gleichfalls als Deckungsmittel für den Notenumlauf gelten. Von den Darlehnskassenscheinen haben sich im vergangenen Jahre durchschnittlich nur 450,1 Millionen Mark bei der Reichsbank befunden; der geringste Betrag, 153,75 Millionen Mark, fiel auf den 15. Februar; am Ende des Jahres war dann die Summe allerdings auf 1254,8 Millionen Mark gestiegen, weil die Lombardbedingungen bei den Darlehnskassen günstiger als bei der Reichsbank sind und deswegen an den Quartalsschlüssen die Bedürfnisse durch die Darlehnskassen befriedigt wurden. Ende Januar 1916 war der Bestand an Darlehnskassenscheinen wieder um die Hälfte auf 665 Millionen Mark zurückgegangen. Auch für die zweite und dritte Kriegsanleihe sind die Darlehnskassen nur mit verhältnismäßig sehr geringen Summen in Anspruch genommen worden, so daß mit ihrer Beihilfe bei der dritten Kriegsanleihe nur etwa 7% der Gesamtzeichnungen eingezahlt worden sind. Einen sehr hohen Stand hat zeitweilig die Anlage der Reichsbank in Wechseln gezeigt, weil zu ihnen auch die von der Reichsbank diskontierten Reichsschatzanweisungen gehören; nach den ersten Pflichtzahlungstagen auf die zweite und dritte Anleihe am 30. März und 30. September verminderten sich die Wechselbestände im Laufe von drei Wochen um 2½ und 3½ Milliarden Mark.

Auch der Kapitalmarkt wies aus den schon in unserem vorjährigen Berichte erwähnten Gründen fortgesetzt eine günstige Verfassung auf. Da Zahlungen an das Ausland auf dem Wege des Handelsverkehrs nur in verhältnismäßig sehr geringem Umfange stattfinden, so bleibt das Geld, auch das für die Kriegführung aufgewandte, zum allergrößten Teil im Lande, und fließt rascher als zu normalen Zeiten zu den Sammelstellen zurück. Die Folge davon ist, daß sich in den Sparkassen und Banken gewaltige Summen ansammeln und viele Unternehmungen, die bisher für ihre Betriebe auf Bankkredit angewiesen waren, jetzt große Bankguthaben unterhalten. So ist es möglich geworden, daß nach der ersten Kriegsanleihe im Jahre 1914, die 4,1 Milliarden erbrachte, im Berichtsjahre noch eine zweite von über 9 und eine dritte von über 12 Milliarden, im ganzen also über 25 Milliarden Mark zu steigenden Zeichnungspreisen aufgebracht werden konnten, ohne daß die Sparkraft des deutschen Volkes durch diese größten Geldleistungen der Weltgeschichte erschöpft worden wäre. Trotz des außerordentlich verteuerten Lebensunterhaltes wird der Kapitalzuwachs der deutschen Sparkassen im Jahre 1915, wenn man die Abhebungen für die Kriegsanleihen nicht berücksichtigt, auf mindestens 3¾ Milliarden Mark geschätzt, während der buchmäßige Bestand der Einlagen am Ende des Jahres 1915 durch die Einzahlungen auf die Kriegsanleihen im Betrage von 4¼ Milliarden Mark nur eine Verminderung von etwa 500—600 Millionen Mark, d. h. etwa 4%, erfahren hat. Die Spartätigkeit geht ihren Weg ruhig weiter, wie nicht nur die Berichte der Sparkassen zeigen, sondern wie es auch aus der Entwicklung der Guthaben bei den Berliner Wechselstuben und Zweigstellen der Disconto-Gesellschaft, die hier folgt, ersichtlich wird. Aus dieser Tabelle, welche die in unserem vorjährigen Geschäftsbericht mitgeteilte und bis zum 27. Februar 1915 reichende Tabelle fortführt, geht hervor, daß trotz der sehr großen Beträge, die auf die Kriegsanleihen an den verschiedenen Terminen eingezahlt wurden, die Depositen stets größer als am 15. Juli 1914, also 14 Tage vor Kriegsausbruch, gewesen sind.

Bestand am 15. Juli 1914 mit 100% angenommen			
	Best. a.	31. Dez. 1914	119%
	„ „	15. Jan. 1915	131%
	„ „	30. „ „	134%
	„ „	15. Febr. „	137%
	„ „	27. „ „	138%
	„ „	15. März „	146%
vom 31. 3. bis 14. 4. erste Einzahlung auf die II. Kriegsanleihe	„ „	31. „ „	132%
	„ „	15. April „	117%
	„ „	30. „ „	115%
	„ „	15. Mai „	124%
bis 20. 5. zweite Einzahlung auf die II. Kriegsanleihe	„ „	31. „ „	130%
	„ „	15. Juni „	134%
bis 22. 6. dritte Einzahlung auf die II. Kriegsanleihe	„ „	30. „ „	136%
	„ „	15. Juli „	139%
bis 20. 7. vierte Einzahlung auf die II. Kriegsanleihe	„ „	31. „ „	135%
	„ „	15. Aug. „	142%
bis 20. 8. fünfte Einzahlung auf die II. Kriegsanleihe	„ „	31. „ „	140%
	„ „	15. Sept. „	148%
vom 30. 9. bis 18. 10. erste Einzahlung auf die III. Kriegsanleihe	„ „	30. „ „	112%
	„ „	15. Okt. „	115%
	„ „	31. „ „	115%
	„ „	15. Nov. „	125%
bis 24. 11. zweite Einzahlung auf die III. Kriegsanleihe 30. 11. Abwickl. d. Börsenverpflicht.	„ „	30. „ „	117%
	„ „	15. Dez. „	131%
bis 22. 12. dritte Einzahlung auf die III. Kriegsanleihe	„ „	31. „ „	128%
	„ „	15. Jan. 1916	143%
bis 22. 1. vierte und letzte Einzahlung auf die III. Kriegsanleihe	„ „	31. „ „	143%
	„ „	15. Febr. „	148%
	„ „	29. „ „	151%
	„ „	15. März „	166%

So durfte man mit ruhiger Zuversicht, nachdem der Reichstag im Dezember wiederum 10 Milliarden Mark zur Fortsetzung des Krieges bewilligt hat, dem glücklichen Gelingen auch der vierten Kriegsanleihe entgegensehen. Das glänzende Ergebnis der soeben zum Abschluß gelangten Zeichnung auf diese Anleihe hat diese Zuversicht denn auch voll gerechtfertigt.

Eine notwendige Folge der Behinderung unserer Ausfuhr, des Fortfalls der Einnahmen aus den Frachten im Schiffsverkehr und des starken Ausfalls an Einnahmen aus unseren ausländischen Unternehmungen ist die Verschlechterung unserer Zahlungsbilanz, die in einem starken Rückgang der Markkurse auf den neutralen Welthandelsplätzen zum Ausdruck kommt. Die oben erwähnte reichliche und stabile Golddeckung der Reichsbanknoten zeigt, daß der niedrige Stand der Markkurse nicht etwa, wie dies im Ausland häufig in tendenziöser Absicht dargestellt wird, ein Gradmesser für die Güte unserer Währung und die Höhe unseres Staatskredits ist. Eine derartige Auffassung kann vor einer sachverständigen Beurteilung nicht standhalten; es kann keinem Zweifel unterliegen, daß mit der Wiederherstellung des normalen Warenverkehrs auch die deutschen Wechselkurse alsbald wieder ihren normalen Stand erreichen werden. Bei den Schwierigkeiten, die sich infolge der Verkehrsunterbindung einer Verbesserung unserer Zahlungsbilanz entgegenstellen, wird während der Kriegsdauer die Bewegung der Wechselkurse im wesentlichen von der Regelung der Ein- und Ausfuhr abhängen, gleichwohl war doch nicht zu verkennen, daß ihr ungünstiger Stand zum Teil auch durch spekulative Beeinflussung und vorzeitige Ankäufe von Rohstoffen für den Friedensbedarf herbeigeführt worden ist. Um dem zu steuern, ist im Januar 1916 durch Verordnung des Bundesrats der gesamte Devisenhandel ausschließlich in die Hände der Reichsbank sowie einer bestimmten Anzahl deutscher Bankfirmen gelegt worden. Man war sich hierbei darüber klar, daß durch diese Maßregel eine Beeinflussung der Wechselkurse nur innerhalb enggezogener Grenzen zu erreichen ist.

Eine schwere Last ist dem Volke durch die allgemeine Teuerung insbesondere der Lebensmittel auferlegt worden. Sie ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Krieges, und die anderen kriegführenden Länder leiden unter ihr nicht weniger als wir. Sind doch infolge der ungeheuren Steigerung der Schiffsfrachten Getreide und Brot in England teurer als bei uns, obwohl England der Handelsverkehr mit den überseeischen Märkten offensteht. Diese Teuerung muß dort, wo die Getreidepreise im Frieden um den Betrag des deutschen Getreidezolles billiger als bei uns waren, noch schwerer als in Deutschland empfunden werden. Die Preissteigerungen erreichten bei uns im Oktober ihren Höhepunkt. Dann hat die weitere Ausdehnung der Einführung von Höchstpreisen für eine Reihe der wichtigsten Nahrungsmittel einen Preisrückgang herbeigeführt, allerdings nicht ohne daß dazwischen eine merkbare Knappheit auf einigen Marktgebieten zutage trat. Im November ist die Indexziffer des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie in etwa 200 deutschen Ortschaften durchschnittlich von etwa 41,90 auf 38,86 M. zurückgegangen und hat damit wieder den Stand des Monats Juli 1915 erreicht. Im August 1914 hatte die entsprechende Zahl 26,44 betragen.

Ein offizieller Börsenverkehr hat, da die Börse noch nicht wieder eröffnet worden ist, nicht stattgefunden. Dagegen entwickelte sich in den Börsenräumen allmählich ein lebhafter freier Verkehr, an dem sich seit dem Juni 1915 auch die großen Berliner Banken wieder beteiligten. Der Grundton der Börse ist immer zuversichtlich gewesen. Der Prolongation der seit Kriegsausbruch noch nicht abgewickelten Zeitgeschäfte wurde im November ein Ende gemacht. Die Liquidation fand statt auf Grund von offiziell bekanntgemachten, den Notierungen im freien Verkehr entsprechenden Liquidationskursen, die zum größten Teil höher lagen als die letzten Friedenskurse. Die Abwicklung ging ohne Schwierigkeiten vor sich, so daß ein von den Berliner Bankfirmen gebildetes Hilfssyndikat überhaupt nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. ein Beweis für die gesunde Verfassung der am Börsenverkehr beteiligten Kreise. Zur Wiederherstellung des amtlichen Börsenverkehrs haben sich Regierung und Börsenvorstand bisher noch nicht entschließen können. Eine Ausnahme ist im laufenden Jahre nur in bezug auf die Wechselkurse gemacht worden, die seit der Neuordnung des Devisenhandels täglich festgestellt und bekanntgemacht werden.

Die Emissionstätigkeit der Banken hat sich im wesentlichen auf die Vermittlung der Zeichnungen und Zahlungen für die Kriegsanleihen beschränkt, deren Beträge ja so hoch waren, daß sie dem Anlagebedürfnis des neugebildeten Kapitals auch in Friedenszeiten vollkommen genügt hätten, und deren hohe Verzinsung sie auch zu einem beliebten Anlagepapier machten. In unserem Jahresbericht für 1914 ist der Abschluß einer 5 % bulgarischen Anleihe im Betrage von 500 Millionen Francs erwähnt worden, auf welche dem von uns geführten Konsortium bis zum Jahre 1917 zwei Optionen von je 250 Millionen Francs zustanden. Die eine Option ist im August 1915 ausgeübt, die öffentliche Emission dieses Betrages aber auf eine spätere Zeit verschoben worden. Unsere bereits im vorigen Geschäftsbericht ausgesprochene Erwartung, die mit diesem Geschäft geknüpften engeren Beziehungen zwischen Deutschland u. Bulgarien würden im Laufe der Zeit eine weitere Ausgestaltung erfahren, hat eine glänzende Erfüllung zunächst nach der militärisch-politischen Seite gefunden. Die deutsch-bulgarische Bundesgenossenschaft und die gemeinschaftlich vollzogene Eroberung Serbiens haben aber schon jetzt durch die Wiederherstellung einer ungestörten Bahnverbindung mit Bulgarien der wirtschafts-politischen Annäherung der beiden verbündeten Staaten eine feste Grundlage und die Gewißheit einer ferneren stetigen Entwicklung gegeben.

Im Juni des Jahres 1915 ist wiederum der verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie zur Stärkung ihrer Valuta unter unserer Mitwirkung und Führung eine Schatzschein-Anleihe von 500 Millionen Mark gewährt worden, von denen 305 Millionen auf Oesterreich und 195 Millionen auf Ungarn entfallen.

Die Tätigkeit der Banken hat sich ungefähr in demselben Rahmen bewegt wie in der zweiten Hälfte des Jahres 1914 nach dem Kriegsausbruch. Der Betrieb war durch die Einschränkung des Emissionsgeschäfts und bis zum Juni auch durch das Fortfallen des Börsengeschäfts auf diesen Gebieten zu großer Stille verurteilt. Die Teilnahme der großen Banken am freien Börsenverkehr seit dem Juni 1915 brachte dann in der zweiten Hälfte des Jahres eine gewisse Belebung dieser Geschäftstätigkeit, die sich aber im Vergleich zu normalen Zeiten doch immer nur in sehr engen Grenzen hielt. Dagegen war der Verkehr im Kredit- und Wechselgeschäft überaus lebhaft. Bereitwillig haben die Banken wieder ihre Kräfte in den Dienst der Kriegsorganisation unserer Volkswirtschaft gestellt und insbesondere, wie vorhin bereits erwähnt, bei der Errichtung und Verwaltung einer großen Zahl von Unternehmungen mitgewirkt, bei denen während der Kriegszeit der Großhandel in gewissen Rohstoffen zusammengefaßt ist.

Leider ist es uns auch im Berichtsjahre verwehrt gewesen, mit unserer Niederlassung in London in Verkehr zu treten. Wir haben daher auch diesmal davon absehen müssen, den Vermögensstand dieser Niederlassung bei der Aufmachung unserer Bilanz zu berücksichtigen, haben vielmehr wiederum nur den Saldo eingestellt, der sich aus unseren Büchern für unser Rechnungsverhältnis mit ihr ergab. Ebenso konnte aus diesem Grunde ein Erträgnis der Londoner Niederlassung in die Gewinn- und Verlustrechnung nicht eingestellt werden. Dagegen hat unsere Antwerpener Niederlassung eine erfolgreiche Tätigkeit aufnehmen können.

Bei der Bewertung unserer Aktiva haben wir auf die durch die Kriegslage geschaffenen Veränderungen gebührende Rücksicht genommen und ihnen insbesondere bei der Bewertung unserer dauernden Beteiligungen Rechnung getragen, welche, trotzdem ihr Bestand nahezu derselbe geblieben ist, einen geringeren Nutzen abgeworfen haben.

Wurden hierdurch die Erträgnisse des Effektenkontos wiederum ungünstig beeinflußt, so weisen die Erträgnisse des laufenden Bankverkehrs eine besonders günstige Entwicklung auf und haben uns in den Stand gesetzt, die Ausfälle des Emissions- und Börsenverkehrs zu decken. Im Zusammenhang mit der Kriegswirtschaft hat sich auf der einen Seite die Summe der Kreditoren, auf der anderen Seite der Betrag unserer Guthaben und Wechselbestände in außergewöhnlicher Weise erhöht.

Die Verschmelzung der Disconto-Gesellschaft mit dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein ist in der beabsichtigten Weise zu vollständiger Durchführung gelangt. Im Zusammenhang mit diesem Anschluß steht die im Berichtsjahr vollzogene Angliederung der Rheinischen Bank in Essen. Die Niederlassung der Rheinischen Bank in Essen ist mit unserer dortigen Filiale verbunden, die in Mülheim-Ruhr in eine neue Niederlassung und die in Hattingen in eine Zweigstelle unserer Gesellschaft verwandelt worden, während die Niederlassungen in Duisburg, Duisburg-Meiderich, Dinslaken und Hamborn auf den A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. übergeleitet worden sind. Wir versprechen uns hiervon eine wesentliche Erweiterung des Geschäftsbetriebes, namentlich unserer Filiale in Essen. Von der in Liquidation getretenen Mittelrheinischen Bank in Duisburg übernahmen wir deren Niederlassungen in Koblenz und Metz, die wir in Niederlassungen unserer Gesellschaft umwandelten.

Unter besonders erschwerenden Umständen haben während des Krieges die von deutschen Banken gegründeten Ueberseebanken arbeiten müssen. Der Verkehr mit den Niederlassungen in Amerika und Asien war unregelmäßig und stark behindert; ihre Geschäftstätigkeit hatte unter den Wirren des Krieges zu leiden. Gleichwohl ist es von den uns nahestehenden Banken der Brasilianischen Bank für Deutschland gelungen, ein günstiges Resultat zu erzielen; sie konnte für das Jahr 1914/15 einen Gewinn von 8% gegen 6% im vorhergehenden Jahre verteilen. Die Bank für Chile und Deutschland hat von der Verteilung einer Dividende für das Jahr 1914 Abstand genommen und ihren Gewinn zur inneren Stärkung verwandt. Mit befriedigendem Erfolge haben diejenigen Niederlassungen der Deutsch-Asiatischen Bank, die sich nicht in Feindeshand befinden, gearbeitet; doch ist es der Bank erst jetzt möglich geworden, einen Abschluß für das Jahr 1914 zu veröffentlichen, da sie die dazu erforderlichen Angaben nur von einem Teil ihrer Filialen erhalten konnte. Sie bringt die Ausschüttung eines Gewinnes von 5% in Vorschlag. Die Deutsche Afrika-Bank, die ihr Hauptarbeitsgebiet in Deutsch-Südwestafrika hat, ist dagegen nicht in der Lage gewesen, einen Abschluß für 1914 bekanntzugeben.

Die durch Einberufung zahlreicher Beamten zu den Fahnen erzeugten Schwierigkeiten für den ordnungsmäßigen Betrieb unseres Bankgeschäfts bestanden im Jahre 1915 in erhöhtem Maße fort, so daß wir uns trotz der hingebenden Arbeit unserer daheimgebliebenen Beamten und trotz Einstellung einer großen Zahl weiblicher Arbeitskräfte veranlaßt sahen, einzelne Zweigstellen und Wechselstuben bis auf weiteres zu schließen und ihren Geschäftsbetrieb mit anderen unserer Kassen zu verbinden. Ebenso waren wir genötigt, den Geschäftsverkehr unserer sämtlichen Wechselstuben zeitlich zu verkürzen.

Dem Rufe zu den Fahnen sind bis jetzt 1483 Beamte gefolgt, von denen 279 das Eiserne Kreuz oder andere Kriegsauszeichnungen erhalten haben. Den Tod fürs Vaterland sind während der Kriegszeit 152 Beamte gestorben. Ein Verzeichnis dieser Tapferen, deren Andenken wir stets in Ehren halten, und deren Namen den kommenden Geschlechtern an sichtbarer Stelle in unserer Bank auf einer Ehrentafel verkündet werden sollen, ist diesem Berichte beigefügt.

Die außerordentlichen Aufwendungen für die im Felde stehenden Beamten und ihre Familien haben im abgelaufenen Jahre eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Die Ausgaben für diese Zwecke betragen mehr als das Doppelte wie im Jahre 1914 und überschreiten den Betrag von 2,1 Millionen Mark. Außerdem sahen wir uns veranlaßt, unseren Beamten mit geringerem Einkommen Gehaltszulagen und andere Vergünstigungen zu gewähren.

Unter den in der Bilanz ausgewiesenen Stiftungen hat die Schoeller-Stiftung wiederum durch eine hochherzige Zuwendung der Frau Geheimrat Schoeller einen namhaften Zuwachs erfahren, für den wir der Geberin auch an dieser Stelle unseren Dank aussprechen.

Der Abschluß gestattet die Verteilung eines **Gewinnes** von 8½% auf das Kommanditkapital von 300 000 000 ℳ.

Der **Rohgewinn** beläuft sich einschließlich des Gewinnvortrages aus 1914 von ℳ 1 234 080,85 auf	ℳ	49 636 299.27
Hiervon sind abzusetzen die Verwaltungskosten, Steuern usw. mit	„	16 861 779,87
und Verlust auf Wertpapiere	„	2 595 163,81
Von verbleibenden	ℳ	30 179 355,59
werden als Gewinnanteil von 8½% auf die Kommandit-Anteile, sowie als Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats verwendet .	ℳ	28 271 052.64
für Talonsteuer zurückgestellt .	„	372 857,15
an die David Hansemannsche Pensionskasse für die Angestellten der Gesellschaft überwiesen .	„	300 000,—
und auf neue Rechnung übertragen	„	1 235 445,80
	ℳ	30 179 355,59

Das **Kommanditkapital** mit ℳ 300 000 000, die **Allgemeine Reserve** mit ℳ 94 975 000 und die nach Art. 9 des Statuts gebildete **Besondere Reserve** mit ℳ 24 000 000 sind unverändert geblieben. Beide Reserven zusammen betragen ℳ 118 975 000 und bedürfen keiner weiteren Zuweisung.

Unser Bankgebäudekonto, das unsern Grundbesitz in Berlin, London, Bremen, Coblenz, Frankfurt a. M., Mainz, Frankfurt a. O., Essen, Hattingen und Mülheim (Ruhr) umfaßt, stellt sich auf ℳ 21 743 377,41, nachdem ihm ℳ 792 555,61 für die von der Rheinischen Bank und der Mittelrheinischen Bank übernommenen Bankgrundstücke abzüglich ℳ 220 000 noch darauf lastender Hypotheken zugeschrieben worden sind.

Das für unseren Bankbetrieb nicht benötigte bisherige Bankgebäude des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins in Berlin, das bei der Verschmelzung auf uns übergegangen ist, erscheint in der Bilanz unter den sonstigen Liegenschaften. Ebendaselbst sind die bei der Fusionmit der Rheinischen Bank auf uns übergegangenen Liegenschaften, welche wir für unseren Bankbetrieb nicht benötigen, mit ℳ 2 006 029,49 verbucht worden.

Wir beantragen, der **Pensionskasse** aus dem Jahresgewinn wiederum einen Betrag von ℳ 300 000 zu überweisen, infolge deren die Kasse mit einem Bestande von ℳ 5 062 884,69 abschließen wird.

Die von uns für die Versicherung unserer Angestellten bei dem Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (a. G.) aufgewendeten Beträge sind in gewohnter Weise unter den Verwaltungskosten gebucht.

Im **Wechselverkehr** betrugen der Umsatz ℳ 7544164-560,96 (1914: ℳ 5460 963 433,58), die Zahl der Wechsel 861 598 (1914: 1 253 480), der Durchschnittsbetrag eines Wechsels ℳ 8756,01 (1914: ℳ 4356,64). Am 31. Dezember 1915 beliefen sich die Bestände an Wechseln auf ℳ 628 964 293,34 (1914: ℳ 361 632 011,90).

Die Umsätze in unverzinslichen Schatzanweisungen sind in dem Wechselverkehr einbegriffen.

Der Reinertrag aus dem **Kurswechsel- und Couponsverkehr** nach Abzug der auf Zinsen-Konto übertragenen Zinsen belief sich auf ℳ 2 279 372,04 gegen ℳ 2 185 143,90 in 1914.

Der **Verkehr in Wertpapieren,** in dem auch die verzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten einbegriffen sind, im Kommissionsgeschäft, für Konsortial- und eigene Rechnung betrug ℳ 2 651 996 233,01 (1914: ℳ 2 630 746 112,92), wovon auf die dem Wertpapierverkehr zugerechneten Coupons und ausländischen Noten ein Umsatz von ℳ 604 280 418,80 (1914: ℳ 600 744 671,10) entfiel.

Es betrug der Bestand an eigenen Wertpapieren ℳ 44 018 350,78 gegen ℳ 39 036 459,47 in 1914, an Konsortial-Beteiligungen ℳ 52 092 982,64 gegen ℳ 60 765 690,56 in 1914, zusammen ℳ 96 111 333,42 gegen ℳ 99 802 150,03 in 1914.

Der Bestand an verkauften, erst nach dem 31. Dezember 1915 abzuliefernden Wertpapieren (Reports) und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere betrug ℳ 119 207 310,82 gegen ℳ 109 038 943,48 im Vorjahre. Das Konto umfaßt auch die unserer Kundschaft zum Zwecke der Zeichnung deutscher Kriegsanleihe unter Verpfändung der letzteren gewährten Vorschüsse.

Aus dem Effektengeschäft, aus den eigenen Wertpapieren und aus den Konsortialgeschäften konnten wir auch in diesem Jahre aus den im vorjährigen Geschäftsbericht angegebenen Gründen einen Gewinn nicht in Rechnung stellen, vielmehr weist das Konto bei vorsichtiger Bewertung und nach Abzug der auf Zinsenkonto übertragenen Zinsen einen Verlust auf von ℳ 2 595 163,81 gegen ℳ 2 121 811,84 im Vorjahre.

Wir übernahmen u. a. folgende Wertpapiere oder beteiligten uns an deren Uebernahme durch eine Gemeinschaft:

Aktien.

Neue Aktien der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft — Neue Aktien der Dynamit-Act.-Ges. vormals Alfred Nobel & Co. — Neue Aktien der Ludw. Loewe & Co. Aktiengesellschaft — Aktien der Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A. G.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Anteile der Baumwoll Import-Gesellschaft 1915 m. b. H. — Anteile der Deutsch-Orientalischen Handelsgesellschaft m. b. H. — Anteile der Lager- und Speditions-Ges. m. b. H.

Die Otavi-Minen und Eisenbahn-Gesellschaft vermag zur Zeit noch nicht zu übersehen, wie sich ihr Geschäftsbetrieb während des Berichtsjahres unter der fortdauernden Einwirkung des Weltkrieges und der durch ihn bekanntlich herbeigeführten Okkupation unseres südwestafrikanischen Schutzgebiets durch feindliche Uebermacht gestaltet hat. Soweit von dort Nachrichten überhaupt hierher gelangt sind, ist die Bahn zwischen Swakopmund und Tsumeb, die nach ihrem Uebergang in das Eigentum des Reiches von der Gesellschaft pachtweise betrieben wird, in feindlichen Besitz und Betrieb geraten, wogegen der Betrieb der Kupferbergwerke in Tsumeb und Umgegend nach wie vor durch Kräfte der Gesellschaft aufrechterhalten wird. Beim Fehlen irgendwelcher genauen Angaben über diese Verhältnisse hat sich die Gesellschaft von der Verpflichtung zur Vorlegung einer Bilanz für das Geschäftsjahr 1914/15 bis auf weiteres durch die Reichsregierung entbinden lassen müssen.

Auch die Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft ist von der Aufstellung und Vorlegung der Bilanz für das Jahr 1914 von dem Reichskanzler befreit worden. Die Eisenbahn und Bergbauanlagen sind von den Japanern besetzt. Der Betrieb der Eisenbahn wird von der Südmandschurischen Eisenbahn-Gesellschaft geführt; für Rechnung der japanischen Regierung werden auch die Kohlengruben in Hungschan betrieben, während die Förderung der Fangtsegruben und des Erzbergwerks in Chinlinchen eingestellt ist.

Bei der Großen Venezuela Eisenbahn-Gesellschaft hat die Betriebseinnahme des abgelaufenen Jahres trotz des im Lande merklichen Druckes der europäischen Kriegswirren einen nur geringen Rückgang erfahren. Andererseits haben sich aber bei den Betriebsausgaben Ersparnisse erzielen lassen, so daß sich das Jahresergebnis ungefähr auf der Höhe des vorjährigen halten und wiederum eine Dividende von 3% in Betracht kommen wird.

Ueber die Lage der Plantagen der Neu Guinea Compagnie im Schutzgebiete ist wenig bekannt geworden. Es soll eine größere Dürre geherrscht haben. Im übrigen liegen keine Nachrichten vor, die zu Befürchtungen Anlaß bieten könnten.

Unseren gesamten Besitz an Aktien und Genußscheinen der Zinkhütten- & Bergwerks-Aktiengesellschaft vorm. Dr. Lowitsch & Co. in Kattowitz konnten wir im Berichtsjahr mit Gewinn gegen den Buchwert veräußern.

In dem Bestande unserer **Niederlassungen.** Zweigstellen und Wechselstuben haben im Zusammenhange mit der Uebernahme des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins und der Rheinischen Bank wie auch der Liquidation der Mittelrheinischen Bank die bereits erwähnten Veränderungen stattgefunden.

Die Niederlassungen in Frankfurt a. M., Bremen, Mainz, Essen, Saarbrücken, Metz, Mülheim (Ruhr), Coblenz und Antwerpen, sowie die Zweigstellen in Wiesbaden, Höchst a. M., Bad Homburg v. d. H., Hattingen, Potsdam, Frankfurt a. O., Offenbach a. M., Cüstrin, Cöpenick und Oranienburg, sowie die Wechselstuben in Berlin nebst Vororten und in Frankfurt a. M. weisen für das Berichtsjahr günstige Ergebnisse auf. Geschlossen worden sind inzwischen aus den oben angegebenen Gründen die Zweigstellen in Oranienburg und Höchst sowie zwei Wechselstuben in Berlin. Die Zahl der Wechselstuben beträgt zur Zeit in Berlin und Vororten 34, in Frankfurt a. M. 3.

Die Norddeutsche Bank in Hamburg wird auf ihr in unserem Besitz befindliches Aktienkapital von 60 Millionen Mark für das Jahr 1915 einen Gewinn von 8½% verteilen, der in unserer diesjährigen Gewinnrechnung erscheint.

Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein Aktiengesellschaft in Cöln wird auf sein in unserem Besitze befindliches Aktienkapital von 100 Millionen Mark für das Jahr 1915 einen Gewinn von 5% zur Verteilung bringen, der ebenfalls in unsere diesjährige Gewinnrechnung eingestellt ist.

Der Gewinn aus der dauernden Beteiligung an anderen befreundeten Banken enthält die im Jahre 1915 vereinnahmten Erträgnisse für das Geschäftsjahr 1914 bezw. 1914/15, und zwar erzielten:

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 6%. — Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G. 5%. — Bayerische Disconto- und Wechsel-Bank A.-G. 5%. — Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp Aktiengesellschaft 8%. — Stahl & Federer Aktiengesellschaft 6%. — Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft A.-G. 4%. — Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. 5%. — Magdeburger Bank-Verein 5%. — Oberlausitzer Bank in Zittau 7%. — Geestemünder Bank 8%. — Brasilianische Bank für Deutschland 8%. — Banca Generală Română 12%. — Kreditna Banka in Sofia 5%. — Compagnie Commerciale Belge anciennement H. Albert de Bary & Co. in Antwerpen 6% für die bevorrechtigten Aktien und 5% für die Stammaktien.

Die Compagnie Commerciale Belge anciennement H. Albert de Bary & Co. Société Anonyme, Antwerpen, wird für 1915 einen Gewinn von 6% auf ihre bevorrechtigten und von 7% auf ihre Stammaktien und Frs. 6 für jeden Genußschein zur Verteilung bringen; ein besonders befriedigendes Ergebnis angesichts der durch den Krieg herbeigeführten Erschwerung des Geschäftsverkehrs dieser Firma.

Die Summe der Beteiligungen an diesen Banken belief sich Ende 1915 auf ℳ 58 438 732,95 gegen ℳ 61 671 306,63 Ende 1914. Die auf sie für das Geschäftsjahr 1914 bezw. 1914/15 entfallenden und im Berichtsjahre vereinnahmten Gewinnanteile betragen ℳ 2826 571,66 gegen ℳ 3435 544,10 im Vorjahre.

Der Bestand der **Einlagen auf provisionsfreier Rechnung** betrug am Schlusse des Berichtsjahres ℳ 632 631 974,79 gegen ℳ 401 007 606,17 am Schlusse des Jahres 1914.

Der **Kontokorrentverkehr** hatte folgende Ergebnisse:

	1915	1914
Debitoren am Schlusse des Jahres	ℳ 477 296 076,23	ℳ 427 848 839,52
Kreditoren am Schlusse des Jahres	ℳ 630 146 300,69	ℳ 404 674 365,98

Der Umschlag im gesamten Kontokorrentverkehr, einschließlich der Einlagen auf provisionsfreier Rechnung, betrug ℳ 48 610 679 644,17 gegen ℳ 49 059 587 571,84 im Jahre 1914.

Die Zahl der laufenden Rechnungen betrug am Schlusse des Jahres 1915 72 215 gegen 62 734 im Jahre 1914. Von diesen Rechnungen waren mit Wertpapier-Hinterlegung verbunden am Schlusse des Jahres 1915 44 154 gegen 35 246 im Jahre 1914.

Die in den Passiven aufgeführten **Akzepte und Schecks** betrugen ℳ 100 828 773,95 gegen ℳ 152 680 230,17 im Jahre 1914.

Die **Aval- und Bürgschaftsforderungen**, denen der gleiche Betrag von **Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen** gegenübersteht, beliefen sich am 31. Dezember 1915 auf ℳ 77 031 830,71 gegen ℳ 57 634 311,66 in 1914.

Diskont- und Zinsen-Konto ergaben einen Ertrag von ℳ 22 966 122,53 im Jahre 1915 gegen ℳ 18 142 176,54 im Jahre 1914.

Die erworbene **Provision** stellte sich auf ℳ 10 229 867,19 gegen ℳ 10 099 580,63 im Vorjahre.

Der **Umschlag der Kassen** betrug ℳ 23 310 624 007,21 gegen ℳ 18 612 740 243,16 im Vorjahre, der **Gesamtumschlag** (von **einer** Seite des Hauptbuches) ℳ 53 692 532 763,57 gegen ℳ 54 800 916 398,43 im Vorjahre.

Der Beteiligung von ℳ 60 000 000 an dem Kommandit-Kapital der Norddeutschen Bank in Hamburg steht ein Gesamtumsatz dieser Bank von ℳ 12 402 302 847,97 von einer Seite des Hauptbuches gegen ℳ 17 943 881 143,68 im Vorjahre gegenüber. Der Beteiligung von ℳ 100 000 000 an dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Cöln steht ein Gesamtumsatz dieser Bank von ℳ 13 518 163 000 von einer Seite des Hauptbuches gegen ℳ 20 797 739 608 im Vorjahre gegenüber. Dem Gesamt-Kapital der Disconto-Gesellschaft entspricht im Jahre 1915 also ein Gesamtumschlag von ℳ 79 612 998 611,54 von einer Seite des Hauptbuches gegen ℳ 93 542 537 150,11 im Vorjahre. Die von den drei Banken zusammen vereinnahmte Provision stellt sich auf ℳ 16 597 846,45 gegen ℳ 17 355 212,12 im Vorjahre.

Berlin, im März 1916.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber

Dr. Salomonsohn. Schinkel. Dr. Russell.
Urbig. Dr. Solmssen. Waller. Dr. Mosler.
Dr. Fischer. Schlieper.

Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank.

Die Aktionäre der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank werden hiermit zu der am

Dienstag, den 18. April 1916, vormittags 11 Uhr,

in unserem **Banklokal** zu **Frankfurt a. M.** stattfindenden

General-Versammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das **dreiundvierzigste,** sich vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1915 erstreckende Geschäftsjahr;
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Jahres-Rechnung und der Bilanz, sowie Antrag auf Genehmigung des Rechnungsabschlusses und Erteilung der Entlastung für den Vorstand und den Aufsichtsrat;
3. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung;
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Gemäß § 26 der Statuten haben Aktionäre, welche an der General-Versammlung teilnehmen wollen, bis spätestens am **13. April 1916** ihre Aktien bei unserer Gesellschaft oder einem deutschen Notar zu hinterlegen und letzterenfalls den die Nummern der Aktien enthaltenden Hinterlegungsschein des Notars bis spätestens am **15. April 1916** uns in Verwahrung zu geben. Die Aktionäre empfangen dagegen die Eintrittskarte zur General-Versammlung und werden die hinterlegten Aktien nach der General-Versammlung gegen Rückgabe der Hinterlegungsscheine wieder ausgeliefert. Die Formulare der Hinterlegungsscheine, welche in doppelter Ausfertigung einzureichen sind, werden in unserem Banklokale ausgegeben.

Frankfurt a. M., den 21. März 1916. [6379

Der Vorstand
der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank.
Hahn. Herzberg.

4% Anleihe der Schiff- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Germania“ jetzt Fried. Krupp Aktiengesellschaft Germaniawerft in Kiel-Gaarden.

Die am **1. April 1916** fälligen Zinsscheine dieser Anleihe werden vom Fälligkeitstag ab eingelöst

in **Kiel** bei der **Hauptkasse** von **Fried. Krupp Aktiengesellschaft Germaniawerft,**

in **Essen** bei der **Hauptkasse der Fried. Krupp Aktiengesellschaft,**
Essener Credit-Anstalt,
Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Essen,

in **Berlin** bei der **Dresdner Bank,**
Berliner Handelsgesellschaft, [6373
Deutschen Bank,
Direction der Disconto-Gesellschaft,
dem Bankhause **Delbrück Schickler & Co.,**

in **Köln** bei dem Bankhause **Deichmann & Co.,**

in **Frankfurt a. M.** bei der **Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,**
Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M.
Direction der Disconto-Gesellschaft.

Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1915

Das Wirtschaftsleben Deutschlands hat auch im verflossenen Jahr trotz der durch den Krieg veränderten Verhältnisse seinen geregelten Fortgang genommen, und die Lebhaftigkeit des Verkehrs hat, obgleich die Versorgung mit den nötigen Arbeitskräften und gewissen Rohstoffen nicht immer ohne Schwierigkeiten möglich war, im Durchschnitt eher noch zugenommen. Wenn auch in einzelnen Gewerbezweigen, wie etwa der Textil-Industrie, dem Baugewerbe, der Zement-Industrie, dem Kalibergbau, ein Rückgang in Auftragsbestand und Erzeugung eingetreten ist, so sind andere Industrien in wachsendem Maße beschäftigt. Kohlenbergbau, Eisen- und Stahlindustrie zeigen steigende Produktionsziffern; nicht nur die Munitions- und Waffenfabriken, sondern auch zahlreiche Unternehmungen der Schwer- und Maschinenindustrie und andere haben Neubauten errichtet und Betriebserweiterungen vorgenommen; die Beschäftigung übertrifft in zahlreichen Fällen weit die Friedenszahlen und bleibt in vielen anderen kaum dahinter zurück. Dem gesteigerten Umsatz entsprechen, soweit die bis jetzt veröffentlichten Abschlüsse solcher Gesellschaften erkennen lassen, die Gewinnergebnisse. Der Umfang der gesamten gegenwärtigen industriellen Erzeugung kann zwar ziffernmäßig nicht genau bestimmt, aber doch als ein überraschend großer und mit Rücksicht auf die Kriegszeit außergewöhnlich günstiger bezeichnet werden. Der Anpassungs- und Leistungsfähigkeit von Handel, Industrie und Landwirtschaft, wie sie in gleichem Maße bis jetzt kein anderes kriegführendes Land aufweist, verdanken wir unsere wirtschaftliche Stärke. Sie bildet eine wesentliche Grundlage für die erfolgreiche Durchführung des Krieges. Daneben sorgt eine bis ins einzelne ausgearbeitete Organisation für sparsamen und zweckmäßigen Verbrauch der Rohstoffvorräte, für ihre planmäßige Ergänzung und in vielen Fällen für den Ersatz früher aus dem Ausland bezogener Stoffe durch heimische Erzeugnisse. Die Versorgung mit Lebensmitteln in ausreichendem Maße ist trotz der außerordentlichen Erschwerung der Einfuhr und trotz einer nicht besonders günstigen Ernte durch die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft ermöglicht.

Unsere Auffassung von den wirtschaftlichen Kräften Deutschlands im Kriege haben wir in einer unter diesem Titel veröffentlichten kleinen Schrift, in der wir die wichtigsten wirtschaftlichen Zahlen im Vergleich mit den entsprechenden für England und Frankreich zusammengestellt haben, zum Ausdruck gebracht. Die Schrift hat, wie eine in früheren Jahren veröffentlichte ähnliche Arbeit, großen Anklang gefunden.

Der Geldmarkt war während des ganzen Jahres in günstiger Verfassung und zeigte, abgesehen von vorübergehenden Unterbrechungen im Zusammenhang mit den Einzahlungen auf die zweite und dritte Kriegsanleihe, eine große Flüssigkeit. Diese Erscheinung erklärt sich daraus, daß die Ausgaben für den staatlichen wie für den privaten Verbrauch bis auf einen verhältnismäßig kleinen Prozentsatz im Lande bleiben, daß, während die Friedenswirtschaft das Halten großer Vorräte bedingte und zu einem erheblichen Teil auf Kredit aufgebaut war, Handel und Industrie nicht mehr so große Mittel in Außenständen und Waren festzulegen haben und der Geldumlauf ein beschleunigter ist. Umsatz und Ansammlung von flüssigem Kapital bei den für den Kriegsbedarf direkt oder indirekt arbeitenden Gewerben vollziehen sich daher wesentlich schneller als in Friedenszeit. Hierin liegt auch für die Zukunft ein Vorsprung, den Deutschland vor England und Frankreich hat, die fortdauernd große Summen zur Bezahlung der für sie unentbehrlichen Lebensmittel und Kriegserfordernisse an das Ausland zu senden haben, oder die, um die sofortige Begleichung zu vermeiden, in umfangreichem Maße ausländische Schuldverpflichtungen eingehen müssen.

Die Reichsbank behielt während des ganzen Jahres ihren Diskont von 5% bei. Der Markt für Privatdiskonten war eingeengt und die Nachfrage konnte zeitweise selbst zu Sätzen, die wesentlich unter dem Reichsbankdiskont blieben, nicht voll befriedigt werden. Der Umlauf an Bankakzepten hat sich erheblich verringert; unser eigenes Akzeptkonto belief sich Ende des Jahres nur auf 92,3 Millionen Mark, eine Ziffer, die seit dem Jahre 1896, also zu einer Zeit, als der Umfang unserer Geschäfte weit hinter dem gegenwärtigen zurückblieb, nicht mehr unterschritten worden war.

Das deutsche Banksystem, dem es in Friedenszeiten nicht an heftigen Kritiken gefehlt hat und dem besonders das englische als angeblich vollkommeneres Vorbild hingestellt wurde, hat sich im Kriege durchaus bewährt. Es ist nicht uninteressant zu beobachten, wie gerade jetzt in England der Ruf nach einer Verbesserung des dortigen Banksystems immer häufiger ertönt und dafür unser deutsches Bankwesen als nachahmenswert bezeichnet wird. Die deutschen Banken haben auch im Jahre 1915 ihr Teil zur Förderung des Wirtschaftslebens beigetragen. Von den Zeichnungen der gewerblichen Stände und des Privatpublikums auf die deutschen Kriegsanleihen hat sich ein sehr erheblicher Teil bei unserer Bank mit ihren zahlreichen Filialen, Wechselstuben und den beiden Genossenschaftsabteilungen konzentriert, so daß wir in der Lage waren, auf die bis jetzt untergebrachten drei Kriegsanleihen des Reichs Zeichnungen im Gesamtbetrage von 1,4 Milliarden Mark bei der Reichsbank anzumelden. Trotz dieser großen von unserer Kundschaft in Kriegsanleihen angelegten Beträge wurden die Depositen und Guthaben immer sehr bald wieder durch neue Einlagen ergänzt und haben Ende Dezember ihren höchsten Stand erreicht.

An der Börse ist der amtliche Verkehr noch nicht wieder aufgenommen; an dem dort schon seit langem bestehenden freien Handel haben die Berliner Großbanken zum Zwecke der Durchführung von Käufen und Verkäufen für die Kundschaft erst seit Anfang Juni 1915 teilgenommen. Auf das Provisionserträgnis konnten die daraus erwachsenen beschränkten Umsätze im abgelaufenen Jahr noch keinen nennenswerten Einfluß ausüben.

Der Abschluß der Dresdner Bank ergibt für das Jahr 1915 nach Vornahme erheblicher Abschreibungen und Rückstellungen einen Bruttogewinn von Mark 41 173 690,10 (gegen Mark 40 878 328,95 in 1914). Nach Abzug der Handlungsunkosten und Steuern verbleibt ein Reingewinn von Mark 24 978 615,95 (gegen Mark 23 999 586,25 in 1914), aus dem wir die Verteilung einer Dividende von 6% sowie eine weitere Abschreibung auf Konto-Korrent- und Konsortial-Konto in Höhe von Mark 6 Millionen vorschlagen. Wir können dabei, wie auch in unserem vorjährigen Bericht, die Erwartung aussprechen, daß diese Vorsicht späteren Abschlüssen wieder zugute kommen wird.

Die erzielten Gewinne betragen:

	1915	gegen	1914
auf Sorten und Kupons-Konto	M. 788 693,95	M.	566 076,85
„ Zinsen und Wechsel-Konto	„ 25 927 019,40	„	24 685 660,95
„ Provisions-Konto . .	„ 12 940 932,80	„	13 957 331,60
„ Konto Dauernde Beteiligungen	„ 674 799,90	„	1 880 326,75
„ Effekten- und Konsortial-Konto . . .	— Verlust „		774 967,75

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Zahlen für 1914 ein Halbjahrserträgnis der Londoner Niederlassung enthalten.

Es betrug der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches M. 67 994 254 099,85 (gegen M. 76 667 333 527,95 in 1914), die Zahl der bei der Bank geführten Konten 224 922 (gegen 209 762 in 1914).

Was unsere ausländischen Interessen betrifft, so verweisen wir hinsichtlich unserer Niederlassung in London, über deren Stand uns nach wie vor ziffernmäßige Angaben fehlen, auf das im vorjährigen Bericht Gesagte.

In bezug auf die uns nahestehende Deutsche Orientbank A.-G. liegen über deren ägyptische Niederlassungen zuverlässige Nachrichten immer noch nicht vor, doch glauben wir uns zu der Annahme berechtigt, daß die Abwicklung der dortigen Geschäfte erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die Filialen der Bank in Konstantinopel und Kleinasien haben, soweit sich das Ergebnis des Jahres 1915 bis jetzt übersehen läßt, befriedigend gearbeitet. Immerhin wird dem Institut mit Rücksicht auf das Fehlen zahlenmäßiger Belege über das ägyptische Geschäft die Aufstellung einer Bilanz, von der es auf seinen Antrag behördlicherseits vorerst entbunden wurde, bis auf weiteres nicht möglich sein.

Bei der Deutsch-Südamerikanischen Bank A.-G. lassen die bisher eingelaufenen Meldungen erkennen, daß die überseeischen Niederlassungen nicht unerhebliche Gewinne erzielt haben, doch bleibt es späterer Beschlußfassung vorbehalten, ob und in welcher Höhe die Auszahlung einer Dividende in Vorschlag gebracht werden wird.

Die Zahl unserer Angestellten belief sich am Jahresschluß auf 5967 (gegen 4807 in 1914). In diesen Zahlen sind auch die zu den Fahnen eingezogenen Beamten enthalten, denen bzw. deren Angehörigen wir während des ganzen Jahres einen Teil ihres Gehaltes, der bei Unverheirateten 30%, bei Verheirateten 60% nebst einem entsprechenden Zuschlag für Kinder beträgt, ausgezahlt haben. Den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen haben wir durch Gewährung von Teuerungszulagen Rechnung getragen und die bei uns üblichen Gehaltsaufbesserungen bewilligt. Wir beantragen ferner die unverkürzte Auszahlung der Gratifikationen, für welche in diesem Jahr ein Betrag von Mark 2 750 000 in Betracht kommt. Die ordnungsmäßige Aufrechterhaltung des inneren Betriebes und die Abwicklung der Geschäfte wurde durch die Einberufung einer weiteren großen Zahl unserer Beamten stark beeinträchtigt; wir haben, soweit als möglich, durch Einstellung männlicher und weiblicher Hilfskräfte Abhilfe zu schaffen gesucht, jedoch eine Einschränkung der Geschäftszeit bei unseren Depositenkassen nicht vermeiden können und sogar einzelne von ihnen in der Provinz schließen müssen. Im Interesse des Verkehrs mit unserer Kundschaft bedauern wir sehr diese Einschränkung, wir müssen jedoch, falls weitere Einberufungen erfolgen, auf diesem Wege fortschreiten.

Wiederum hat eine große Zahl unserer Mitarbeiter, deren Namen wir zu Beginn dieses Berichtes aufgeführt haben, im verflossenen Kriegsjahr den Heldentod gefunden. Wir bewahren ihnen allen ein ehrendes Gedenken und beabsichtigen, nach Beendigung dieses Weltkrieges an geeigneter Stelle in unserem Bankgebäude die Namen unserer Mitarbeiter, die im Kampf für das Vaterland gefallen sind, auf eherner Tafel für alle Zukunft festzuhalten.

Nachstehend die üblichen Erläuterungen über die einzelnen Positionen der Bilanz:

Kassa-, Kupons-, Sorten-Konto und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken.

Bestand am 31. Dezember 1914 . .		M.	98 928 605,50
Eingang		„	18 557 782 062,90
		M.	18 656 710 668,40
Ausgang		„	18 517 616 246.05
Es ergab sich demnach für den am 31. Dez. 1915 verbliebenen Bestand ein Saldo von		M.	139 094 422,35
laut Bilanz: Kassa, Kup. u. Sorten	M. 43 477 701.45		
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken . . .	„ 96 405 414,85	„	139 883 116,30
mithin Gewinn aus Kupons- und Sorten-Konto		M.	788 693,95

Wechsel- und Zinsen-Konto.

Das Konto ergab einschließlich des Kursgewinnes auf Devisen einen Gewinn von		M.	25 927 019,40
Im Bestande verblieben am 31. Dezember 1915 Stück 26425 Wechsel im Betrage von		M.	353 086 269,45
und zwar	M. 342 882 908,30	in unverzinslich. Schatzanweis. d. Reiches und der Bundesstaaten u. in Wechseln auf deutsche Plätze	
	„ 10 203 361.15	in fremd. Valut.	
	zus. M. 353 086 269,45		

Die Diskontrate der Reichsbank stellte sich im Jahresdurchschnitt auf 5% gegen 4,89% in 1914 und 5,887% in 1913.

Effekten-Konto und dauernde Beteiligungen.

Bestand am 31. Dezember 1914 . . .		M.	90 540 567,40
Eingang		„	2 475 014 395,40
		M.	2 565 554 962.80
Ausgang		„	2 462 683 143,75
Es ergab sich demnach für den am 31. Dezember 1915 verbliebenen Bestand ein Saldo von		M.	102 871 819,05
laut Bilanz im Werte von		„	103 546 618,95
so daß ein Mehr verbleibt von . . .		M.	674 799,90

das das Erträgnis aus unseren dauernden Beteilig. an andern Banken darstellt.

Eigene Effekten waren am 31. Dez. 1915 vorhanden:

a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	M.	33 487 367,75
b) sonstige bei der Reichsbank und andern Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	„	3 347 525,45
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	„	24 909 401,65
d) sonstige Wertpapiere	„	3 297 181,80
	M.	65 041 476,65

Unter den vorstehenden Effekten befinden sich insgesamt ca. M. 48 000 000.— festverzinsliche Werte.

Dauernde Beteiligungen bei andern Banken:	M.	38 505 142,30

Auf dem Konto der dauernden Beteiligungen bei andern Banken sind, entsprechend der bisherigen Uebung, die Dividenden pro 1914 verrechnet. Die Erträgnisse haben sich durch den Dividendenausfall bei unserer Beteiligung an Aktien der Rheinischen Bank, der Märkischen Bank, der Deutschen Orientbank, der Deutsch-Südamerikanischen Bank und der Banque J. Allard & Cie. wesentlich vermindert. Die Märkische Bank wird für das Geschäftsjahr 1915 eine Dividende von 4% verteilen.

Im Berichtsjahre haben wir unsern Besitz an Rheinischen Bankaktien verkauft und dagegen unser Interesse an der Deutsch-Südamerikanischen Bank vergrößert.

Report- und Lombard-Konto: Bestand am 31. Dezember 1915 .	M.	149 531 807,70

Die Erhöhung gegen das Vorjahr beruht auf der Zunahme der Beleihung mündelsicherer Wertpapiere und auf unsererseits im voraus geleisteten, von der Kundschaft erst im Jahre 1916 bewirkten Einzahlungen auf die dritte Kriegsanleihe.

Konsortialbeteiligungs-Konto.

Auf unsere Mitwirkung bei der Ausgabe der 2. und 3. Kriegsanleihe und der 5% Reichs-Kriegsschatzanweisungen haben wir bereits an anderer Stelle hingewiesen. Im übrigen sind folgende

Konsortialbeteiligungen

zu erwähnen:

Vorschuß an die Stadt Lodz.
Bulgarische Schatzscheine,

Neue Aktien der Aktiengesellschaft Braunkohlenwerke Möncheberg, Cassel,
Neue Aktien der Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals H. Scheidemandel, Berlin,
Neue Aktien der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft,
Aktien der Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft, Dresden,
Aktien der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft, Berlin,
Neue Aktien der Ludw. Loewe & Co. Actiengesellschaft,
Neue Aktien der Munitionsmaterial- und Metallwerke-Hindrichs-Auffermann Aktien-Gesellschaft, Beyenburg-Wupper,
Neue Aktien der Sächsischen Waggonfabrik Werdau Aktiengesellschaft, Werdau,
Neue Aktien der Wallendorfer Kohlenwerke Aktiengesellschaft.

Von Geschäften aus früheren Jahren nennen wir als abgewickelt die Beteiligungen von:
5% Obligationen der Gebr. Körting Aktiengesellschaft,
Neue Aktien der Bremen-Besigheimer Oelfabriken,
Aktien der Kopenhagener Straßenbahn-Aktiengesellschaft,
Neue Aktien der Joh. C. Tecklenborg A.-G., Schiffswerft und Maschinenfabrik.

Unser Konsortialbeteiligungs-Kto. zeigt folgende Zusammensetzung:

1.	Neun Beteiligungen an festverzinslichen Werten	M. 17 064 557,20
2.	Zwölf Beteiligungen an Eisenbahn- und Straßenbahn-Unternehmungen-Aktien	„ 8 342 363,55
3.	Zehn Beteiligungen an Bankaktien	„ 3 042 689,25
4.	Zwei Beteiligungen an Versicher.-Gesellschaften	„ 398 745,50
5.	Zwanzig Beteiligungen an Terrains und Terrain-Gesellschaften	„ 8 981 818,85
6.	Sieben Beteiligungen an überseeischen Unternehmungen	„ 2 250 469,90
7.	Sieben Beteiligungen an elektrischen und Kabel-Unternehmungen	„ 3 126 623,75
8.	Fünfzehn Beteiligungen an Bergwerks- u. Hütten-Unternehmungen	„ 6 080 125,90
9.	Zweiunddreißig Beteiligungen an anderweitigen Unternehmungen	„ 10 328 631,80
		M. 59 616 025,70

Konto-Korrent- und Einlagen-Konto.

Bei einem Umsatz im Debet von M. 21 800 426 100,75
betrug derselbe im Kredit „ 22 270 704 076,20
so daß am 31. Dez. 1915 eine Schuld verblieb von M. 470 277 975,45
und zwar laut Bilanz:
M. 65 886 918,50 Nostroguth. bei ersten Banken u. Bankiers,
„ 7 925 427,80 Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiff., hiervon M. 6 414 608,60 gedeckt durch Waren, Fracht- od. Lagersch., M. 222 130,70 gedeckt durch andere Sicherheiten.
„ 648 711 151,05 Debitoren
und zwar: M. 245 272 560,40 in Berlin,
„ 403 438 590,65 bei den Filialen
verteilt auf 36 416 Konten
hiery. M. 311 302 155,80 ged. durch börsengäng. Wertpap.
„ 166 034 712,35 „ „ andere Sicherheiten.

Kreditoren:

a)	Nostro-Verpflichtungen	M. 495 935,05
b)	seitens d. Kundsch. b. Dritten benutzte Kred.	„ 2 719 860,—
c)	Guth. deutsch. Banken u. Bankfirmen	„ 81 832 697,20
d)	Einlagen auf provisionsfreier Rechn.	„ 416 004 013,15

u. zwar in 123 487 Konten innerhalb 7 Tagen fällig M. 257 691 377,75
in 18 674 Konten darüb. hinaus b. z. 3 Mon. fällig „ 104 342 982,15
in 11 013 n. 3 Mon. „ 53 969 653,25

e)	sonstige Kreditoren	M. 691 748 967,40

u. zwar innerh. 7 Tagen fällig M. 427 242 471,40
darüber hinaus bis zu 3 Mon. fällig „ 228 386 192,40
nach 3 Monaten fällig „ 36 120 303,60

Kreditoren c und e verteilt auf 35 332 Konten.

Die Zahl der laufenden Rechnungen (Debitoren und Kreditoren) beträgt 224 922 gegen 209 762 in 1914.

Die Debitoren enthalten erhebliche Vorschüsse an Staats- und Gemeinde-Verbände.

Es wurden gewonnen
an Provision abzügl. gezahlt. Provision. M. 12 940 932,80

Akzept- und Scheck-Konto.

Am 31. Dezember 1914 befanden sich Tratten und Schecks auf uns im Umlauf			M. 146 628 687,50
ferner wurden ausgeschrieben			
auf Berlin	M. 410 941 133,35		
„ uns. Filial.	„ 423 452 019,10		„ 834 393 152,45
			M. 981 021 839,95
Es wurden eingelöst			
in Berlin	M. 429 042 085,15		
bei uns. Filial.	„ 459 665 961,40		„ 888 708 046,55
so daß am 31. Dezember 1915 in Umlauf verblieb.			
auf Berlin	M. 33 822 693,50		
„ uns. Filial.	„ 58 491 099,90		M. 92 313 793,40

Immobilien- und Mobilien-Konto.

1. Bankgebäude.

Auf diesem Konto erscheinen die Bankgebäude

in	Berlin	M.	10 900 000,—
„	Dresden	„	2 576 000,—
„	Frankfurt a. M.	„	2 000 000,—
„	Hamburg	„	2 100 000,—
„	Bremen	„	1 500 000,—
„	Nürnberg	„	1 150 000,—
„	Fürth	„	200 000,—
„	Hannover	„	750 000,—
„	Bückeburg	„	120 000,—
„	Detmold	„	100 000,—
„	Mannheim	„	500 000,—
„	Plauen i. V.	„	350 000,—
„	Chemnitz	„	500 000,—
„	Emden	„	40 000,—
„	Freiburg i. Br.	„	600 000,—
„	Zwickau	„	450 000,—
„	München	„	1 800 000,—
„	Leer	„	75 000,—
„	Cassel	„	550 000,—
„	Zittau	„	150 000,—
„	Augsburg	„	200 000,—
„	Breslau	„	1 500 000,—
„	Gleiwitz	„	55 000,—
„	Liegnitz	„	100 000,—
„	Bunzlau	„	40 000,—
„	Stuttgart	„	687 397,55
„	Heilbronn	„	200 000,—
„	Beuthen, O.-S.	„	200 000,—
„	Lübeck	„	210 000,—
„	Frankfurt a. O.	„	150 000,—
„	Göttingen	„	300 000,—
„	Dresden-Blasewitz	„	170 000,—
„	Harburg a. E.	„	300 000,—
„	Fulda	„	150 000,— M. 30 673 397,55

2. Neubau-Konto.

Neubau bzw. bauliche Veränderungen Breslau, Dresden, Lübeck, Stettin und Stuttgart	M.	340 846,20

3. Verschiedene Immobilien.

Kaiser-Wilhelm-Straße	M.	189 995,45
Verschiedene Grundstücke M. 1 665 525,95	„	1 855 521,40
	M.	32 869 765,15
Unser gesamter Immobilienbesitz ist zurzeit mit	„	1 008 000,—

Hypotheken belastet, deren Abstoßung nach den bestehenden Verträgen bisher nicht tunlich war.

4. Mobilien-Konto.

Die Neuanschaffungen im Betrage von	M.	183 647,20

zu einem großen Teile durch Eröffnung einer Niederlassung in Aachen veranlaßt, werden, wie beantragt, aus dem Gewinne zur Abschreibung gelangen.

Nach Fertigstellung unseres Neubaues in Breslau und des Erweiterungsbaues in Cassel haben wir die betreffenden Konten auf Konto „Bankgebäude" übertragen.

Handlungs-Unkosten-Konto.

Handlungs-Unkosten	M.	13 878 037,25
Steuern	„	2 317 036,90

Die unsern im Felde stehenden Angestellten bzw. deren Familien zugewendeten Gehaltsquoten und Gratifikationen sowie die Kriegsbeihilfen und Aufwendungen für mildtätige Stiftungen beliefen sich im Berichtsjahre auf zusammen ca. Mark 3 200 000,—.

Pensions-Fonds-Konto.

Das Guthaben des im Jahre 1879 begründeten Pensionsfonds betrug am 31. Dezember 1914	M.	4 600 000,—
hierzu kamen Zinsen im Jahre 1915	„	211 638,65
Rückvorgütungen des Beamtenversicherungsvereins	„	14 265,30
	M.	4 825 903,95
hiervon ab gewährte Pensionen	„	282 004,20
	M.	4 543 899,75
durch die von uns beantragte Zuweisung von	„	256 100,25
wird er die Höhe von	M.	4 800 000,—

erreichen.

König-Friedrich-August-Stiftung.

Die im April 1905 begründete Stiftung wies am 31. Dezember 1914 einen Bestand von	M.	107 404,65
auf, hierzu traten in 1915 an Zinsen	„	4 150,—
	M.	111 554,65
ab gewährte Unterstützung im Jahre 1915	„	300,—
mithin verbleibt ein Bestand von	M.	111 254,65

Georg-Arnstaedt-Stiftung.

Der am 31. Dezember 1915 verbliebene Bestand beträgt	M.	150 812,90

Reserve-Fonds-Konto.

Der ordentliche Reservefonds beläuft sich auf	M.	51 000 000,—
der Reservefonds B auf	„	10 000 000,—

Es betragen demnach die Gesamtreserven M. 61 000 000,— = 30,5 % unseres Aktienkapitals.

Als Ueberschuß der Aktiva über die Passiva ergibt sich ein Reingewinn von			M. 24 978 615,95
In Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrate beantragen wir, denselben wie folgt zu verwenden:			
Abschreibung auf Bankgebäude	M.	600 000,—	
Abschreib. auf Mobilien	„	183 647,20	
Zuweisung zum Pensionsfonds	„	256 100,25	
Rückstellung f. die Talonsteuer	„	200 000,—	
Abschreibung auf Konsortial und Konto-Korrent-Konto	„	6 000 000,—	
4 % Dividende auf M. 200 000 000,—	„	8 000 000,—	„ 15 239 747,45
			M. 9 738 868,50
Tantième a. d. Aufsichtsrat	M.	508 675,	
Vertragsmäßige Tantième an die Direktoren, stellvertretenden Direktoren u. Direktoren d. Filialen, sowie an die Lokalkomitees — insgesamt 103 Herren	„	1 997 157,—	
Gratifikationen an die Beamten	„	2 750 000,—	
2 % Superdividende auf M. 200 000 000,—	„	4 000 000,—	
Vortrag	„	483 036.50	
			M. 9 738 868.50

Dresden, im März 1916.

Die Direktion.

E. Gutmann. Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann.

Dresdner Bank.

Dreiundvierzigste ordentliche Generalversammlung.

Gemäß § 25 der Statuten werden die Aktionäre zur **dreiundvierzigsten ordentlichen Generalversammlung**, welche

Montag, den 10. April 1916,
mittags 12 Uhr

im Bankgebäude: **Dresden,** König-Johann-Straße 3, stattfinden wird, eingeladen.

Tages-Ordnung.

1. Vorlage des Jahresberichts mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und den Bemerkungen des Aufsichtsrates hierzu.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Wahlen in den Aufsichtsrat gemäß § 18 der Statuten.

Zur Ausübung des Stimmrechtes in der Generalversammlung sind nach § 27 der Statuten diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien oder eine Bescheinigung über bei einem deutschen Notar bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegte Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der Generalversammlung nicht mitgerechnet, bei einer der nachverzeichneten Stellen:

bei der **Dresdner Bank** in **Dresden** und **Berlin**, sowie ihren **übrigen Niederlassungen**,
bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt** in **Leipzig**,
bei der **Württembergischen Vereinsbank** in **Stuttgart**,
bei der **Deutschen Vereinsbank** | in **Frankfurt a. M.**,
bei dem Bankhause **L. & E. Wertheimber** |
bei dem Bankhause **F. A. Neubauer** in **Magdeburg**,
bei dem Bankhause **A. Levy** in **Cöln**,
bei dem Bankhause **Simon Hirschland** in **Essen**,
bei der **Märkischen Bank** in **Bochum**

gegen eine Empfangsbescheinigung deponieren und während der Generalversammlung deponiert lassen.

Stimmberechtigt sind auch diejenigen Aktionäre, die eine Bescheinigung der **Bank des Berliner Kassen-Vereins** vorlegen, wonach ihre Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der letzteren nicht mitgerechnet, bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegt sind.

Dresden, den 17. März 1916. [6367

Direktion der Dresdner Bank.
E. Gutmann. Nathan.

Commerz- und Disconto-Bank.

Sechsundvierzigste ordentliche Generalversammlung der Aktionäre am **Freitag, den 7. April 1916, nachmittags 2½ Uhr,** im Sitzungssaale der Bank zu Hamburg, Neß Nr. 9.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstands sowie Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Vorschlag zur Gewinnverteilung.
2. Bericht des Aufsichtsrats über die Prüfung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Vorschlages zur Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Wahlen zum Aufsichtsrate.

Diejenigen Aktionäre, welche sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien **spätestens am 3. April d. J.** während der üblichen Geschäftsstunden

in **Berlin** bei **unserer Niederlassung,** bei der **Bank des Berliner Kassen-Vereins** (nur für Mitglieder des Giro-Effekten-Depots)
in **Hamburg, Altona, Hannover, Kiel, Leipzig, Altenburg S.-A.** und **Brandenburg a. H.** bei **unseren Niederlassungen**
in **Chemnitz** beim **Chemnitzer Bank-Verein,**
in **Dresden** bei der **Mitteldeutschen Privat-Bank A.-G.**
in **Frankfurt a. M.** bei den Herren **J. Dreyfus & Co.**
in **Cöln** bei Herrn **J. H. Stein**
in **Magdeburg** bei der **Mitteldeutschen Privat-Bank A.-G,**
in **München** bei der **Bayerischen Vereinsbank**

zu hinterlegen und bis zum Schluß der Generalversammlung daselbst zu belassen oder die Hinterlegung bei einem **deutschen Notar** dadurch nachzuweisen, daß sie **einer der genannten Anmeldestellen spätestens am 3. April d. J.** einen ordnungsmäßigen Hinterlegungsschein des Notars in Verwahrung geben. Dieser Hinterlegungsschein gilt nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Nummern genau bezeichnet sind und wenn überdies in dem Hinterlegungsschein selbst bescheinigt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Generalversammlung bei dem Notor in Verwahrung bleiben. Gegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungsscheine werden Eintrittskarten ausgehändigt. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Erneuerungsscheine eingereicht werden.

Hamburg, den 17. März 1916.

Der Vorstand. 6369

Lincke. Pilster.

Bank für Handel und Industrie.

63. ordentliche Generalversammlung.

Wir beehren uns hiermit, unsere Aktionäre nach §§ 24 bis 27 der Satzungen zu der

Mittwoch, den 19. April d. J., vormittags 11 Uhr,

in unserem Geschäftslokale zu Darmstadt stattfindenden **dreiundsechzigsten ordentlichen Generalversammlung** einzuladen.

In dieser werden die in § 30 der Satzungen unter Nummer 1 bis 3 genannten Gegenstände der **Tagesordnung** der regelmässigen Generalversammlungen sowie nachstehender Gegenstand verhandelt werden:

Punkt 4 der Tagesordnung:

Abänderung des § 23 der Satzungen (Zuweisung einer besonderen Vergütung an die Mitglieder der gemäss § 21 Absatz I der Satzungen gebildeten Ausschüsse des Aufsichtsrats).

Die Hinterlegung der Aktien bzw. des ordnungsmässigen Hinterlegungsscheines eines deutschen Notars, der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins in Gemässheit des § 24 der Satzungen hat **spätestens** am **15. April a. c.,** während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen, und zwar entweder

bei den Niederlassungen unseres Instituts in **Berlin, Darmstadt, Bamberg, Beuthen O.-S., Biebrich a. Rh., Breslau, Cottbus, Düsseldorf, Forst i. L., Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. B., Fürth (Bayern), Giessen, Glatz, Gleiwitz, Görlitz, Greifswald, Guben, Habelschwerdt, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Hindenburg, Jauer, Kattowitz, Kreuzburg, Landau (Pfalz), Leipzig, Leobschütz, Ludwigshafen a. Rh., Mainz, Mannheim, München, Myslowitz, Neustadt (Haardt), Neustadt (O.-S.), Nürnberg, Offenbach a. M., Oppeln, Pforzheim, Prenzlau, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik, Senftenberg, Sorau (N.-L.), Spremberg, Stargard i. P., Stettin, Strassburg i. E., Wiesbaden,** oder

in **Bremen**	bei der	**Deutschen Nationalbank,** Kommandit-Gesellschaft auf Aktien,
„ **Coblenz**	„ dem Herrn	**Leopold Seligmann,**
„ **Dortmund**	„ der	**Deutschen Nationalbank,** Kommandit-Gesellschaft auf Aktien,
„ **Dresden**	„ den Herren	**Albert Kuntze & Co.,**
„ **Essen a. Ruhr**	„ Herrn	**Simon Hirschland,**
„ **Glogau**	„ der Firma	**H. M. Fliesbach's Wwe.,**
„ **Grünberg i. Schl.**	„ „	**H. M. Fliesbach's Ww.,**
„ **Heilbronn**	„ den Herren	**Rümelin & Co.,**
„ **Königsberg i. P.**	„ der	**Ostbank für Handel und Gewerbe,**
„ **München**	„ den Herren	**Merck, Finck & Co.,**
„ „	„ Herrn	**H. Aufhäuser,**
„ **Posen**	„ der	**Ostbank für Handel und Gewerbe.**

Berlin und **Darmstadt,** den 23. März 1916. [6380

Bank für Handel und Industrie.

v. Klitzing. v. Simson.

Bergisch Märkische Industrie-Gesellschaft.

Die Dividende für 1915 ist auf **7 %** festgesetzt und gelangt von heute ab zur Auszahlung

mit **M. 42,—** gegen Dividendenschein Nr. 43 unserer Aktien über **M. 600,—** (Nr. 1—7500)
mit **M. 84.—** gegen Dividendenschein Nr. 43 unserer Aktien über **M. 1200,—** (Nr. 7501—12342)

bei der **Deutschen Bank** in **Berlin** und deren **Filialen** und **Zweigstellen** und bei der **Gesellschaftskasse in Barmen.**

Barmen, den 14. März 1916.

Der Vorstand
Herm. Linkenbach.

6364

Die Technik des Bankbetriebes

Ein Hand- und Lehrbuch des praktischen Bank- und Börsenwesens
von **Bruno Buchwald.**
Preis gebunden 6 Mark.
Zu beziehen durch den **PLUTUS VERLAG.**

Unlautere Geschäftsformen im Bankiergewerbe

und ihre rechtliche Beurteilung mit besonderer Berücksichtigung des

Bucketshop-Systems

von
Rechtsanwalt Dr. Arthur Nussbaum.
Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von der
Sortimentsabteilung des Plutus Verlag
W. 62, Kleiststr. 21 I.

Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft A.-G.

Aktiva. **Bilanz am 31. Dezember 1915.** **Passiva.**

	M.	Pf
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	8 733 537	25
Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken	3 807 925	82
Wechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen:		
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten . . M. 35 432 693,04		
b) eigene Ziehungen . „ 836 166,46		
c) Solawechsel d. Kund. an die Order d. Bank. „ 26 522,53	36 295 382	03
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	12 892 113	16
Reports und Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere	61 226 078	06
Vorschüsse gegen Waren und Warenverschiffungen	431 747,06	06
davon am Bilanztage gedeckt		
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine . . . . . M. 431 747,06		
b) durch andere Sicherheiten . . . . . „ —		
Eigene Wertpapiere		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten . . . M. 16 997 568,02		
b) sonstige b. d. Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpap. „ 2 174 675,72		
c) sonst. börsengängige Wertpapiere . . . „ 1 115 244,95		
d) sonstige Wertpapiere „ 4 339 018,38	24 626 507	07
Beteiligungen an Gemeinschafts-Geschäften	6 570 137	52
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	39 322 638	42
Debitoren in laufender Rechnung		
a) gedeckte . . . . M. 74 634 920,61		
b) ungedeckte . . . „ 27 222 113,25	101 857 033	86
Aval- u. Bürgschaftsdebitoren M. 21 778 188,61		
Immobilien:		
a) Geschäftshäuser einschl. Einrichtung abzüglich M. 510 312,50 Hypotheken	8 132 801	10
b) Sonstige Immobilien abzüglich M. 825 593,64 Hypotheken	1 979 398	14
	305 875 299	49

	M.	Pf
Aktienkapital	95 000 000	—
Reserven:		
a) gesetzlicher Reservefonds . M. 16 675 000,—		
b) Reservefonds II . . . . „ 1 700 000,—	18 375 000	—
Talonsteuer-Rückstellungskonto	400 000	—
Kreditoren:		
a) Nostroverpflichtungen . . M. 9500,—		
b) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen . . . . „ 12 800 089,50		
c) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:		
1. innerhalb 7 Tagen fällig M. 24 514 511,92		
2. darüb. hinaus bis z. 3 Mon. fällig M. 2 794 920,93		
3. nach 3 Monaten fällig M. 41 243 744,58 „ 68 553 177,43		
Sonstige Kreditoren:		
1. innerhalb 7 Tagen fällig M. 79 898 154 83		
2. darüb. hinaus bis z. 3 Mon. fällig M —,—		
3. nach 3 Monaten fällig M. —,— „ 79 898 154,73	161 260 921	76
Akzepte und Schecks:		
a) Akzepte . . . . . M. 25 570 181,80		
b) noch nicht eingelöste Schecks „ 26 289,77	25 596 471	57
Aval- und Bürgschaftsverpflicht. M. 21 778 188,61 Eigene Ziehungen Mark 836 166,46 überhaupt, dav. f. Rechn. dritter M. —,— Weiterbegeb. Solawechsel d. Kunden an die Order der Bank M. —,—.		
Rückständige Dividendenscheine	67 340	—
Reingewinn	5 175 566	16
	305 875 299	49

Debet. **Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1915.** **Kredit.**

	M.	Pf
Verwaltungsunkosten	2 249 432	40
Steuern	820 968	22
Abschreibungen auf Debitoren	588 290	95
„ „ Immobilien-Konto	255 783	78
Reingewinn	5 175 566	16
	9 090 041	51

	M.	Pf
Gewinn-Vortrag aus 1914	234 852	89
Zinsen	5 117 051	40
Provisionen	3 737 787	22
Verjährte Dividende	350	—
	9 090 041	51

Die in der heutigen Generalversammlung festgesetzte Dividende von 4½ % ist

mit M. 45,— für die Aktien à nom. M. 1000,—
und „ „ 22,50 „ „ „ à „ „ 500,—

gegen Einlieferung des Dividendenscheines für 1915

bei den Kassen der Gesellschaft in Aachen, Cöln, Bonn, Godesberg, Neuwied, Coblenz, Kreuznach, Düsseldorf, Neuß, Ratingen, M.-Gladbach, Viersen, Eupen, Remscheid, Bochum, Dortmund, Recklingshausen, Hagen (Westf.), Bielefeld, Lippstadt, Gütersloh, Hameln, Erkelenz, Kalk und Malmedy,

bei dem Bankhause Hardy & Co. G. m. b. H. in Berlin,
„ der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Frankfurt a. Main, Bremen, Mainz und Wiesbaden,
„ dem Bankhause Delbrück Schickler & Co. in Berlin,
„ „ „ Joh. Ohligschlaeger G. m. b. H. in Aachen,
„ „ „ Deichmann & Co. in Cöln,
bei dem Bankhause Alwin Hilger, G. m. b. H. in Duisburg,
„ „ Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Comp. in Barmen und dessen Zweigniederlassungen,
„ der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim und deren Zweigniederlassungen,
„ „ Dürener Bank in Düren und deren Zweigniederlassungen in Euskirchen und Jülich,
„ „ Eschweiler Bank in Eschweiler,
„ „ Krefelder Bank in Krefeld,
„ „ Volksbank Geilenkirchen-Hünshoven in Geilenkirchen-Hünshoven,
„ „ Zülpicher Volksbank in Zülpich,

vom 27. März 1916 ab zahlbar. (6384)

Aachen, den 25. März 1916.

Der Vorstand.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt“ und für den Inseratenteil: Lucya Suef, Charlottenburg